Schwerpunkt: 100 Jahre Russische Revolution
Seite 12

Junge Grüne Aktuell: Wohin wir wollen
Seite 51

Fragen grüner Politik: Ende der Utopie
Seite 75

BLATTLINIE

BLATTLINIE

THEORIE- UND DEBATTENMAGAZIN DER JUNGEN GRÜNEN 01 | 2017

"So viele Namen. So viele Geschichten. Wer wird sie erzählen? Wer würde sie noch hören wollen? Lustig würden sie nicht sein, diese Geschichten, und gewiß nicht ohne Fehl und Tadel. Irrtümer? O ja. Fehlgriffe? Auch die. Heldentaten? Auch das. Aber keine Heldengeschichten, sie selbst hätten das nicht gewollt. Und als "die große Sache" vor ihren Augen zusammenbrach, reagierten sie jeder und jede auf seine oder ihre Weise: mit Verzweiflung, mit Abwehr mit Depression, Wut und Schweigen, mit Leugnung der Tatsachen, mit Selbsttäuschung. Und mancher von ihnen mit Dogmatismus und Rechthaberei."

Christa Wolf - Stadt der Engel, 87

100 Jahre Russische Revolution

01

www.junge-gruene.at

Bis 1917 herrschten die russische Zaren mit Hilfe eines umfassenden und brutalen Staates. Nach innen despotisch, nach außen der Garant absolutistischer Ordnung in Europa: Die Linke dieser Zeit sah in Russland den Hort finsterster Reaktion.

blattlinie_joanna.indd 3 01.03.2017 11:36:45

INHALT

Vorwort der Bundessprecherin 6

Editorial 8

SCHWERPUNKT:
100 JAHRE RUSSISCHE REVOLUTION

Ein unerhörter Schrei nach Brot
Zum Einstieg in die Russische Revolution
von *Sarah Pansy*. 12

„Narren-Utopien sind hier verwirklicht"
Utopische Ideale und politische
Wirklichkeiten in der Revolution 1917
von *Thomas Moebius* 22

Wer von der Zukunft nicht reden will,
soll vom Sozialismus schweigen
Die Debatten um Utopie der
frühen Sozialdemokratie
von *Tobias Schweiger*. 31

"Sie können nicht mehr sagen:
Die herrschende Welt muss
weg, egal was danach kommt"
Ein Interview mit *Bini Adamczak* 40

„Das Problem ist, dass man ihnen
keinen Glauben mehr schenkt"
Ein Interview mit *Isolde Charim*. 44

Linke Visionen als Grundlage
politischen Handelns
Im Gespräch mit *Regina Petrik* 48

JUNGE GRÜNE AKTUELL

Warum wir uns mit der Russischen
Revolution beschäftigen sollten
Was wir davon mitnehmen können
von *Teresa Petrik*. 51

Befreiung aus der Ohnmacht –
wieder in die Offensive gehen!
Neujahrskonferenz und Bundeskongress
2017 - von *Teresa Petrik* 54

Auf einen Kaffee mit Cengiz
Man hat mich gefragt: Können die Grünen
die neue Linke sein?. 59

Ziele und Überlegungen
der Länderorganisationen
Neun Steckbriefe 62

Ein Brief an die Jugendherberge
Rezept für das Rote Menü. 72

FRAGEN GRÜNER POLITIK

(In) Alternativen denken
Über demokratisches Wünschen
Ein theoretischer Abriss
von *Tamara Ehs* 75

Biotechnologie
Das Politikverständnis der
Grünen - Ein Debattenbeitrag
von *Marcel Andreu* 83

"Wir müssen uns vielmehr auf
lokaler Ebene organisieren"
Ein Interview mit *Saskia Sassen* 91

ABC der JUNGEN GRÜNEN
Stichwort: Utopie
von *Leszek Kolakowski* 96

Buchrezensionen. 100

Filmrezension 104

Kreuzworträtsel. 105

Unser Magazin, dein Abo 106

blattlinie_joanna.indd 4 01.03.2017 11:36:52

ZUM SCHWERPUNKT

Die Russische Revolution jährt sich 2017 zum 100. Mal. Vom späten Februar 1917 an folgten mehrere politische Umwälzungen, in denen der russische Zarismus gestürzt, ein Rätesystem geschaffen und die Macht militärisch von den kommunistischen Bolschewiki übernommen wurde. Wir wollen uns diesem Ereignis ausgehend von der Frage nähern, welche Utopien diese Revolution angeheizt hatten, welche in ihrer Folge entstanden und ob eine Beziehung von Utopie und der Möglichkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderung besteht.

JUNGE GRÜNE AKTUELL

Nachdem wir 2016 viel auf die Beine gestellt haben wollen wir einen Blick nach vorne machen. Welche Ziele für die Jungen Grünen haben wir auf der Neujahrskonferenz diskutiert? Was haben die verschiedenen Länderorganisationen der Jungen Grünen 2017 vor? Können die Grünen die neuen Vorreiter*innen linker Politik sein und müssen sie das überhaupt? Kann es schmackhaftes Jugendherbergs-Essen geben und welche Farbe hat das dann? Diese und andere Fragen beantworten wir in dieser Rubrik

FRAGEN GRÜNER POLITIK

"Wer Visionen hat, braucht einen Arzt", ein Satz der lange fälschlich einem ehemaligen SPÖ-Bundeskanzler zugeschrieben wurde, wurde oft benutzt, um die vergangenen Jahrzehnte zu charakterisieren. Utopielose Zeiten waren es, und auch wenn nach der Krise 2008 sich einiges zu ändern schien, sind auch heute keine Zeiten linker Träume. Wohin sind die Utopien der früheren sozialen Kämpfe verschwunden? Was heißt Utopie eigentlich? Und wie hat sich deren Verschwinden auf die Politik der Grünen ausgewirkt?

REZENSIONEN & CO.

Seit der Russischen Revolution hat sich vieles verändert. Die ökonomischen und sozial-kulturellen Bedingungen haben sich seit 1917 enorm verändert und waren damals schon in Russland andere als in Österreich. Die Linke ist in Europa keine prägende politische Kraft mehr. Vieles von damals erscheint uns heute irreal. Beim Blick zurück hilft Literatur. Wir haben deshalb Bücher und einen Film für euch rezensiert, mit denen ihr in die Vergangenheit reisen könnt. Außerdem findet ihr am Ende des Heftes ein Kreuzworträtsel.

blattlinie_joanna.indd 5 01.03.2017 11:36:52

VORWORT DER BUNDESSPRECHERIN

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

Es ist soweit: Nach der Geschenk-Ausgabe unseres neuen Theorie- und Debattenmagazins im Jänner haltet ihr nun die erste, lang ersehnte Ausgabe der BLATTLINIE in den Händen. Juhu!

Es ist mir als Bundessprecherin der Jungen Grünen eine besondere Freude, die erste Ausgabe des Magazins, die unter dem Motto „100 Jahre Russische Revolution" steht, vorstellen zu dürfen. Gerade nach einem Jahr wie dem letzten, in dem wir gemeinsam mit unzähligen anderen verhindert haben, dass ein Rechtsextremer in die Hofburg einzieht, ist ein Projekt wie die BLATTLINIE enorm wichtig. Wir haben uns monatelang im Abwehrkampf um das geringere Übel befunden und mit Alexander Van der Bellens Sieg Zeit gewonnen. Doch wenn wir diese Zeit nicht nutzen, haben wir nichts draus gemacht. Gerade jetzt ist es wichtig, uns als linke Jugendorganisation aktuellen strategischen Fragen und Debatten unserer politischen Arbeit zu widmen.

Mit der BLATTLINIE wollen wir theoretischen Debatten über die politischen Fragen unserer Zeit einen Ort geben. Uns Jungen Grünen war es immer schon wichtig, einen Schritt aus den Anforderungen des politischen Alltags zurückzugehen und die Gesamtsituation zu analysieren. Um dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen und eigene politische Perspektiven zu entwickeln, brauchen wir ein klares Verständnis von den Herausforderungen, die vor uns liegen.

Die BLATTLINIE ist ein zentraler Beitrag zu einer veränderten Debattenkultur. Neben großen Bildungsveranstaltungen wie dem Sommercamp oder der Neujahrskonferenz, neben politischer Bildung vor Ort bei Themenabenden oder Lesekreisen: Die BLATTLINIE ist ein weiterer Ort, an dem wir uns zielstrebig und mit Freude mit politischer Theorie beschäftigen. Sie ist ein Ort, an dem wir lernen können. Lernen, Strategien wieder kraftvoll zu formulieren und eine konsistente Perspektive auf politische Fragen unserer Zeit zu entfalten. Die BLATTLINIE soll produktiven Streit ebenso ermöglichen wie die Freude an gemeinsamer Theoriearbeit fördern.

Ich freue mich, dass es nach langjähriger Planung und Konzeption nun soweit ist und wir dieses für die Jungen Grünen sehr wichtige Projekt in unseren Händen halten können. Zielgerichtete Debatten führen, einen Blick in die Geschichte werfen und dabei

die alltäglichen Kämpfe nicht aus den Augen verlieren, vielfältige linke Perspektiven und Positionen kennenlernen, die eigene politische Praxis reflektieren – darauf freue ich mich am meisten. Dass dies kein kleines Vorhaben ist, liegt auf der Hand. Die BLATTLINIE wird vor der großen Herausforderung stehen, tatsächlich eine lebendige Diskussion zu Stande zu bringen, kontinuierlich an Fragen zu arbeiten und auch eine Kontinuität der Auseinandersetzung zu schaffen. Das Heft nimmt die Rolle einer wichtigen Gesprächspartnerin für Junge Grüne, die Grüne Partei und ihr Umfeld, die Grüne Bildungswerkstatt, aber auch für Freundinnen und Freunde jenseits der Parteigrenzen, ein.

Die BLATTLINIE soll ein Ort sein, an dem politisiert wird, an dem Utopien denkbar werden und große Fragen gestellt werden, für die im politischen Alltag oft kein Platz ist. Um uns nicht in Fragen der Realpolitik zu verlieren, sondern schlagkräftige, linke Politik zu machen, braucht es genau diese Utopien. In dieser Ausgabe wollen wir mit einer Perspektive auf die Russische Revolution diskutieren, wohin die großen Utopien früherer sozialer Bewegungen verschwunden sind und was wir von ihnen lernen können. Denn eine starke linke Kraft kann nur eine solche sein, wenn sie Hoffnung macht, Visionen schafft und Utopien wieder denkbar macht.

In diesem Sinne:
na zdoróv`ye! – на здоро́вье –
und viel Spaß beim Lesen!

Liebe Grüße
Flora Petrik
Bundessprecherin Junge Grüne

EDITORIAL

Wir sind stolz, euch diese erste Ausgabe der BLATTLINIE, dem Theorie- und Debattenmagazin der Jungen Grünen präsentieren zu dürfen. Nachdem wir im Dezember mit der Geschenksausgabe gestartet haben, um die wichtigsten Textformate auszuprobieren und euch einen Ausblick auf das Projekt zu geben, geht es jetzt wirklich los. Die BLATTLINIE ist dafür da, politischen Debatten und Theorien einen Ort zu geben. Wir verstehen sie als einen Beitrag zu einer veränderten Debattenkultur. Das wird nicht von heute auf morgen gehen. Aber wir arbeiten kontinuierlich daran, daraus ein Magazin zu machen, in dem wir uns lustvoll und zielstrebig mit politischer Theorie beschäftigen können. Wir wollen lernen, strategische Fragen breit und transparent zu stellen, mögliche Antworten gemeinsam zu formulieren und so eine Perspektive für unsere Politik entwickeln, die über das erfolgreiche Wachsen der Jungen Grünen hinausgeht. Wir werden produktiven Streit ebenso ermöglichen wie die Freude an gemeinsamer Diskussion fördern.

Zur ersten Ausgabe der BLATTLINIE. Der Schwerpunkt ist anlässlich ihres 100- jährigen Jubiläums die Russische Revolution. Denn dieses Ereignis war nicht nur über das 20. Jahrhundert hinweg ein prägender Bezugspunkt linker Politik: In der frühen internationalen Sozialdemokratie fanden Auseinandersetzungen statt, die heute in politischer Praxis und kritischer Theorie stark an Bedeutung eingebüßt haben. Die Russische Revolution 1917 war das Ende einer langen Phase gesellschaftlicher Kämpfe in Russland und wichtiger Bezugspunkt der Revolutionsversuche nach dem Ende des I. Weltkrieges.

Intensiv wie vielleicht zu keiner anderen Zeit diskutierte die internationale Sozialdemokratie über strategische und organisatorische Ziele. Konkreter als davor und danach setzte sie sich mit dem Zusammenhang von Programm und Utopie auseinander. Wichtige Fragestellungen waren dabei zum Beispiel die Beziehung von gesellschaftlichen Kämpfen und Parlamenten und welche Rolle dabei staatliche Reformen spielen, oder inwiefern die politische Partei Führungsaufgaben wahrnehmen muss, wenn sie soziale Kämpfe aus ihrer Isolation über das vereinzelte Anliegen hinaustreiben wollte.

Man kann über die Ergebnisse und Ziele dieser Debatten geteilter Meinung sein, aber setzt man die Breite und Tiefe des damaligen Diskussionsniveaus in Beziehung mit heutigen Auseinandersetzungen wird deutlich, dass es einiges zu diskutieren und auszuprobieren gibt, wenn wir die Gesellschaft zum Besseren verändern wollen.

In der Russischen Revolution ging es darum, den Aufbruch zur Verwirklichung

einer Utopie zu wagen. So groß wie die Träume waren, so tief war der Fall nach ihrem Scheitern – linke Politik steht heute notwendig im Zeichen der Trümmer dieser Träume. Wo sind die großen Erzählungen heutiger Politik? Gerade auch vor dem Hintergrund des Erstarkens der Rechten in Europa stellt sich diese Frage mit aktueller Brisanz. Heute scheint es so, als hätte die Politik aufgehört zu träumen. Der Wunsch nach einer besseren Zukunft, die zur besseren Gegenwart wird, wird nur noch selten formuliert. Dabei sind es doch gerade die Träume und gemeinsamen Ziele, die politischen Bewegungen Schwung geben. Utopien ermöglichen eine breitere Bewegung, in der man sich darüber streiten kann, wie man weiter macht.

Wir betrachten die Russische Revolution also vor der Hintergrund der Differenzen zu heutiger Politik. Aus geschichtlichen Ereignissen lernen kann nicht bedeuten, zu glauben, die Geschichte wiederholen zu müssen. Die politischen Umstände sind heute andere geworden. Aber die Versprechen der Russischen Revolution sind nach wie vor nicht erfüllt. Wir glauben, dass dem Rechtsruck in Österreich nur etwas entgegengesetzt werden kann, wenn wir an dieses Versprechen anknüpfen. Wir glauben, dass sich die Klimakatastrophe nicht wird eindämmen lassen, wenn wir nicht die Sehnsucht nach anderen Weisen des Wirtschaftens stark machen. Und wir sind davon überzeugt, dass eine Gesellschaft, in der die jung-grünen Grundwerte verwirklicht sind, viel Anstrengung in und Freude an gemeinsamen Diskussionen voraussetzt.

In dieser Ausgabe widmen wir uns der Russischen Revolution zunächst als historischem Ereignis. Russland war nicht nur durch den Weltkrieg geschwächt sondern hatte bereits mehrere Revolutionsversuche hinter sich. Zahlreiche Akteur*innen – sozialistische Parteien, sozialrevolutionäre Bauern und Bäuerinnen und anarchistische Zirkel – drängten alle auf den Sturz des Zaren. Sarah Pansy beschreibt im ersten Text diese revolutionären Wirren. Was passierte während der Russischen Revolution, wer war beteiligt, wer war dagegen und was waren die Ziele?

Der nächste Text widmet sich verstärkt der Vielfalt utopischer Sehnsüchte die die Russische Revolution prägten. Thomas Möbius beschreibt die vielfältigen Formen utopischer Sehnsüchte, von Technik- und Gerechtigkeitsphantasien, über urbane und anti-städtische Visionen, einen ästhetisierenden Maschinenfetischismus bei gleichzeitiger Maschinenstürmerei, hin zu rationalistischen Träume und bürokratischen Regulierungsphantasien. Sogar ökologische Elemente fanden sich in manchen Utopien dieser Zeit.

blattlinie_joanna.indd 9 01.03.2017 11:36:53

Die Bandbreite utopischer Vorstellungen zeigt, wie sehr Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse Teil politischer Auseinandersetzungen sein kann und straft jene Lügen, die Konservatismus und Gewohnheitstier zum Naturzustand des Menschen erklären wollen. Doch Utopien sind nicht nur Resultat menschlicher Träume, sondern auch politischer Gegenstand. Wie sehr sich der Bezug auf Utopien im politischen Prozess verändert hat, zeigt der Text von Tobias Schweiger auf. Er geht vom Begriff eines technischen Politikverständnisses zurück zu den Debatten der Sozialdemokratie vor und während der Russischen Revolution. Wie hat die Sozialdemokratie ihr Verhältnis zur Utopie bestimmt und welche Rolle spielte sie demzufolge im Prozess politischer Kämpfe.

Abschließend zu unserem Schwerpunktblock haben wir mehrere Interviews rund um die Frage von Utopie damals und heute geführt. Wir haben mit Bini Adamczak darüber gesprochen, wie sich Utopisches Denken im 20. Jahrhundert verändert hat, welche Rolle die Auseinandersetzung der Russischen Revolution dabei spielen kann, bestehende Verhältnisse nicht als notwendig hinzunehmen und warum der Stalinismus die linken Perspektiven auf die Zukunft nachhaltig verändert hat. Isolde Charim gibt uns einen Einblick in die eigene Biografie, und zeichnet nach, wie Utopie zu ihrer Zeit überhaupt erworben werden konnte, spricht über die falsche Romantik der Revolution, und was dennoch von ihr bleibt. Außerdem haben wir uns darüber ausgetauscht, welche Rolle politische Identitätsangebote früher und heute für die arbeitende Bevölkerung hatten. Und wir haben Regina Petrik gefragt, welche Träume ihre Politisierung geprägt haben, ob die Grünen eine linke Partei sind und ob die Grünen Utopien brauchen. Dabei ging es unter anderem darum, was links heute überhaupt heißen könnte und dass die grünen Grundwerte zu den konkreten politischen Maßnahmen in Beziehung gesetzt sein müssen.

In unserer Rubrik Junge Grüne Aktuell gehen wir noch einmal den zentralen Elementen der Russischen Revolution nach, soweit sie für unsere eigenen politischen Perspektiven von Bedeutung sein können. Nicht nur das Ereignis selbst, sondern auch die kollektiven Bilder, die es hervorgerufen hat und die globale Ordnung, die mehrere Jahrzehnte durch sie geprägt blieb, bilden wichtige Voraussetzungen der politischen Situation, in der wir uns heute befinden. Außerdem haben wir unsere Neujahrkonferenz noch einmal Revue passieren lassen und die wichtigsten Ziele und Ergebnisse festgehalten. Auch die Länderorganisationen präsentieren in dieser Ausgabe ihre Vorhaben für 2017 in kurzen Steckbriefen. Cengiz Kulac argumentiert in einer personell rotierenden Kolumne, in welcher

Politik heute zur Frage von Avantgarde steht und welche gesellschaftliche Funktion die Grünen einnehmen.

Die Russische Revolution ist vergangen, die Sehnsucht nach einer besseren Welt bleibt. In Fragen grüner Politik spürt Tamara Ehs dem Verschwinden der Utopien aus den politischen Erzählungen nach und wie diese durch die Argumente der Sachzwanglogik ersetzt wurden. Dabei betont sie aber die grundlegende Bedeutung der Utopien für die Linke, ohne dass diese eine Blaupause für die alltäglichen Kämpfe darstellen kann.

Marcel Andreu führt in seinem Text aus, wie die Grüne Partei in diesem historischen Prozess zu verorten ist, worin die zentralen Kritikpunkte der Jungen Grünen an der momentanen Ausrichtung bestehen und worin sich das Politikverständnis ändern müsste, um eine Demokratisierung der Partei möglich zu machen. Dafür müssen die Grünen Gestaltungswillen und Führungsanspruch entwickeln.
Im Rahmen ihres Auftritts bei der Grünen Akademie haben wir Saskia Sassen für ein Interview gewinnen können. Sie erzählt von dem erneuten Bedeutungszuwachs politischer Kämpfe nach den 1980er und 1990er Jahren, welche sozialen Ursprünge diese haben und wie das ihre politische Ausrichtung beeinflusst. Die Analyse des Globalen bietet ihr zufolge wichtige Ansatzpunkte linker Politik.

In unserem ABC der Jungen Grünen haben wir zum Start einen alten Text neu abgedruckt. In seinem Abschnitt zu Utopie aus seinem Text Der Sinn des Begriffs »Linke« beschreibt er kompakt und bündig, warum es linke Politik ohne Utopie nicht geben kann und warum es sich lohnt, auch für Ziele zu kämpfen, die nicht unmittelbar realisierbar sind.

Am Ende des Heftes findet ihr außerdem Buchrezensionen, ein Kreuzworträtsel sowie wichtige Informationen, wie ihr die neue BLATTLINIE bestellen könnt. Wir wünschen euch viel Spaß und Spannung beim Schmökern,

Eure Redaktion,
Julia, Marcel, Sarah, Teresa, Tobias

EIN UNERHÖRTER SCHREI NACH BROT

Zum Einstieg in die Russische Revolution

Sarah Pansy studiert Politikwissenschaft und Philosophie in Bremen und Oldenburg. Sie gibt wöchentlich Kurse zu den Bänden 2 und 3 des Kapital von Karl Marx. Sie ist seit 2007 bei den Jungen Grünen, ist Vorstandsvorsitzende der Rosa Luxemburg Initiative Bremen und in der Redaktion der BLATTLINIE.

Februar 1917. Russland liegt im Krieg. Der I. Weltkrieg rauscht um den Globus und bringt neue Dimensionen der Vernichtung zu Tage. Es ist tiefer Winter. Dann steigt die Temperatur in Petrograd (St. Petersburg) auf frühlingshafte -5°C an: Massenkundgebungen finden statt, die lokalen Militärverbände schlagen sich auf die Seite der revoltierenden Massen, das Parlament versucht zu retten, was nicht mehr zu retten ist. Eine Woche später ist das russische Zarenregime gestürzt.

Warum beschäftigen wir uns 100 Jahre später mit einem Ereignis, das sich unter so anderen Vorzeichen ereignet hat als alles, was wir heute vorfinden? Die Russische Revolution, ihren Verlauf und ihr Scheitern im Stalinismus zu begreifen, kann eine Reflexion auf den Standpunkt der heutigen Linken sein. Wenn Bini Adamczak bezogen auf die Utopien der Russischen Revolution schreibt: „Aber diese Zukunft ist nie Gegenwart geworden, noch ist sie Zukunft geblieben", dann meint sie die grundlegende Veränderung der Linken durch das Scheitern der Revolution. Wer heute für eine Welt der Gleichheit und der freien Individualität ohne Hunger und Krieg kämpft, der kann nicht ungebrochen an die Geschichte der Russischen Revolution anknüpfen. Wir müssen bedenken: „daß es in der Geschichte nicht nur offene Zukunft gibt, sondern daß es auch […] vergangene Zukunft gibt, Zukunft, die vergeben ist und dann verspielt sein kann, ehe wir ihrer habhaft werden" (Dietrich Geyer). Befreiung muss sich der fatalen Möglichkeit ihres Umschlagens in neue Herrschaft erinnern. Aber nicht nur an ihr Scheitern müssen wir erinnern.

Im Zuge des Revolutionsjahres und den Folgejahren wurden sowohl per Gesetz als auch im Alltag neue Formen des Zusammenlebens entwickelt, die heute großteils nicht wieder erreicht sind. Die fortschrittlichen Scheidungs-, Abtreibungs- und Heiratsgesetze sind dafür ebenso Ausdruck wie die Bildung der Arbeiter*innen- und Soldatenräte, einer seitdem nicht erreichten Form radikaler Demokratie. Die politischen Strategien und Fragestellungen, die diesen Möglichkeitsraum mitbestimmten, sollten nicht in der Vergangenheit liegen gelassen werden. Sicher, es kam anders als damals erhofft, und wir stehen heute in einer ganz anderen Situation, aber wir können von den russischen Revolutionär*innen der Anfangsstunden trotzdem vieles über erfolgreiche Politik erfahren.

VORGESCHICHTE

Wenn wir uns mit der Revolution in Russland beschäftigen, wollen wir natürlich wissen, in welchem Kontext diese Revolution stattgefunden hat. Wir wollen also ihre Vorgeschichte wissen. Dabei gerät man schnell in Schwierigkeiten. Das Zarenreich war zwar immer wieder in politischen Krisen erschüttert worden, aber hätte ebenso weiterexistieren können, die Geschichte hätte auch anders verlaufen können. Das, was also an der Vorgeschichte der Revolution „ohne Zukunft war, gerät aus dem Blick. Das ‚Alte Regime', die oft benutzte Vokabel, ist ja selbst schon ein auf die Revolution hin zugespitzter Begriff: Von *Ancien Regime* sprechen in aller Regel die, die darüber hinweggekommen sind, nicht die, die mit ihm leben" (Dietrich Geyer). Wenn wir uns der Vorgeschichte von 1917 nähern, dann immer schon unter der Prämisse, dass die Revolution an ihrem Vorabend für viele unvorstellbar war.

Wenn wir uns in diesem Sinne mit der Zeit vor 1917 beschäftigen, zeigt sich, dass sie von einer lang anhaltenden Krise der russischen Gesellschaft geprägt war, die bereits seit dem 19. Jahrhundert andauerte. Russland war ein Bollwerk des absolutistischen Konservatismus in Europa und ökonomisch weitab des kapitalistischen Weltmarktes. Die ökonomischen Kräfte des sich immer weiter ausdehnenden Kapitalismus drängten aber nach Russland, so dass von oben Lösungen für gravierende wirtschaftliche Veränderungen bereitgestellt werden mussten. Diese Reformen von oben, die vor allem auf die Konkurrenz der kapitalistischen imperialen Mächte reagierten, mussten damit alte Formen auflösen, ohne dass diese bereits durch ein festes Gefüge neuer gesellschaftlicher Formen ersetzt wären. Die freigesetzten Kräfte unter Kontrolle zu behalten und nicht in eine Dynamik zu geraten, die dem Zarismus gefährlich werden konnte, führte zu einem brutalen Absolutismus in Russland. Dieser wurde später von der anti-stalinistischen Opposition als einer der Gründe für das Scheitern der Revolution begriffen. Leo Trotzki [1] sah die Sowjetunion im Stalinismus eine historische Erbschaft wiederkehren, die auf dem neuen Russland laste und das Werk der Revolution zersetze. Damit meinte er, dass in diesem wesentlichen Punkt des Autoritarismus der Bruch mit der Vorgeschichte der Revolution nicht vollzogen wurde.

DIE SOZIALE SITUATION RUSSLANDS

Das zaristische Russland war ein unglaublich armes Land. Eine der politischen Maßnahmen der Modernisierung war die Befreiung der bäuerlichen Landbevölkerung von der persönlichen Herrschaft des

1 Leo Trotzki war ein russischer Revolutionär, kommunistischer Politiker und marxistischer Theoretiker. Er war einer der wichtigsten Figuren der Russischen Revolution.

Adels gewesen. Aber diese hatten nach ihrer Befreiung nur knapp bemessene Bodenflächen zur Verfügung, um sich selbst zu erhalten. Die landwirtschaftliche Technologie war sehr gering entwickelt, das wichtigste Mittel der Produktivitätssteigerung waren steigende Geburtenzahlen. So brachten die Eigentumsverhältnisse sowohl einen Mangel an Reproduktionsmitteln als auch den Drang zur Vermehrung der Nachkommen als Zugewinn an Arbeitskraft mit sich. Die Armut wurde noch verstärkt, da dem großen Teil der Landbevölkerung auch nicht der Weg in die Fabrikhallen offen stand. Die russische Industrie hatte zwar eine räumlich konzentrierte, aber zahlenmäßig sehr kleine Arbeiter*innenklasse hervorgebracht. Auf die Gesamtbevölkerung umgerechnet waren 1913 etwa 1,4% der russischen Bevölkerung Fabrikarbeiter*innen. Die große Masse der Bäuerinnen und Bauern fand also weder am Land noch in der Stadt eine Perspektive auf gutes Auskommen vor.

Eine der Bedingungen, die die Russische Revolution 1917 begünstigten, war mit Sicherheit, dass die alte Agrarordnung sich während dem I. Weltkrieg in zunehmender Auflösung befand, ohne dass eine Neuordnung der Agrarfrage in Aussicht stand. Jede Reform wurde mit brutalen Gegenreformen begleitet. Während etwa die Duma, das russische Parlament, tendenziell für Landreformen eintrat, führte der vereinigte Adel Kampagnen gegen diese Reformen. Während jene mehr Land für die Bauern und Bäuerinnen forderte, versuchte dieser die Dorfgemeinde aufzulösen, die immer wieder Ausgangspunkt von Unruhen war. Der Großteil der russischen Bevölkerung wurde also in einem Wandlungsprozess mitgerissen, der auf kein klares Ziel hinaus lief. Denn prinzipiell war die russische Landbevölkerung keineswegs revolutionär: Bei allen wesentlichen Protesten, die gegen konkrete Verwaltungsbeauftragte gerichtet waren, wurden Zarenbilder mitgetragen. Auf einer symbolischen Ebene war der Zarismus in der russischen Mehrheitsbevölkerung fest verankert. Bis zum Frühjahr 1917 zeigten sie sich gegenüber revolutionärer Agitation wenig anfällig. Bäuerinnen und Bauern stellten fast 80 Prozent der Bevölkerung und waren der Politik (ob liberal oder links) kaum zugänglich.

Demgegenüber war die russische Arbeiter*innenschaft gut organisiert. In vielen Fällen brachten sie noch die zwangs-solidarischen Formen der Dorfgemeinschaft in die Fabriken mit und kamen so trotz der gewaltsamen Versuche der Polizei, keine Arbeiter*innenorganisierung zuzulassen, zu beachtlichen lokalen Strukturen. Selbstschulung, wie zum Beispiel marxistische Lesekreise, machte Kooperation von unten möglich. Wie bedeutsam die sozialdemokratische und von anderen Gruppierungen

betriebene Agitation war, lässt sich schwer bestimmen, aber die massive Repression zeichnet ein eindeutiges Bild. Der Staat versuchte mit allen Mitteln, die Agitator*innen aus den Fabriken zu halten – viele mussten in die Verbannung gehen. Die politische Führung durch die Sozialdemokratie war nicht stark genug ausgeprägt, dass diese proletarische Aktionen hätte verordnen können. Es gab jedoch auch keine andere wesentliche politische Kraft, die den Arbeiter*innen eine moderne Orientierung hätte geben oder die Erwartungen klassenbewusster Arbeiter*innen hätte bündeln können.

Das war seit 1905 deutlich geworden. Die Arbeiter*innen übernahmen ab 1905 stark die Symboliken und Forderungen der Sozialdemokratie (8-Stunden-Tag, soziale Sicherheit, demokratische Freiheiten, die Rote Fahne statt den alten Zarenbildern). Dass es keine andere Kraft gab, lag unter anderem auch am nur bruchstückhaft entfalteten Parteiensystem. Neben den Bäuer*innen hatte auch das sich kapitalisierende Bürgertum keine bedeutende politische Struktur geschaffen. Wo es um öffentliche Maßnahmen ging, wurde mit dem Staat direkt über Unternehmer*innenverbände interagiert. Politisch suchte das Bürgertum Anlehnung an die Intelligenzia, teils sogar an die Linke. Dieses demokratische Vakuum trug ebenfalls seinen Teil zur Instabilität des Zarismus bei. 1905 brach die Krise des Absolutismus zum ersten Mal vollumfänglich aus. Doch die Revolution scheiterte, viele Agitator*innen mussten ins Exil fliehen. Doch es sollte damit nicht zu Ende sein: Schon 1914 kann eine neue Welle revolutionärer Streiks erst durch den Ausbruch des Krieges aufgehalten werden. Drei Jahre später wird der Zarismus dann zum letzten Mal erschüttert.

„Wir, die Alten, werden vielleicht die entscheidenden Kämpfe dieser kommenden Revolution nicht erleben."

Lenin, 22. Januar 1917

DER BEGINN

Die Krise Russlands wurde durch den Krieg zunehmend verstärkt. Bis Februar 1917 hatte die russische Bevölkerung über acht Millionen Tote, Schwerverletzte oder verschollene Kriegsgefangene zu beklagen. Dazu kam eine Wirtschafts- und Versorgungskrise, in der der autoritäre Absolutismus zunehmend an Legitimität verlor. Dazu kamen zunehmende Hungersnot und Brotpanik in Petrograd. Der kommende Aufstand fand in der Demonstration zum "internationalen Frauentag" ihren Anlass. An dieser nahmen große Massen teil, auch weil die eisige Wetterlage

nach wochenlangem Frost plötzlich taute und die Stadt wieder belebter wurde. Am 19. Februar hatte die Stadtverwaltung die Rationierung des Brotes angekündigt. Es kursierten Gerüchte über die bewusste Vorenthaltung des Brotes und über einen drohenden Nachschubstopp von Mehl. Hamsterkäufe ließen die Preise explodieren.

Am 23. Februar, dem Internationalen Frauentag (nach mitteleuropäischem Kalender der 8. März), zogen viele Frauen ins Stadtzentrum, um trotz Krieg und Hunger für Gleichberechtigung zu demonstrieren. Am Nachmittag schlug die Stimmung um. Textilarbeiterinnen hatten gegen die Brotknappheit einen Streik begonnen. Auf ihrem Weg in die Stadt zogen sie andere Arbeiter*innen aus der Metallindustrie und anderen Produktionszweigen mit. Sie schrien nach Brot und riefen „Nieder mit dem Zaren". Gegen Abend waren über 100.000 Arbeiter*innen in der Stadt. Nachdem die Polizei ohne die übliche Härte versuchte einzugreifen, nahmen die Proteste weiter Fahrt auf und brachten in den nächsten Tagen hunderttausende Arbeiter*innen auf die Straßen. Sie hielten Versammlungen ab, bewaffneten sich notdürftig. Während die Polizei versuchte, der Lage unter Kontrolle zu bringen, schlugen sich zunehmend auch die in der Stadt stationierten Soldaten auf die Seite der Revolte. Selbst die sozialistischen Agitator*innen, die zu diesem Zeitpunkt in der Stadt waren, gingen davon aus, dass sich die Unruhen legen würden, wenn der Staat eine Lösung für die Brotfrage finden würde.

Doch der Zar ließ keine Lösung suchen, sondern wollte die Streiks gewaltsam niederschlagen lassen. Wie 1905 kam es auch 1917 zu einem Blutbad, das die regimetreuen Armeeverbände unter Demonstrant*innen anrichteten. Ein Soldat erinnert sich an den Moment, als sein Regiment auf Seiten der Revolte in den Kampf zog: „Ich sah, wie ein junges Mädchen dem galoppierenden Pferd eines Kosakenoffiziers zu entkommen suchte. Sie war zu langsam. Ein heftiger Schlag auf ihren Kopf brachte sie zu Fall und unter die Pferdehufe. Sie schrie. Es war ein unmenschlicher, markerschütternder Schrei, der etwas in mir bersten ließ. Ich sprang auf zum Tisch und schrie wild: ‚Freunde! Freunde! Lang lebe die Revolution! Zu den Waffen! Sie bringen unschuldige Menschen um, unsere Brüder und Schwestern'. [...] Mit Einbruch der Nacht war der Kampf vorbei. Die Revolution war Realität geworden."

Die Massen von Hunderttausenden fluteten die Straßen Petrograds. Die Duma, das gegängelte Parlament des Zaren, versuchte, durch die Gründung einer neuen Regierung die Wogen zu glätten. Dabei hatte es keinesfalls einen Staatsstreich im Sinn.

Doch die Kommunikation zwischen den Zentren der Macht versagte, und so sehr die Duma ihre Legitimität auf die Zustimmung des Zaren aufbauen wollte, musste sie sich der Zustimmung jener versichern, die ihr gegenüberstanden – die Massen der Arbeiter*innen und Soldaten.

Diese hatten in Anlehnung an die Ereignisse 1905 einen Arbeiter*innen- und Soldatenrat (Sowjet) gegründet. Was die Regierung auf Grund ihrer sozialen Zusammensetzung nicht werden konnte, war dem Petrograder Sowjet möglich: Repräsentationsorgan der revolutionären Massen zu sein und ihren Willen zur Sprache zu bringen. Jede Kompanie und jede Fabrik sollte eine*n Delegierte*n schicken, jede größere Fabrik auf 1000 Arbeiter*innen eine*n.

Um die errungene Macht über Petrograd hinaus gegen die drohende Reaktion zu verteidigen, gab der Sowjet den Aufruf heraus, dass sich alle militärischen Einheiten an der Front wie im Hinterland dem Befehl des Sowjet unterstellen sollten und selber Räte bilden sollten, um das Offizierskorps zu entmachten. Was mit dem Schrei nach Brot begann, entflammte in einer unglaublichen Dynamik. Es gelang dem Petrograder Sowjet, in anderen Städten und in Teilen der Armee Rätebewegungen zu motivieren. Davon wurden alle überrascht, auch die, welche seit Jahrzehnten auf die Revolution hinarbeiten. Lenin [2] hatte dazu 1916 notiert:

> *„An das Brot hatte ich, ein Mensch, der nie Not gekannt hatte, nicht gedacht […] Zu dem, was allem zugrunde liegt, zum Klassenkampf ums Brot gelangt das Denken durch die politische Analyse auf einem ungewöhnlichen komplizierten und verwickelten Wege."*

DIE DOPPELHERRSCHAFT

Zwischen Ende Februar und Ende Oktober 1917 erlebt Russland eine besondere revolutionäre Situation: die Doppelherrschaft. Die Arbeiter*innen und Soldaten Petrograds waren zwar in der Dynamik entschlossene Kämpfer*innen ihrer Sache, sie strebten aber keineswegs an, die Macht selbst zu übernehmen (ein Phänomen, das sich zum Beispiel auch in der gescheiterten deutschen Revolution von 1918/19 zeigen würde). Auch hatte die revolutionäre Bewegung weder vor den alten Staat zu zerstören noch ihn zu ersetzen. So ergab sich eine Konstellation, in der die Räte als diejenigen, die den unmittelbaren Zuspruch der Massen hatten, die Macht

2 Lenin war kommunistischer Politiker und Revolutionär, Vorsitzender der Bolschewiki-Partei und Regierungschef der Sowjetunion (1917–1924).

nicht haben wollten – während die Duma, die im Versuch, das Regime zu stabilisieren, die Macht übernommen hatte, auf die Stützung des Arbeiter*innen- und Soldatenrates angewiesen war.

Diese Stützung war aber teuer erkauft. An die Regierung wurden weitreichende Forderungen gestellt: Straferlass für alle politischen Verbrechen inklusive aller revolutionären Akte, die Abschaffung aller rechtlichen Unterschiede der Stände, der Religionsgemeinschaften und Nationalitäten, die Vorbereitung einer verfassungsgebenden Versammlung, die Absetzung der Polizei und die Einsetzung einer Volksmiliz sowie die umfassende Demokratisierung der lokalen Selbstverwaltung. Dieses der Regierung in der Not der Stunde auferlegte Programm machte deutlich, dass diese nicht ohne den Petrograder Sowjet regieren konnte.

„Trotz des gewaltigen Übergewichts, das der Sowjet von Beginn an besaß, hatte sich in Petrograd jene sonderbare Konstellation herausgebildet, die für die russische Notstandsdemokratie nach dem Sturz der Monarchie bezeichnend bleiben sollte: hier das Duma-Komitee, ein Relikt der Zarenzeit, das unter dem Druck der Straße revolutioniert worden war, ein Residuum liberaler Politik; dort der Arbeiter- und Soldatenrat als Organisationsform der Revolutionsbewegung", schreibt Dietrich Geyer. In dieser Konstellation die Übermacht zu behalten war das erklärte Ziel der verschiedenen Kräfte.

Dazu war die Ausgangslage für die verschiedenen linksorientierten Richtungen sehr ähnlich. Die Februarrevolution wurde von den führenden Figuren der Sozialdemokratie und der Sozialrevolutionär*innen weitestgehend aus der Ferne zur Kenntnis genommen. Die führenden Funktionär*innen, wie Lenin, Trotzki und viele andere waren in Westeuropa im Exil. In großer Hektik versuchten diese nach den Februarereignissen nach Russland zu kommen. Dafür benötigten sie teilweise mehrere Monate, Trotzki etwa musste mit seinen Vertrauten einen Umweg über Nordamerika machen. Bis zum Sommer drängten mehrere hundert Emigrant*innen zurück nach Russland, um in der revolutionären Periode die Kräfte zu bündeln und taktisch anzuführen.

Obwohl die Sowjets immer stärker wurden, wurde nicht angestrebt, die Macht unmittelbar zu übernehmen. Dabei spielten mehrere Faktoren eine Rolle. Einerseits dürften die Räte selbst davon überrascht gewesen sein, wie weit die revolutionären Wogen ihre Bewegung ins Zentrum der Macht gespült hatten. Viele Repräsentant*innen in den Räten, die innerhalb Russlands in der Verbannung in Sibirien gewesen waren, kamen unvermittelt aus

dieser zurück und hatten keine organische Beziehung zum Regieren aufgebaut. Diese Beziehungslosigkeit hatte auch zur Folge, dass die Bürokratie in weiten Teilen noch mit den alten Beamten besetzt blieb. Dazu kam bestimmt auch Angst, sich dieses mächtigen Staatsapparates zu bedienen. Es fehlte die Zeit und Erfahrung, die Fertigkeiten zu entwickeln, um diesen zu steuern.

Ein anderes Moment ist auch die Unklarheit bezüglich der eigenen historischen Rolle. Zwischen den verschiedenen Strömungen der Sozialdemokratie zum Beispiel gab es dazu zwei fundamental abweichende Positionen. Die Strömung der Menschewiki, die nach dem Februar auch einen großen Teil der Räte kontrollieren konnte, gingen davon aus, dass das, was mit der Februarrevolution zu erreichen war, die Errichtung eines bürgerlichen Staates nach westlichem Vorbild sein sollte. Auch wenn sie sich nach wie vor dem Sozialismus verpflichtet sahen, waren die Menschewiki der Ansicht, dass für eine weitere Revolutionierung Russland die Initiative und der Vorlauf des westlichen Proletariats nötig sei. Insofern waren sie mit der Doppelherrschaft mehr als zufrieden und strebten auf eine verfassungsgebende Versammlung zu.

Die Bolschewiki, die Fraktion, der auch Lenin angehörte, sahen dagegen den revolutionären Prozess weiter gedeihen und vertraten die These, die Russische Revolution zum Sozialismus könne als Initialzündung für Revolutionen in Europa und Nordamerika fungieren. Die Bolschewiki plädierten dafür, die internationale Führung zu übernehmen, in dem Bewusstsein, dass die Russische Revolution scheitern muss, sofern sich daran keine Revolutionen in Europa und Nordamerika anschließen und sie sich als Weltrevolution ausbreitet. Die Bolschewiki sahen in der Doppelherrschaft eine Gefahr für die Revolution, da die Räte das gegnerische Potenzial unterschätzen könnten.

„Ich gab zur Antwort, dass es bis zur wirklichen Freiheit noch ein weiter Weg sei, dass wir vorerst noch für die neue, sozialistische Ordnung kämpften. Die bürgerliche Freiheit genüge uns nicht."

Alexandra Kollontai, 1917

DIE POLITIK DER BOLSCHEWIKI

Es folgen wechselhafte Monate. In der Zeit bis Oktober gab es mehrere Regierungsumbildungen, Massendemonstrationen,

Das Scheitern der Menschewiki „war vor allem ein Scheitern ihrer Führung. [Sie] waren über die beiden fundamentalen Themen von 1917 hoffnungslos zerstritten: wie es mit dem Krieg weitergehen und wie man die Balance zwischen politischer und sozialer Revolution halten sollte."

Orlando Figes 2001: 494

einen Putschversuch rechter Generäle, der von Arbeiter*innen und Soldaten niedergeschlagen werden konnte, und ein regelrechtes Ringen um den Einfluss in den Räten. Den Bolschewiki gelang es zunehmend, die Regierung und die anderen linken Fraktionen unter Handlungsdruck zu setzen. Mit ihrer Forderung nach dem sofortigen Enteignen des adeligen Grundbesitzes und der Übergabe der Länder an Landarbeiter*innen- und Bäuer*innensowjets konnten sie zunehmend an Popularität gewinnen. Vor dieser Forderung schreckten die anderen Kräfte zurück, da sie Sorge um die Versorgung der Städte äußerten. Während die Regierung und die Menschewiki hier auf Zeit spielten, konnten sich die Bolschewiki damit in eine Alleinvertreter*innenrolle bringen – was ihnen wachsenden Einfluss bei den Räten einbrachte. Auch mit anderen Forderungen wie der Verstaatlichung des Bankwesens, der industriellen Produktion und der Energieversorgung, deren Kontrolle die Arbeiter*innensowjets übernehmen sollten, mobilisierten sie für sich die utopischen Sehnsüchte. So konnten sie sich zunehmend als die einzigen Vertreter*innen der revolutionären Massen darstellen. Damit setzten sie gekonnt auch jene Teile der Sowjets unter Druck, die die Doppelherrschaft befürworteten, und deshalb bei diesen Forderungen nicht mitziehen konnten ohne die provisorische Regierung zu verraten. Das wurde umso unmöglicher, als nach einer weiteren Regierungsumbildung die Ministerien für Krieg, Justiz, Landwirtschaft, Arbeit und Ernährung von sozialdemokratischen Ministern geleitet wurden. Die Regierung wollte durch diese Maßnahme die Sozialdemokratie in die Verantwortung ziehen und so dafür einspannen, die revolutionären Massen nach Hause zu schicken. Doch mit diesem Spiel auf Zeit gewann die Agitation der Bolschewiki, dass es Bodenreform und Frieden nur jenseits der provisorischen Regierung, nur mit der Machtübernahme durch die Räte geben konnte, mehr und mehr an Glaubwürdigkeit.

Der linke Flügel der Menschewiki wurde sich unter diesem Druck im Herbst zunehmend bewusst, dass die Regierung eine sozialistische sein müsse, und suchte ein Bündnis mit den Bolschewiki. Sie wollten die Teilnahme an der liberalen Regierung beenden. Doch dieser Flügel konnte sich nicht durchsetzen, nur etwa ein Drittel der Delegierten auf ihrem Parteitag stimmten dieser Taktik zu. Dagegen setzte sich die Position für den Verbleib in der liberalen Regierung durch. Der Kurs des „demokratischen Sozialismus", der Bildung einer gesamtsozialistischen Regierung, den der linke Flügel der Menschewiki im Sinn hatte, wurde weder in den Räten noch von den Bolschewiki akzeptiert. Lenin sah darin ein Zeichen auswendig gelernter und nicht an die Gegenwart angepasster Doktrin. „Untergehen oder mit Volldampf

„So hatten sich Lenin und die Petrograder Arbeiter für den Aufstand entschieden. Der Petrograder Sowjet hatte die Provisorische Regierung niedergezwungen und dem Sowjetkongress den Staatsstreich aufgedrängt. Nun hieß es: Rußland gewinnen und dann – die Welt. Und die übrige Welt, was würde sie tun? Würden die Völker dem Ruf folgen und aufstehen zu einem roten Weltsturm?"

John Reed, 1919

vorwärtsstürmen" müsse die Devise der sozialistichen Linken heißen.

OKTOBERREVOLUTION

Was folgte, war die militärische Machtübernahme der Bolschewiki. Im Zentralkomitee der Partei war umstritten, ob man sich an der bald bevorstehenden konstituierenden Versammlung beteiligen sollte, um um die Mehrheiten zu kämpfen, oder ob man stattdessen auf den gewaltsamen Aufstand setzen sollte. Nach intensiven Diskussionen setzte sich schließlich die Gruppe um Lenin und Trotzki, der mittlerweile Vorsitzender des Petrograder Sowjets war, durch. Es wurde geplant, die Macht zu übernehmen, und diese auf einem geplanten Kongress der Sowjets bestätigen zu lassen. Die Bolschewiki stellten eine wenige tausend Soldaten zählende Kampfgruppe auf, die in der Nacht zum 25. Oktober 1917 die zentralen Punkte der Stadt (wie etwa die Waffenkammer) besetzten. Eine Nacht später erfolgte die Einnahme des Winterpalais, dem Sitz der Provisorischen Regierung. All dies ging nahezu unblutig vonstatten, die Wachen ergaben sich kampflos. Die Provisorische Regierung wurde durch ein von Lenin geführtes sozialistisches Regime abgelöst. Die Machtübernahme war so unspektakulär, dass viele Petrograder Bürger*innen darüber aus der Zeitung erfuhren. ■

Buchtipp: Orlando Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924. München: Goldmann Verlag. Suhrkamp. Erschienen 2001, 975 Seiten, ISBN: 3-442-15075-2

Das Buch behandelt den wirtschaftlichen und sozialen Wandel des Zarenreichs im ausgehenden 19. Jahrhundert, die schwere Krise des alten Regimes 1905/07, der Zusammenhang von Krieg und Revolution sowie die Ursachen und inneren Folgen der Behauptung der Sowjetmacht im Bürgerkrieg.

blattlinie_joanna.indd 21 01.03.2017 11:36:58

„NARREN-UTOPIEN SIND HIER VERWIRKLICHT“

Utopische Ideale und politische Wirklichkeiten in der Revolution 1917

Thomas Möbius Sozial- und Literaturwissenschaftler; Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Berliner Debatte Initial“, bereitet für diese momentan ein Themenheft vor zu: „Russland in Blut gewaschen“ – Ein Revolutionsjahr und seine Folgen im Spiegel der Literatur.

Als 1989/90 der sogenannte real existierende Sozialismus zusammenbrach, galt das vielen zugleich als Ende der Utopie. „Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters“ titelte Joachim Fest, damaliger Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Die Rede vom Ende der Utopie hat mittlerweile selbst ihr Ende gefunden. Sie war von Anfang an nicht mehr als ideologische Parole. Umso mehr bleibt die Frage, was 1989/90 scheiterte. War es der verfehlte Versuch einer Utopie, der mit der Oktoberrevolution 1917 begann? Lag es an der Utopie? Scheiterte sie an den historischen Umständen? Wurde die Utopie im Stalinismus vernichtet, oder war die Gewalt ihrer Umsetzung eingeschrieben? Es ist die Frage danach, warum die Träume einer befreiten und gerechten Gesellschaft umschlugen in Unterdrückung.

UTOPIA, DAS LAND, DAS NIRGENDS IST, ZUR REALITÄT GEMACHT

Die Revolution 1917 galt als Aufbruch in die Utopie. Russland erschien als Ort, wo, wie es André Gide in „Zurück aus Sowjetrussland“ (1936) schrieb, „Utopisches die Chance fand, Wirklichkeit zu werden“. Oder wie Annemarie Schwarzenbach beim Besuch des Schriftstellerkongresses 1934 in Moskau notierte: *„Wir sehen, dass es möglich ist, Utopien in Wirklichkeit zu verwandeln. […] rechte Narren-Utopien sind hier verwirklicht, wie Kolumbus-Eier auf den Kopf gestellt.“* In den 1920er und 1930er Jahren gab es einen regelrechten Utopie-Tourismus von linken Intellektuellen und Arbeiter*innendelegationen. Ein Teil von ihnen beschreibt in seinen Reiseberichten das neue Russland als

verwirklichtes Utopia. Andere klagten, die Utopien der Revolution seien nicht oder noch nicht verwirklicht worden. Die Reiseberichte wurden vielfach selbst zu Utopien, die die Sowjetunion dem Westen als Alternative gegenüberstellten, oder auf sie die eigenen utopischen Hoffnungen projizierten. Der Blick auf die Sowjetunion war verknüpft mit den eigenen Krisenerfahrungen jener Jahre.

DIE GANZE PHANTASIEWELT DES 19. JAHRHUNDERTS

In den Reiseberichten zeigen sich die vielfältigsten utopischen Erwartungen, die sich mit der Revolution verbanden. An ihnen wird deutlich, es war nicht *eine,* „die" sozialistische, Utopie, wie es Fest in seinem Abgesang auf die Utopie nahelegt, deren Verwirklichung erhofft wurde. Die Revolution setzte in einem bis dahin ungekannten Maße utopische Ideen und Energien frei. Ein schier „grenzenloser und unterdrückter Vorrat an Ideen und Sehnsüchten" drängte mit ihr, wie es der Historiker Karl Schlögel beschrieb, an die Oberfläche: *„In gewisser Weise explodierte in der Russischen Revolution die ganze Phantasiewelt des 19. Jahrhunderts: Technikphantasien, Gerechtigkeitsphantasien, urbane und anti-urbane Visionen, Maschinenfetischismus und Maschinenstürmerei, rationalistische Träume und bürokratische Regulierungsphantasien.*" Dazu kamen Vorstellunge von einem Neuen Menschen und von der Überwindung der Natur. *„In den Brüchen und Turbulenzen der Revolution trafen die verschiedenen Ströme und Rinnsale sozialer und kultureller Phantasie aufeinander, verbanden oder paralysierten sich. […] Fast alles schien möglich in jenem kurzen historischen Moment.*"

Es war eine Vielzahl von utopischen Vorstellungen, die 1917 aufeinander trafen. Und es waren keineswegs nur sozialistische Ideen im marxistischen Sinne.

Im Namen der Revolution und des Sozialismus kamen die verschiedensten Gruppen mit ihren Vorstellungen einer freien und gerechten Gesellschaft und eines Neuen Menschen zusammen.

Diese Vielfalt an utopischen Ideen in der ersten Zeit gerät im Blick auf die spätere Entwicklung leicht aus dem Blick. Doch waren die Kämpfe um die Richtung der neuen Gesellschaft nicht zuletzt auch eine Auseinandersetzung um diese utopischen Ideen und Entwürfe.

Man kann für die Zeit von einer Art „utopischen Feld" sprechen, in dem die verschiedenen Utopien untereinander und

mit der Politik um Deutungsmacht über die Gestaltung der Zukunft konkurrierten. Das Spektrum der „utopischen Akteur*innen" reichte von den politischen Gruppen wie den Bolschewiki, aber ebenso Anarchist*innen und Agrarsozialist*innen, über die Avantgarde-Kunst mit ihrem Anspruch, die Kunst ins Leben und das Leben in die Kunst zu überführen, bis hin zu Reformpädagog*innen, die mit einer Freien Erziehung einen Neuen Menschen schaffen wollten.

Zum Teil verbanden sich die einzelnen Bewegungen. Die Avantgarde etwa stellte sich an die Seite der Oktoberrevolution und der Bolschewiki. Der Regisseur Wsewolod Meyerhold verkündete den „Theateroktober" und forderte vom Theater das Bekenntnis zur Revolution: *„Die Schauspieler müssen mit dabei sein, den neuen Aufbau der Gesellschaft zu bewerkstelligen, das neue Leben zu organisieren."* Wladimir Majakowski erklärte die Futurist*innen, die schon vor 1917 den Bruch mit der bürgerlichen Kultur und eine totale Umgestaltung des Lebens durch die Kunst gefordert hatten, zur „Kunstarmee" der Sowjetmacht. Doch die Gegensätze traten rasch zutage. Kasimir Malewitsch beispielsweise kritisierte die Bolschewiki und ihre Politik, dass sie die Revolution nicht radikal genug denken: Sie würden den Sozialismus rein materiell nehmen und zu einem „Futtertrog-Sozialismus" verkürzen.

So breit wie das Spektrum der Akteur*innen, war auch das der utopischen Ideen: Entwürfe einer neuen, sozialistischen Lebensweise, einer proletarischen Kunst und Kultur, von Kommunehäusern und neuen Städten, von autonomen Schulkommunen und Kinderstädten, anarchistische Agrarkommunen. In die utopische Umgestaltung der Gesellschaft wurde das Leben als Ganzes hineingezogen: von der Revolutionierung der politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse über das Alltagsleben bis hin zur „Reorganisation des Menschen" (so ein Titel von Abram Golzman) mit dem Überwinden der Natur und des Todes. Mit Sozialismus im Sinne von Marx hatte all das teils wenig zu tun.

Was den Utopien bei all dem eine neue Dimension gab, war erstens die Radikalität der Ideen. Für die Avantgarde war der Umbau der politischen und materiellen Verhältnisse nur der erste Schritt für eine viel weiter reichende kulturelle Emanzipation des Menschen – die bis auf die Überwindung der Naturgesetze und die Besiedlung des Kosmos zielte. Exemplarisch dafür sind die Entwürfe fliegender Städte im Weltraum wie Georgi Krutikows „Fliegende Stadt der Zukunft" und Malewitschs „Planiten". Selbst seitens der Politik dachte man so ausgreifend. Leo Trotzki sagte in „Literatur und Revolution" (1924) für den

Sozialismus einen neuen Menschen voraus, der sich geistig und körperlich vervollkommnen werde: *„Der Mensch wird unvergleichlich viel stärker, klüger und feiner; sein Körper wird harmonischer, seine Bewegungen werden rhythmischer und seine Stimme wird musikalischer werden. Die Formen des Alltagslebens werden dynamische Theatralität annehmen. Der durchschnittliche Menschentyp wird sich bis zum Niveau des Aristoteles, Goethe und Marx erheben. Und über dieser Gebirgskette werden neue Gipfel aufragen.*"

Das zweite, was den Utopien eine neue Dimension gab, war die Überzeugung, sie unmittelbar verwirklichen zu können. Die utopischen Entwürfe waren keine Gedankenexperimente, sondern Programm für die Wirklichkeit.

Man sah die Utopie in greifbare Nähe gerückt. Alles schien im Hier und Jetzt erreichbar. Und es ging darum, sie für eine ganze Gesellschaft zu verwirklichen – nicht nur als Aussteiger-Inseln für einzelne Gruppen.

UTOPIE UND POLITIK

Im Verhältnis von Utopie und Politik nach der Revolution lassen sich verschiedene Phasen ausmachen. Die erste Phase bildeten die Jahre der Revolution und des sogenannten Kriegskommunismus. Es war eine Zeit der Anarchie für die Utopie. Mit dem Sturz der Autokratie des russischen Zaren wurden die Verhältnisse gleichsam flüssig. Das Möglichkeits*denken* ging gewissermaßen in ein Möglich*werden* über. Inmitten von Bürgerkrieg und größter Not begann man, die kühnsten Utopien zu leben. Die Revolution öffnete ihnen, die zuvor zum Teil unterdrückt worden waren, den Weg. Es gründeten sich anarchistische Agrarkommunen. Reformpädagog*innen versuchten, in Schulkommunen eine freie und gemeinschaftliche Erziehung umzusetzen. Der von Alexander Bogdanow als Antwort auf das Scheitern der Revolution von 1905 begründete Proletkult formierte sich als Massenbewegung mit Kulturhäusern, Theatern, Zeitschriften und Universitäten: Die proletarische Kulturrevolution sollte als „innere sozialistische Revolution" die Vorherrschaft des bürgerlichen Denkens brechen und eine proletarische Kultur schaffen. Die Avantgarde schuf in ihren Kunstexperimenten wie den Masseninszenierungen zu den Revolutionsfeiern gleichsam Räume, die die zukünftige Gesellschaft vorwegnahmen.

Zum anderen lässt sich nach der Machtergreifung der Bolschewiki eine utopische Durchdringung der Politik beobachten. Diese wird gemeinhin mit dem Begriff des Kriegskommunismus verbunden. Sie war bestimmt von der Erwartung, unmittelbar den Kommunismus aufzubauen: mit Verstaatlichung nicht nur der Industrie, sondern auch mit der Vergemeinschaftung der Versorgung und über diese hinaus generell der Lebensweise. Man sah die Formen der öffentlichen Versorgung, die während des Bürgerkriegs geschaffen wurden, als erste Schritte zu einer kollektiven Lebensweise, als Teil der kulturevolutionären Umgestaltung des Alltags; so etwa Nikolai Bucharin und Jewgeni Preobrashenski in ihrer „populären Erläuterung" des Parteiprogramms, „Das ABC des Kommunismus" von 1919.

Es ist eine umstrittene Frage: Lag dem Kriegskommunismus ein utopisches Konzept zugrunde? Oder war er lediglich eine Versorgungsdiktatur, die aus der Not des Bürgerkrieges erwuchs? Die Antwort hängt sicher auch vom Blick auf die Revolution ab: Betont man den utopischen Anspruch oder die Gewalt. Schlögel brachte das Sowohl-als-Auch auf die Formel von „Utopie als Notstandsdenken". Es war eine Verschränkung von utopischem Anspruch und historischem Zwang, in der das eine das andere bedingte.

Mit der Machtergreifung waren die Bolschewiki mit der Frage konfrontiert, wie die neue Gesellschaft konkret im Alltag aussehen soll.

Die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik 1921 – kurz NEP genannt – brachte jedoch die erste Zäsur für die Utopien: Mit ihr wurde die Utopisierung der Politik, wie sie für die Zeit des Kriegskommunismus zu sehen war, zurückgenommen. Nicht zuletzt aus der Einsicht, dass die Utopien die gegebenen Möglichkeiten der Politik überforderten. Gegen die Haltung, die Utopien unmittelbar als politisches Programm zu nehmen, erfolgte mit der NEP eine Anpassung der Politik an das Faktische. Das kriegskommunistische Versorgungssystem wurde abgeschafft, privater Handel und private Unternehmen wieder zugelassen, die Bestrebungen im Sozial- und Bildungsbereich, die von der unmittelbaren Erwartung des Kommunismus bestimmt waren, wurden jetzt als linksradikale Übertreibungen kritisiert. Viele, insbesondere die Linksbolschewiki, empfanden die NEP daher als Verrat an den utopischen Idealen der Revolution, als Schritt zurück.

Die NEP führte so für die Utopien zu einer gegensätzlichen Situation: Sie nahm auf der einen Seite die Utopisierung der

Politik zurück. Auf der anderen Seite blieben in der Kunst und der Architektur die utopischen Impulse der Revolutionszeit ungebrochen. Der kulturrevolutionäre, utopische Elan richtete sich jetzt nicht zuletzt gegen die Tendenzen der NEP, sich in einer neuen bürgerlichen Existenz einzurichten, und gegen die Bürokratisierung der Revolution – so zum Beispiel Wladimir Majakowski und Nikolaj Erdman in ihren satirischen Komödien.

Mit den ersten beiden Fünfjahrplänen ab Ende der 1920er Jahre kam es zu einem neuen Aufschwung der Utopie in der Politik. Jedoch mit einer charakteristischen Verschiebung: Die Utopie wurde auf die Industrialisierung ausgerichtet. In dieser Hinsicht war das kriegskommunistische System der öffentlichen Versorgung sichtlich beeinflusst von den Vorstellungen einer gemeinschaftlichen Versorgung, in der Geld und Handel abgeschafft sind, wie sie in den frühsozialistischen Utopien entwickelt worden waren. Ein „Vorbild" waren etwa Louis Blancs Konsumgenossenschaften. Insbesondere die Linksbolschewiki sahen die öffentliche Versorgung mit den sogenannten Konsumkommunen als Teil der kulturrevolutionären Umgestaltung des Alltagslebens. Ihnen ging es um eine Politik, die die Grundlagen für eine Vergemeinschaftung der Lebensweise schafft. Die sozialistische Umgestaltung des Alltagslebens sei notwendiger Teil des Aufbaus des Sozialismus. Alexandra Kollontai, Volkskommissarin für soziale Fürsorge, erklärte in „Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung" (1921): *„Wir müssen schrittweise, aber zielbewusst das Fundament für eine kollektive Lebensweise legen. […] Die Planung des kommunistischen Alltags ist genauso wichtig wie die Planung der Produktion.*".

Die utopischen Bilder der zukünftigen Gesellschaft umfassten nunmehr vor allem den industriellen Aufbau und den Bau neuer Städte. Wissenschaft und Technik und die Beherrschung der Natur rückten in den Mittelpunkt.

Zum Leitbild des Neuen Menschen wurde die Figur des Ingenieurs bzw. der Ingenieurin.

Entsprechend änderten sich auch die Entwürfe der neuen Lebensweise: Sie wurden rationalistischer, sie beanspruchten die „wissenschaftliche Organisation der Lebensweise". Die Fünfjahrpläne bedeuteten so auch die Disziplinierung der Utopie. Das Unbändige, die anarchistischen und karnevalesken Momente, die die utopischen Entwürfe der Revolutionszeit geprägt hatten, verschwanden endgültig. An die Stelle der radikalen emanzipativen

Ansätze trat die Festigung und Repräsentation der Macht.

In der Familien- und Bildungspolitik etwa äußerte sich das unter anderem in der Verdrängung der Bestrebungen für eine freie Sexualmoral und neue Geschlechterbeziehungen, wie sie insbesondere von Kollontai als notwendiger Teil der Emanzipation der Frau gefordert wurden, und in dem Abbruch der Ansätze einer auf Selbstbestimmung gerichteten, nicht-autoritären Erziehung. Verbunden war damit die Rückkehr der Politik zur patriarchalischen Kleinfamilie. Ebenso geriet bekanntlich die Avantgarde mit ihren Utopien einer neuen Kunst, einer neuen Lebensweise, eines Neuen Menschen zunehmend unter Druck.

Dieses Sich-Verflüchtigen der Utopien wurde von außen aufmerksam registriert. Wilhelm Reich etwa, der Anfang der 1930er Jahre die Sowjetunion besuchte, beklagte den Umschlag in der Familien- und Bildungspolitik als Verrat an den Emanzipationsidealen der Revolution. Ebenso konstatierten Walter Benjamin und Joseph Roth bei ihren Besuchen 1926/1927 in der Sowjetunion das Verdrängen der Avantgarde und der Erlöschen der Revolution. Roth bemerkte: *„Wenn ich ein Buch über Rußland schreiben würde, so müsste es die erloschene Revolution darstellen, einen Brand, der ausglüht, glimmende Überreste und sehr viel Feuerwehr.“*

Diese Entwicklung wurde oftmals als „Verrat der Revolution“ und als „Verschleiß der Utopie“ bewertet. Man kann sie jedoch auch als Besetzung der Utopien durch die Politik beschreiben: Stand am Anfang die Utopisierung der Politik, erfolgte nunmehr die Politisierung der Utopie. Es ging mit der Utopie jetzt nicht mehr um Kritik und Überwindung der Gegenwart, sondern sie diente als Instrument der Mobilisierung und Wirklichkeitsbestätigung. Die Utopie wurde zur Ideologie. Das war auch der Punkt, wo die Vielfalt utopischer Ideen dem Bild der einen Utopie wich.

Es wäre jedoch zu einfach, zu sagen, die Utopien mit ihren radikalen Emanzipationsansprüchen seien von der Politik beseitigt worden. Also, dass es eine utopische Phase der Revolution gab, die vom Stalinismus beendet wurde. Das wäre die Rede vom Verrat. Es lässt sich für die utopischen Ideen und Experimente vielmehr eine Ambivalenz von Scheitern, dystopischer Ernüchterung und politischem Abbruch beobachten. Sie wurden einerseits von der Politik vereinnahmt und verdrängt. Zugleich zeigt sich für sie aber auch ein Scheitern an äußeren Umständen – vielfach fehlte es schlicht an den Ressourcen, sie umzusetzen, sowie ein Scheitern an inneren Widersprüchen und eine Desillusionierung über die utopischen Ideale.

FRÜHE WARNUNGEN

Das tragische Scheitern der utopischen Ideale der Revolution, ihr Umschlagen ins Dystopische und ihr Zerbrechen an Machtverhältnissen, wurde schon früh von utopischen Gegenstimmen reflektiert.

Eine der eindrucksvollsten ist Andrej Platonow mit seinen Romanen „Tschewengur" (1927) und „Die Baugrube" (1930). Es gibt kaum jemanden, der die utopischen Hoffnungen, die sich mit der Revolution verbanden, und deren Tragik und Desillusionierungen so beschrieben hat wie Platonow. Er nimmt die Ideale der Revolution auf fast naive Weise wörtlich als ureigenste Träume eines gerechten und erlösten Lebens. Und er zeigt, wie diese scheitern an den Umständen ihrer Realisierung, wie sie ersticken in den ideologischen Losungen der neuen Machthabenden, dem neuen Funktionärstum und dessen Bürokratisierung. Platonow deckt dabei schonungslos die Gewalt auf, die sich mit dem Aufbau der neuen Gesellschaft verband. In der „Baugrube" kritisiert er unter anderem den Terror gegen die Bauernschaft bei der Kollektivierung der Landwirtschaft Ende der 1920er Jahre: *„Passt bloß auf: Heute beseitigt ihr mich, und morgen werdet ihr selber beseitigt. Zu guter Letzt kommt bloß noch euer oberster Mensch im Sozialismus an."* Mit der Warnung, dass die Gewalt den Sozialismus deformieren werde, stand Platonow nicht alleine. Er wurde unterdrückt, wie die anderen. Doch die Warnung erwies sich als prophetisch: *„So gräbt man Gräber, keine Häuser"*, sagt ein Arbeiter in der „Baugrube". ■

Buchtipp: Andrej Platonow „Tschewengur. Die Wanderung mit offenem Herzen" – einer der besten Romane über die Revolution und das tragische Scheitern ihrer utopischen Ideale, geschrieben 1927.

Zurzeit vergriffen, der Verlag disadorno plant für Herbst eine Neuherausgabe.

ДА ЗДРАВСТВУЕТЪ МЕЖДУНАРОДНЫЙ
ПРАЗДНИКЪ ТРУДА
ДА ЗДРАВСТВУЕТЪ СОЦІАЛИЗМЪ
МОНЕТНЫЙ
ДВОРЪ

WER VON DER ZUKUNFT NICHT REDEN WILL, SOLL VOM SOZIALISMUS SCHWEIGEN

Die Debatten um Utopie der frühen Sozialdemokratie

Tobias Schweiger studiert Politikwissenschaft und Philosophie in Bremen und Oldenburg. Er gibt wöchentlich Kurse zu den verschiedenen Bänden des Kapital von Karl Marx und dessen Kapitalismuskritik. Er war von 2010 bis 2012 im Bundesvorstand der Jungen Grünen und ist jetzt in der Redaktion der BLATTLINIE.

Wenn wir uns heute mit der Russischen Revolution auseinandersetzen, dann muss uns nahezu das Gefühl beschleichen, dass das eine aussichtslose Angelegenheit war. Wir lesen über die Armut und technologische Unzulänglichkeit des Russischen Zarenreichs, seiner geringen Urbanisierung und einer durch absolutistische Gewalt geprägte Gesellschaft. Der Eindruck, dass die Verwirklichung der utopischen Ziele der Revolutionär*innen immer schon illusionär war, macht uns viele der historischen Ereignisse irreal. Das kommt jedoch nicht daher, dass man es mit etwas prinzipiell Irrealen zu tun hat, sondern dass diese Möglichkeit einer befreiten Gesellschaft historisch gescheitert ist. Dieses Scheitern der Möglichkeit wird als unrealistisches Vorhaben missgedeutet. In diesem Text soll es darum gehen, wie sehr linke Politik darauf angewiesen ist, Utopie als verwirklichbare Möglichkeit zu begreifen. Diese Dimension von Politik hat heute im österreichischen Parteiensystem keinen Platz.

Wir sind heute mit einem politischen Rechtsruck konfrontiert, dem die etablierten Parteien scheinbar ohnmächtig gegenüberstehen. Sie bereiten diesem vielmehr den Weg, indem sie die Forderungen von Rechtsextremen aufnehmen und zu realen Problemen adeln. Die Unfähigkeit, den Rahmen des politischen Feldes anders zu interpretieren und als gesellschaftlich gültige Deutung zu etablieren, führt neben anderen wichtigen Aspekten auf ein vorherrschendes Politikverständnis der etablierten Parteien zurück, das ich als technisches Politikverständnis bezeichnen möchte. Damit meine ich, dass gesellschaftliche Phänomene nicht als umkämpfbare Situationen, sondern als objektiv feststehende Sachzusammenhänge aufgefasst werden.

Der Entwicklung des technischen Politikverständnis liegen objektive Faktoren zu Grunde: die Ideologie vom "Ende der Geschichte", die Vorstellung, dass mit dem Ende der Sowjetunion der globale Kapitalismus seinen Siegeszug beendet habe, und die neoliberalen Veränderungen der kapitalistischen Ökonomie. Es schien ein knappes Jahrzehnt so, als

wären die großen Kämpfe, die das 20. Jahrhundert geprägt hatten, vorbei. Die Utopie einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus schien widerlegt. Es wäre aber ein Fehler, diese ideologische Vorstellung jenseits aller Utopien als historische Episode misszuverstehen. Denn sie ist auch ein Ergebnis des Versagens der Linken. Die Kritik technokratischer Politik reicht weit in die Geschichte der Arbeiterbewegung zurück.

Schon Walter Benjamin hat in seinen Thesen über den Begriff der Geschichte bereits 1940 an mehreren Stellen auf dieses technische Politikverständnis hingewiesen. Er zieht dafür explizit die Sozialdemokratie zur Verantwortung, der Sozialdemokratie, die Benjamin meinte, galt die technische Entwicklung „als das Gefälle des Stromes, mit dem sie zu schwimmen meinte. Von da war es nur ein Schritt zu der Illusion, die Fabrikarbeit, die im Zuge des technischen Fortschritts gelegen sei, stelle eine politische Leistung dar".

Diese Vorstellung von Geschichte, die nach den materiellen Dingen, aber nicht nach der Beziehung der Menschen auf diese Dinge fragt, verwechselt Technik mit Politik.

Dass aber die technologische Entwicklung zwar die Bedingung der Möglichkeit der revolutionären Emanzipation darstellte, aber nicht ihre Verwirklichung, bedeutet auch, dass die „Fortschritte" unter dem Zeichen gesellschaftlicher Herrschaft gemacht werden. Technischer Fortschritt und Wissenschaft bedeutet eben nicht die Abnahme gesellschaftlicher Herrschaft, sondern nur, dass sie sich anders darstellt.

Gesellschaftliche Fragen scheinen sich nicht mehr auf gesellschaftliche Kämpfe, sondern auf ein allgemeines materielles Resultat zu beziehen: Nicht Emanzipation, sondern gesamtgesellschaftliche Wohlstandsentwicklung, nicht politischer Prozess der Gesellschaft, sondern Verwaltung der Individuen heißt dann sozialdemokratische Politik. Dies findet sich in Benjamins nächster These wieder, in der er die Sozialdemokratie dafür kritisiert, dass sie den revolutionären Bestrebungen eine andere Deutung gab: „Im Lauf von drei Jahrzehnten gelang es ihr, den Namen eines Blanqui fast auszulöschen, dessen Erzklang das vorige Jahrhundert erschüttert hat. Sie gefiel sich darin, der Arbeiterklasse die Rolle einer Erlöserin künftiger Generationen zuzuspielen. Sie durchschnitt ihr damit die Sehne der besten Kraft. Die Klasse verlernte in dieser Schule gleich sehr den Haß wie den Opferwillen. Denn beide nähren sich an dem Bild der geknechteten Vorfahren, nicht am Ideal der befreiten Enkel."

Statt der Abschaffung der herrschenden Verhältnisse sollte für die historische Sozialdemokratie deren reformistische Bändigung treten. Wenn wir etwa heute davon lesen, dass die SPÖ mit Christian Kerns Plan A "zu mutigen Bekenntnissen zurückkehren" möchte, dann meint sie keinesfalls die Abschaffung der kapitalistischen Arbeitsverhältnisse. Der Mut reicht nur, diese Ausbeutungsverhältnisse für alle zu fordern. Und selbst da verläßt man sich lieber auf die Naturgesetze des Marktes, nach welchen Arbeitslosigkeit nur sinken könne, wo das Wirtschaftswachstum 2% pro Jahr betrage. Nicht der Kampf um den gesellschaftlichen Reichtum, sondern das Durchsickern zu den Armen durch Politik für die Reichen - das ist der ganze Mut der Sozialdemokratie. Doch das war nicht immer so.

Denn Benjamin greift Blanqui nicht ohne Grund auf. Tatsächlich drehte sich die Diskussion der frühen Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende in vielen Fragen um ihr Verhältnis zum Blanquismus. Louis-Auguste Blanqui war einer der wichtigsten Figuren der sozialistischen Linken des 19. Jahrhunderts. In einem seiner berühmtesten Texte, der Verteidigungsrede vor Gericht „Der Prozess der Fünfzehn" kritisiert er den Appell an die proletarische Klasse, sich nur in den herrschenden Formen der Legalität um ihre Bedürfnisse engagieren zu dürfen. „Wenn es schlechte Gesetze geben sollte, dann verlangt deren legale Reform. Bis dahin gehorcht" schallt es den Revolutionär*innen entgegen.

Blanqui entgegnete, dass die Möglichkeiten, zu diesen Reformen real nicht wahrgenommen werden können, wo die Proletarier*innen es im notwendigen Umfang dennoch tun, würden sie unterdrückt. Es müsse daher darum gehen, das Recht nicht als Almosen zu empfangen: „Erst dann werden die Gesetze nicht mehr gegen, sondern für das Volks sein, weil sie vom Volk selbst gemacht werden". Diese Perspektive, unter der die befreite Zukunft nur mit Mitteln jenseits des formalen Rechts erreicht werden kann, wird zum Einsatzpunkt einiger Sozialdemokrat*innen, um den Begriff von sozialdemokratischer Politik nachhaltig zu verändern.

Die sozialdemokratische Revisionismusdebatte war eine der zentralen Auseinandersetzungen der Zweiten Internationale: Dabei ging es im Kern um zwei Fragen: 1) Welches Verhältnis nimmt die Sozialdemokratie zu den gestalterischen Kräften des Staates (Reformen) ein? 2) Welche Rolle spielt dabei die Utopie der klassenlosen Gesellschaft? Eine zentrale Position ist die von Eduard Bernstein. Zur zweiten Frage äußerte er sich relativ eindeutig in seinem Werk „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie":

„Woran mir liegt, […] ist, durch Bekämpfung der Reste utopischer Denkweise in der sozialistischen Theorie das realistische wie das idealistische Element […] gleichmäßig zu stärken".

Eduard Bernstein

Die spätere Kritik an Bernstein wird das an der von ihm gegebenen Formel festmachen, „Das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles".

Nun hat Bernstein aber explizit festgehalten, dass er damit nicht die Ziele des Sozialismus aufgeben wolle. Die Aufhebung der Klassen und die Enteignung der herrschenden Klasse sind selbst nur Mittel für bestimmte Bestrebungen. „Als solche sind sie Forderungen des Programms der Sozialdemokratie und von niemand bestritten. Über die Umstände ihrer Durchführung läßt sich nichts vorhersagen, es läßt sich nur für ihre Verwirklichung kämpfen". Man kann Bernstein also nur schlecht vorwerfen, dass er den Utopien des Sozialismus, sofern diese an einen bestimmten Inhalt geknüpft waren, abgeschworen habe. Das Problem, das Bernsteins Position mit sich bringt, liegt vielmehr in der Unterschätzung der Bedeutung der Utopie für ihre Verwirklichung. Sie ist nicht einfach Richtschnur für bestimmte Maßnahmen, die zu treffen oder umzusetzen sind. Doch vor welchem Hintergrund kommt Bernstein zu dieser Position?

Bernstein war mit den enormen Erfolgen der deutschen Sozialdemokratie konfrontiert. Diese war Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Massenpartei geworden. Das macht es verständlich, dass er der demokratischen Form große Hoffnung entgegenbrachte: „Wir setzen heute durch Stimmzettel, Demonstrationen und ähnliche Pressionsmittel Reformen durch, für die es vor hundert Jahren blutiger Revolutionen bedurft hätte". Die demokratische Form, die nicht nur die Meinungsäußerung, sondern auch die Organisationsfähigkeit und den realpolitischen Einfluß der Sozialdemokratie massiv erleichterte, als ein Fortschritt gegenüber dem autokratischen Absolutismus, brachte die Hoffnung mit sich, dass gesellschaftliche Kämpfe eine verrechtlichte, gewaltlose Verlaufsform bekommen könnten. „Die Demokratie ist Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel der Erkämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus". Und weiter: „Die Demokratie ist prinzipiell die Aufhebung der Klassengesellschaft, wenn sie auch noch nicht die faktische Aufhebung der Klassen ist".

Doch man muss Gewalt nicht gut finden um an Bernstein zu kritisieren, dass er mit diesen Thesen das Kind mit dem Bade

Woher soll dann aber zu gegebener Zeit die Gestaltung dieser Gesellschaft kommen? Die Rolle, die die sozialen Kämpfe dabei spielen, unterschätzt Bernstein in fataler Weise.

ausgeschüttet hat. So sehr politische Auseinandersetzungen ohne Gewaltmittel zu begrüßen sind, so sind gesellschaftliche Kämpfe nicht einfach durch Dekrete und Willenskundgebungen zu ersetzen. Warum eigentlich nicht? Gesellschaftliche Kämpfe sind Mittel, um einen Zweck zu verwirklichen. Insofern sind sie ein Werkzeug, nicht Selbstzweck und damit prinzipiell zu ersetzen. Aber, wie Leszek Kolakowski einmal geschrieben hat, ist eine gewisse Übereinstimmung von „Werkzeug und Material unerläßlich, damit das Produkt nicht monströs werde; man kann nämlich die Zähne nicht mit einer Bohrmaschine putzen".

Das Problem der Bernsteinschen Ersetzung der Revolution durch den demokratischen Kampf ist nicht, dass er einen anderen Zweck verfolgt. Das Problem ist, dass er die praktische Beziehung von Mittel und Zweck im sozialen Kampf nicht gesehen hat. Das muss eigentlich verwundern, hat er doch, wie oben zitiert, selbst gesehen, dass die konkrete Ausgestaltung der Gesellschaft, die uns heute Utopie ist, gar nicht konkret umrissen werden kann. Woher soll dann aber zu gegebener Zeit die Gestaltung dieser Gesellschaft kommen? Die Rolle, die die sozialen Kämpfe dabei spielen, unterschätzt Bernstein in fataler Weise. Dass er zu dieser Unterschätzung kommt, liegt nun daran, dass er sich von der Position von Blanqui in sehr einseitiger Weise absetzen wollte.

Ich habe oben beschrieben, das Blanqui die demokratisch-rechtliche Form deshalb ablehnt, weil es den Proletarier*innen an Zugang mangle und es daher aussichtslos und heuchlerisch wäre, diese in jene Form zu zwingen. Bernstein knüpft hier an und sagt: Wunderbar, die Arbeiter*innen haben das Wahlrecht, ihre Partei kann parlamentarisch arbeiten und Einfluss bekommen. Das Problem Blanquis hat sich mit der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse erübrigt. Bernstein warf der Sozialdemokratie vor, diese Veränderungen nur unzureichend zu sehen, welch mächtiger Hebel das Parlament für den Sozialismus werden könnte und stattdessen den Lehren Blanquis der Politik jenseits der herrschenden Rechtsformen nachzuhängen. Nun enthält aber Blanquis Argumentation gegen die legale Form noch eine zweite Seite. Es ging ihm nicht nur um deren Zugänglichkeit, sondern mindestens ebenso um das selber Machen der Verhältnisse. Selbsttätigkeit ist notwendiger Bestandteil der Emanzipation.

Diese Seite Blanquis habe Marx Bernstein zufolge stark beeinflußt und mache die Kritik des Marxismus in diesem Punkt notwendig. Was die „Überschätzung der schöpferischen Kraft der revolutionären Gewalt für die sozialistische Umgestaltung der modernen Gesellschaft anbetrifft, ist [Marx] nie völlig von der blanquistischen Auffassung losgekommen".

Politik kann also nicht heißen, dem Menschen ein Resultat vorzusetzen, sondern schließt den Prozess der Selbstveränderung durch die Veränderung der Welt mit ein.

Wenn wir diesen Punkt auf die Formel von Endziel und Bewegung zurückbringen, kann gesagt werden, dass die Unterschätzung der Bedeutung der Utopie aus der Unterschätzung einer bestimmten Dimension der Bewegung selbst, dem schöpferischen Hervorbringen des historisch Neuen, resultiert. Das Moment kehrt gebrochen wieder in Christian Kerns Plan A, der nicht den Aspekt der Ermächtigung, sondern nur den der Versorgung mit Arbeitsplätzen in den Blick nimmt. Gebrochen deshalb, weil nicht einmal mehr der Gestaltungsfähigkeit der Politik ernsthaft vertraut wird, sondern man sich den "Naturgesetzen" des Marktes überantwortet hat.

Tatsächlich spielte die „schöpferische Kraft" in der Revolution für Marx eine wichtige Rolle. Schon in seinen berühmten „Thesen über Feuerbach" kritisierte Marx, dass es nur darum ginge, bereits Existierendes den Massen zugänglich zu machen, um eine Veränderung der Verhältnisse zu bewirken. Der Kommunismus ist im Wesentlichen keine Frage von Erziehung und Aufklärung. Diese Interpretation vergisst vielmehr, „daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden und die Erzieher selbst erzogen werden" müssen. Politik kann also nicht heißen, dem Menschen ein Resultat vorzusetzen, sondern schließt den Prozess der Selbstveränderung durch die Veränderung der Welt mit ein. Dieser Prozess ist historische Erfahrung.

Bernsteins Thesen wurden innerhalb der Sozialdemokratie kontrovers diskutiert. Karl Kautsky plädierte dafür, die sozialdemokratische Zielvorgaben publik zu machen und möglichst ambitionierte Forderungen vorzugeben. „Zu dieser Aufgabe gehört es aber nicht nur, daß wir das Proletariat organisieren und ihm bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erkämpfen helfen. Dazu gehört es auch, daß wir den Blick des Proletariats erweitern über den Kreis seiner Augenblicks- und Berufsinteressen hinaus, daß wir es die großen Zusammenhänge aller proletarischen Interessen untereinander und mit den allgemeinen gesellschaftlichen Interessen erkennen lassen."

In der Gesamtheit der Positionen der Kritiker*innen darf das aber nicht als bloß aufklärerischer Gestus missverstanden werden. Wenn hier vom Erkennen aller proletarischen Interessen untereinander die Rede ist, so meint das nicht die "eigentlichen Interessen", über die die Sozialdemokratie die Arbeiter*innen bezogen auf deren "falsche Interessen" aufzuklären hätte. Dieses Klasseninteresse ist kein hinter dem Bewusstsein vorhandenes "eigentliches", sondern ein durch politisches Bewusstsein herzustellendes Interesse. Die These Kautskys korrespondiert mit dem berühmten Diktum Lenins, dass „die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches [gewerk-

Die These Luxemburgs zielt darauf ab, dass diese Utopie zum Handeln veranlasst, durch welches Erfahrungen im Sinne der oben angedeuteten Selbstveränderung durch Weltveränderung gemacht werden.

schaftliches] Bewußtsein hervorzubringen vermag" (nicht einzelne Arbeiter*innen wohlgemerkt).

Den Hintergrund dieser Thesen stellt die Marxsche Feststellung dar, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse so auftreten, dass ihr herrschaftlicher Charakter nicht ersichtlich ist. Die marxistische Tradition geht davon aus, dass die Gesellschaft, in der wir leben, die Verhältnisse, die ihre heutige Form von Herrschaft bilden, als einzig mögliche Verhältnisse erscheinen zu lassen. Die Rolle der Sozialdemokratie müsse also sein, dieser Tendenz, die grundlegenden Formen der Herrschaft nicht zum Gegenstand von Politik zu machen, entgegenzuarbeiten. Nach Lenin wäre die Aufgabe der Sozialdemokratie, „die Arbeiterbewegung von dem spontanen Streben des Trade-Unionismus [Gewerkschaftsdenken] abzubringen", also den Möglichkeitsraum einer klassenlosen Gesellschaft zu öffnen. Es soll nicht nur darum gehen, höhere Löhne zu fordern, sondern die Forderung der höheren Löhne soll eingebettet werden in eine größere Perspektive: In der sich mit dem gestiegenen Reproduktionsniveau die Möglichkeiten für den Kampf um die Abschaffung der Ausbeutung durch Lohnarbeit verbessert.
Sozialdemokratische Politik ist folglich der "Utopisierung" des Alltagsbewusstseins verpflichtet. Utopie und Alltagskampf sind nicht voneinander unabhängig gedacht. Rosa Luxemburg hat Bernstein vorgeworfen, diese Trennung vollzogen zu haben und sich damit, ob er will oder nicht, vom sozialistischen Endziel abgewandt haben. Denn löst man dieses von „der Bewegung ab und stellt man die Sozialreform zunächst als Selbstzweck auf, so führt sie nicht nur nicht zur Verwirklichung des sozialistischen Endzieles, sondern eher umgekehrt". Denn nur wenn dieses große Ziel, dass sich in der klassenlosen Gesellschaft realisieren soll, auch expliziter Rahmen der politischen Auseinandersetzungen ist, kann verhindert werden, dass sich die spontane Tendenz der Arbeiterklasse, sich mit dem Erreichten zufrieden zu geben oder Kompromisse in Erfolge umzudeuten, etwas entgegengehalten werden.

Die Rolle des sozialistischen Endziels findet Luxemburg auch darin, im politischen Prozess Aufgaben zu formulieren, die vor dem aktuellen Hintergrund des historischen Bewusstseins nicht realisierbar sind. Das ist, was wir als Utopie verstehen: eine Vorstellung von der Welt, wie sie unmöglich zu verwirklichen scheint. Die These Luxemburgs zielt darauf ab, dass diese Utopie zum Handeln veranlasst, durch welches Erfahrungen im Sinne der oben angedeuteten Selbstveränderung durch Weltveränderung gemacht werden. Damit ändert sich einerseits das Bewusstsein der Arbeiter*innen. Andererseits aber ändert sich die Welt, auch wenn der Kampf um

Buchtipp: Paul Mattick: Die Revolution war für mich ein großes Abenteuer. Münster: Unrast Verlag. Erschienen 2013, 180 Seiten, ISBN: 978-3-89771-520-2

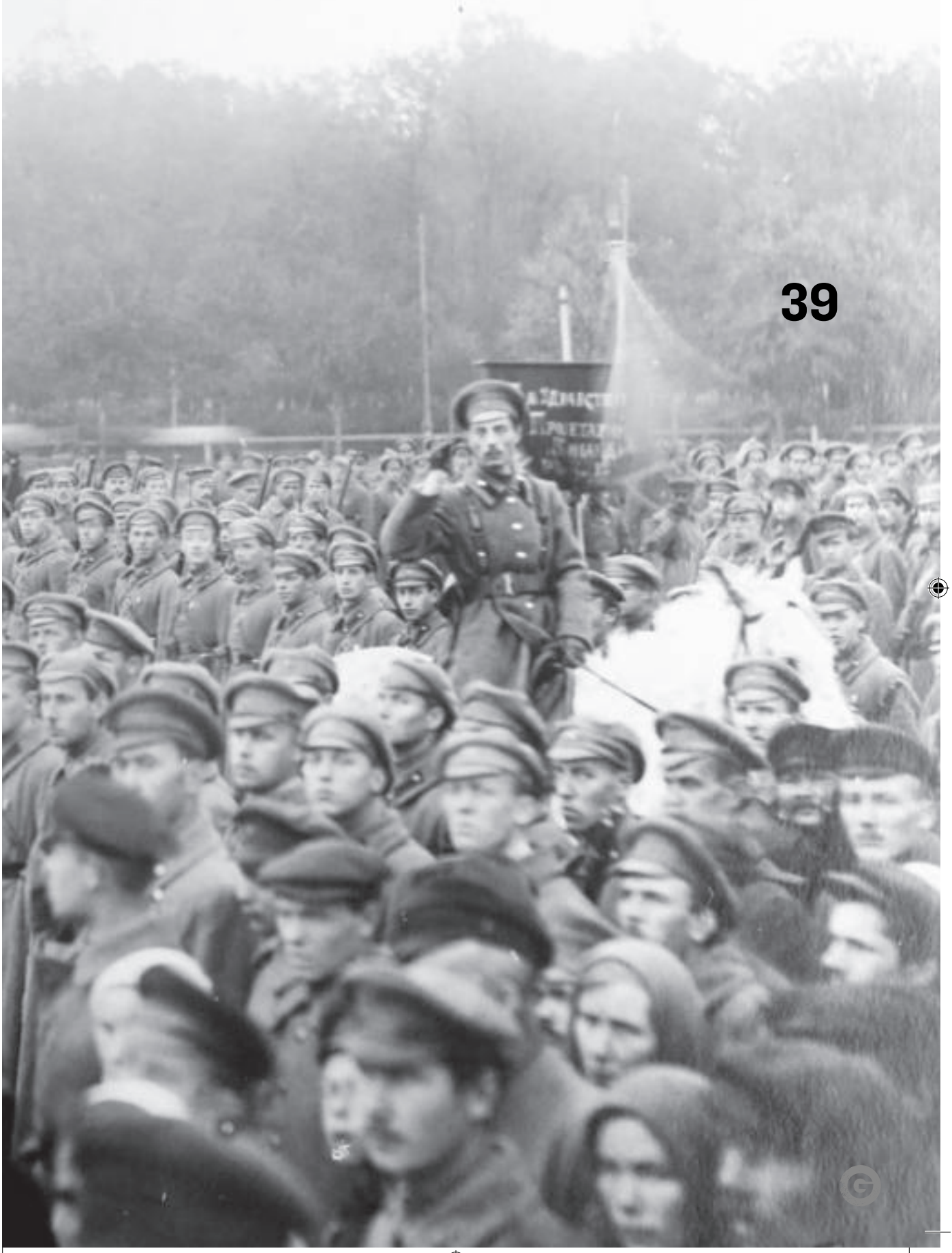
Mattick hat um seine Biografie kein Aufheben gemacht, Heldengeschichten waren ihm zuwider. Aber er gab trotzdem Auskunft. Es ist ein lebenssatter Bericht, in dem uns Mattick als ebenso lakonischer wie unabhängiger Rätekommunist begegnet, dem alle Parteischablonen und alles friedfertig sich beschränkende Denken zuwider waren.

die befreite Gesellschaft vorerst eine Niederlage erleidet. Denn eine Gesellschaft, in der ihre Grundfesten durch soziale Kämpfe in relevantem Umfang zur Disposition stehen, ist in eine andere Situation getreten.

Bernstein hatte Marx vorgeworfen, er habe sich zwar methodisch vom Utopismus Blanquis lösen können, aber sei diesem inhaltlich verhaftet geblieben und dadurch sei sein Werk gewissermaßen durch einen Dualismus geprägt. Luxemburg hält dem entgegen, „der Marxsche Dualismus ist aber nichts anderes als der Dualismus der sozialistischen Zukunft und der kapitalistischen Gegenwart". Wenn Bernstein in diesem theoretischen Dualismus bei Marx „einen Überrest des Utopismus" sieht, so ist das nur ein naives Bekenntnis, daß er den geschichtlichen Dualismus in der bürgerlichen Gesellschaft, die kapitalistischen Klassengegensätze leugnet, daß für ihn der Sozialismus selbst zu einem „Überrest des Utopismus" geworden ist".

Dass es heute keine Kraft gibt, die die herrschenden Verhältnisse grundlegend in Frage stellt, reduziert auch den utopischen Blick auf die Welt. In einer Situation, in der die Linke seit Jahrzehnten kein attraktives Programm mehr präsentiert und keine begeisternde Utopie mehr formuliert hat, haben Rechtsextreme leichtes Spiel. Den berechtigten Zukunftsängsten der unteren Mittelschichten sowie breiter Teile der Arbeiter*innen begegnet keine Erzählung, die über ein Zurück zum Wohlfahrtsstaat hinaus etwas versprechen kann. Gesellschaftliche Ermächtigung und Selbstwirksamkeit, die Folge einer umfassenden Politisierung wäre, wäre das beste Mittel gegen die reaktionäre Ausformung des Bewusstseins der Bevölkerung. Stattdessen werden die Menschen den vorpolitischen Sachzwängen überantwortet, die geringfügig zu modifizieren das linke Vermächtnis sein soll. Die Linke hat ihre Zukunft verloren, und läßt damit auch die anderen Menschen ohne die Hoffnung auf ein besseres Morgen.

Die Möglichkeit, dass die Welt eine andere sein kann, darf also nicht nur implizite Richtlinie, sondern muss expliziter Inhalt politischer Kämpfe sein. Dass gesellschaftliche Phänomene eine andere politische Bearbeitung erfahren können, als sie scheinbar selbst vorgeben, war eine wichtige Perspektive sozialdemokratischer Politik. Mit der Aufgabe einer übergeordneten Utopie begann der Niedergang der Sozialdemokratie vom Gespenst des Kommunismus zum sterbenden Verwalter des Kapitalismus. ■



„SIE KÖNNEN NICHT MEHR SAGEN: DIE HERRSCHENDE WELT MUSS WEG, EGAL WAS DANACH KOMMT“

Ein Interview mit Bini Adamczak

Bini Adamczak lebt in Berlin Kreuzberg, ist unter anderem Autorin (Gestern Morgen, Kommunismus, u.a), Organisatorin und Herausgeberin, und hält Vorträge zu verschiedenen Themen wie Sexualität und Kapitalismus u.v.m. Für die Jungen Grünen hielt sie einen Workshop *Wo hätten wir links abbiegen müssen? Die Geschichte der russischen Revolution gegen den Strich gebürstet.*

Wie haben sich politische Erzählungen historisch verändert? Welche Träume, Möglichkeitsräume und Zukunftsperspektiven waren Ende des 20. Jahrhunderts vorhanden?

Adamczak: Träume, Wünsche, Begierden ändern sich mit dem Gang der Geschichte. Abhängig von den Kräfteverhältnissen. Abhängig davon, was wünschbar erscheint. Das Ende des zwanzigsten Jahrhunderts war in Europa zunächst geprägt durch den Aufbruch von 1968, der in den 1970ern und zu Anfang der 1980ern zu einer starken pluralen Linken geführt hatte. Auch in deutschen Kleinstädten ist das in den 1990ern und heute noch zu spüren: außer 68er Lehrer*innen gab und gibt es Bürger*innen-Initiativen, Autonome Zentren, Infoläden, Bauwagenplätze, WGs usw. Der große Möglichkeitsraum, der in den späten 60er Jahren aufgestoßen wurde, wurde aber auch schnell teilweise wieder verschlossen: Der Neoliberalismus übernahm eine Vielzahl befreiender Impulse von 68, integrierte sie aber in die kapitalistische Herrschaft. Neoliberale Regierungen kamen in den USA, England und anderen Ländern Europas an die Macht; Helmut Kohl, Bundeskanzler in Deutschland von 1982 bis 1998, sprach von einer konservativen „geistig-moralischen Wende“. Damit zerfiel auch der große Traum von einer anderen Welt und an seine Stelle traten viele, kleinere Träume. Etwa der Traum vom Frieden – die Abwesenheit von Krieg –, oder der Traum von einem ökologischen Leben – ohne Tschernobyl und ohne Castor. Ohne Verschmutzung der Meere und ohne Coladosen.

Mit dem Ende der Sowjetunion, 1990, schien Systemopposition zwecklos geworden zu sein. Die kapitalistische Marktwirtschaft mit ihrer repräsentativen Demokratie präsentierte sich als alternativlos. Während schon in den 80ern der Blick in die Zukunft weniger durch Hoffnung geprägt war als durch Angst (vor dem Atomkrieg, der Umweltzerstörung) verstärkte sich diese Utopielosigkeit

jetzt noch: Die Globalisierung war nicht begleitet von der Freude vom endlichen Zusammenwachsen der Welt, sondern von der Furcht vor zunehmender Konkurrenz. Unter kapitalistischem Kommando sollten sich die Nationen in Standorte verwandeln, die miteinander im Wettbewerb um billige Produkte, das heißt niedrigere Löhne, stehen. Das utopische Bewusstsein wurde konservativ: es ging darum zu retten, was noch zu retten war. Der autoritäre Sozialstaat wurde auf einmal mit Nostalgie betrachtet. Dagegen musste sehr viel Kraft und Phantasie aufgeboten werden, um überhaupt noch die Möglichkeit von Utopie zu denken. Die Parole, mit der die alternative Globalisierungsbewegung antrat, lautete dementsprechend: Eine andere Welt ist möglich. Was zu anderen Zeiten selbstverständlich war, galt jetzt als radikal.

© Rosa Luxemburg Stiftung

Ⓖ Inwiefern hat die Russische Revolution, die einen großen Stellenwert in deinem Buch „Gestern Morgen" einnimmt, deine Politisierung geprägt? Hat das etwas an deinen politischen Sehnsüchten verändert, als du dich zum ersten Mal mit diesem Ereignis beschäftigt hast?

Adamczak: Unter den Bedingungen des „Endes der Geschichte" konnten Ausflüge in kämpferische Vergangenheiten sehr hilfreich sein. Nicht weil sie eine bessere Zeit vor Augen führten, in der sich nostalgisch verweilen ließ, sondern weil sie zwei Lektionen enthielten. Erstens: es war anders, also kann es wieder anders werden. Zweitens: die Vergangenheit – auch die unterlegene – ist nicht abgeschlossen, sie enthält Momente, von denen wir lernen, an die wir anknüpfen können. Was ist hier anziehender als eine Revolution, die in utopischer, in emanzipatorischer Absicht nicht nur eine Regierung stürzt und eine ganze Regierungsform abschafft, sondern auch antritt, die gesellschaftlichen Beziehungen selbst radikal zum Besseren zu verändern?

Insbesondere im Kapitalismus versuchen die Herrschenden immer wieder ihre Politik als alternativlos darzustellen. Sie gehen sogar so weit, sie gar nicht mehr als Politik zu bezeichnen, sondern als Verwaltung, für die es keine Politiker*innen braucht, sondern Expert*innen, Technokrat*innen. „Die Hände sind uns gebunden, es lässt sich leider nichts machen", heißt es dann. So wird mit vorpolitischen, mit ökonomischen Sachzwängen argumentiert, die den Handlungsspielraum aufs Engste begrenzen.

© Und die Revolution ist so etwas wie der historische Gegenbeweis dazu?

Adamczak: Eine Revolution besteht darin, diesen Handlungsspielraum selbst zu erweitern, die angeblichen Tatsachen als Sachen der Tat auszuweisen. Sie macht nicht Politik unter gegebenen Bedingungen, sondern politisiert (und revolutioniert) diese Bedingungen selbst.

© Was kann eine gesellschaftliche Kraft, die auf eine bessere Welt für alle zielt, heute von der Russischen Revolution lernen?

Adamczak: Heute gilt Russland, nicht ganz zu Unrecht, als Hort der Reaktion. Genau so war das zu Anfang des 20. Jahrhunderts. Mit dem Argument, der russische Zar sei noch schlimmer als der deutsche Kaiser, ließen sich sogar Sozialdemokrat*innen – das waren damals noch Linke – für den ersten Weltkrieg gewinnen. Heute ist in Russland „die Propagierung von Homosexualität" verboten, aber 1918, im Prozess der Russischen Revolution, wurden die Gesetze, die nicht-eheliche Sexualität (darunter auch „Homosexualität") unter Strafe stellten, abgeschafft. 1923 erklärte ein sowjetisches Gericht, dass die Ehe zwischen einem Transmann/einer Butch und einer Cisfrau rechtens sei. Ganz unabhängig davon, ob es hier um Transgeschlechtlichkeit oder Gleichgeschlechtlichkeit geht, sondern einfach, weil die Ehe im beidseitigen Einverständnis geschlossen wurde. Die Revolution von 1917 war nicht nur ihrer, sondern auch unserer Zeit voraus. Dabei war die Homoehe, die es in Deutschland immer noch nicht gibt, keineswegs das Ziel der sozialistischen Revolutionär*innen, sondern die Abschaffung von Ehe überhaupt. (Also genau die Forderung von Sushila Mesquita: Ban marriage for all!)

© Die Revolution war sogar unserer Zeit voraus? Was heißt das dann für die Linke?

Adamczak: Die Jetztzeit, in der wir leben, ist nie eine reine Gegenwart. Sie setzt sich aus einer Vielzahl von Gegenwarten, Vergangenheiten und Zukünften zusammen. Die Gesetze, denen wir folgen oder die wir übertreten, die Sprache, die wir sprechen, die Architektur unserer Häuser, Straßen und Städte, die Form unserer Lebensmittel und die Rituale, die unseren Alltag prägen, sie alle waren schon vor uns da und werden von uns mehr oder

weniger umgearbeitet übernommen. Die Vergangenheit ist anwesend. Wenn du heute, insbesondere in Deutschland oder Österreich, mit Menschen über Missstände und grobes Unrecht diskutierst, werden sie dir häufig Recht geben, aber sagen: da lässt sich leider nichts machen – Millionen sagen: ich allein kann da doch eh nichts tun. Dieses Gefühl hat eine sehr lange Tradition – und es ist kein Zufall, dass es in Frankreich, wo es mehrere erfolgreiche Revolutionen gab, viel weniger stark verbreitet ist. Was ich sagen will, ist: wäre die Russische Revolution erfolgreich gewesen, wäre sie etwa 1918/1919 statt unter dem Kommando der SPD niedergeschlagen zu werden, auf Deutschland übergegriffen, dann würden wir heute vermutlich ein sehr anderes Leben leben. Zum Beispiel würden weniger Menschen denken, dass ihr Zusammenleben außerhalb ihres Einflussbereiches liegt.

Ⓖ Wenn die Revolution unserer Zeit voraus war und damit für die Ziele der Linken gewissermaßen einen Maßstab abgibt: Wie müssen wir mit ihrem Scheitern und der teils zynischen Bearbeitung ihres Scheiterns in der Linken umgehen?

Adamczak: Es ist wichtig zwischen Scheitern und Niederlage zu unterscheiden. Die Revolution von Saint-Domingue (Haiti), die Pariser Commune und auch die sozialistische Revolution in Deutschland erlitten Niederlagen – sie wurden von konterrevolutionären Armeen, von bürgerlichen, monarchistischen, sozialdemokratischen Truppen niedergeschlagen. Die Russische Revolution aber war die erste dauerhaft siegreiche sozialistische Revolution - sie hielt über 70 Jahre. Und auch wenn sie unter dem geballten ökonomischen, politischen und militärischen Druck des Westens sehr zu leiden hatte und zuletzt auch darunter zerbrach, ging sie doch an inneren Gründen kaputt. Ihr Sieg war die Vorbedingung ihres Scheiterns. Dass Kommunismus heute so ein schlechtes Ansehen hat, liegt nicht nur an der antikommunistischen Propaganda der Rechten, sondern auch vor allem an diesem grässlichen Scheitern der Revolution im Stalinismus. Damit sind alle Menschen, die von einer besseren Welt träumen und für diese kämpfen, gezwungen, auf eine Naivetät zu verzichten, die sich Revolutionäre im 19. Jahrhundert vielleicht noch leisten konnten. Sie können nicht mehr sagen: Die herrschende Welt muss weg, egal was danach kommt. Sondern sie müssen auch dafür Sorge tragen, dass ihr Traum von einer anderen Welt nicht wieder zum Alptraum wird.

„DAS PROBLEM IST, DASS MAN IHNEN KEINEN GLAUBEN MEHR SCHENKT"

Ein Interview mit Isolde Charim

Isolde Charim Sie schreibt als freie Publizistin für die „taz", den „Falter" und den "Standard". Am Bruno-Kreisky-Forum in Wien kuratiert sie Reihen zu den Themen „Diaspora" und „Demokratie reloaded". Die Vorträge der „Diaspora"-Reihe sind bei transcript erschienen.

© Mit welcher politischen Erzählung bist Du groß geworden? Welche Träume, Möglichkeitsräume und Zukunftsperspektiven prägten deine Jugend?

Charim: Zunächst bin ich vor allem mit einer Vergangenheitsperspektive groß geworden und nicht mit einer Zukunftsperspektive. Ein Vergangenheitsbezug auf die Shoa, der sich nur als „Nie wieder" in die Zukunft erstrecken konnte. Aber es war klar, dass das keine Utopie sein konnte. Erst später kamen dann auch Vorstellungen von Gleichheit und von Freiheit hinzu, die Teil eines linken Diskurses waren. Aber auch dieser Diskurs war schon mehrfach gebrochen und nur in seinen Schwundstufen noch präsent. Weder konnte er einfach an die ganz alte Utopie der linken Ursprungserzählung andocken, noch an deren Wiederbelebung im Mai 1968. Denn auch diese war damals schon verblichen. So blieben nur utopische Restbestände, um die eigene politische Fantasie, um den eigenen politischen Enthusiasmus zu befeuern.

© Hat die Russische Revolution in Deiner Politisierung eine Rolle gespielt? Heuer begehen wir das 100-jährige Jubiläum – inwiefern bewegt dich dieses Ereignis in deinen politischen Sehnsüchten?

Charim: Die Russische Revolution hat auch bei meiner Politisierung noch eine Rolle gespielt und hat lange meine politischen Sehnsüchte geformt. Aber man muss genau betrachten, in welcher Form dieses ferne Echo im Wien der 80er und 90er Jahre nachgehallt ist. Ich würde sagen, der wirkmächtigste Moment dieses Nachklangs war die Bereitstellung einer Szene, die Bereitstellung einer Erzählung, die die politische Romantik gespeist hat. Die Russische Revolution stand für die politische Urszene, für das Paradigma eines erhabenen politischen Moments. Das heißt, sie stellte „Bilder der Fülle" zur Verfügung, Bilder, wo eine Lebensintensität auch noch nach so langer Zeit spürbar war. Die Russische Re-

volution wirkte also nicht so sehr als politisches Konzept nach, denn als Ikonographie, als Vorgabe eines politischen Erlebens. Das konnte dann bei politischen Aktionen, etwa im Student*innenbereich, nachgelebt werden. Ein bisschen wie wenn man Meisterpartien im Schach nachspielt. Die politische Urszene eröffnete also die Möglichkeit, politisches Handeln als Außerkraft-Setzen der Abläufe, als Außerkraft-Setzen der Zeitordnung zu erleben. Es hat späterhin einer großen Theorie-Anstrengung bedurft, um sich von diesen Romantizismen, also von falschen romantischen Vorstellungen, zu befreien, um sich von dem Mythos der Revolution als jenem Erlösungsmoment, auf den alles zustrebt, zu befreien.

© Daniel Novotny

Ⓖ Was kann eine gesellschaftliche Kraft, die auf eine bessere Welt für alle zielt, heute von der frühen Sozialdemokratie und der russischen Revolution lernen?

Charim: Entgegen dem, was ich gerade über die Vorstellung der Revolution als falschen Romantizismus gesagt habe, von dem man sich befreien muss, gibt es doch gerade an diesem Romantizismus Momente, die man bewahren sollte. Da gibt es zum einen die Vorstellungen von Gerechtigkeit, die Vorstellungen von Solidarität, die als gelebte Gerechtigkeit, als praktische Solidarität gewirkt haben. Diese sind im Handeln, in der politischen Aktion entstanden. Das heißt, der Romantizismus der Revolution, der so schädlich fürs politische Handeln sein kann, weil er alles Handeln, das unter dieser Latte liegt, abwertet – dieser Romantizismus birgt aber auch Lektionen. Eine weitere Lektion liegt in der Unbedingtheit, im Engagement, im Enthusiasmus, den diese politischen Anrufungen erzeugen konnten, in der kollektiven Mobilisierung, die sie bewirkten. Das heißt, die Vorstellungen einer besseren Welt blieben nicht Konstrukte, sondern speisten sich direkt ins politische Erleben ein. Darüber hinaus bergen auch die ersten Jahre nach der Russischen Revolution, die Jahre der Aufbrüche in allen Bereichen, eine wichtige Lektion: es gab schon einmal eine kollektive Erfahrung, eine Erfahrung im großen Maßstab, die darauf abzielte, alle gesellschaftlichen Bereiche neu zu ordnen.

Ⓖ Obwohl die Utopie der marxistischen Linken war, die Arbeiter*innenklasse von der Herrschaft zu befreien und die Arbeit, soweit sie eine Notwendigkeit darstellte, zurückzudrängen, stellte sie der Arbeiter*innenschaft Lohnarbeit als positives Identitätsangebot zur Verfügung. Wie kann man sich das vorstellen und wie geht das zusammen?

Charim: Das ist eine sehr kluge und gerade heute sehr wichtige Frage. Die positive Besetzung der Lohnarbeit galt ja nicht so sehr dem Lohn als der Arbeit. Die Arbeit wurde ja als das grundlegende, weil produktive Moment der Gesellschaft verstanden. Von daher erhielten ja auch die Arbeiter*innen, also der Proletarier und die Proletarierin, ihre gesellschaftliche Bedeutung. Sie waren es, die den Austausch mit der Natur vollzogen. Sie waren es, die die produktive Tätigkeit verrichteten. Ihnen wurde gerade aus diesem positiven Verständnis der Arbeit heraus überhaupt eine politische Rolle, eine gesellschaftliche Funktion zugesprochen – eine Rolle, die ihnen aufgrund der Machtverhältnisse, eine Funktion, die ihnen aufgrund der Eigentumsverhältnisse eben nicht zukam. Das heißt, diese Emphase, dieser Nachdruck auf einem positiven Verständnis von Arbeit haben die Proletarier*innen erst mit jenem versehen, was sie zu politischen Akteur*innen gemacht hatte. Der Arbeitsdiskurs war also ein Ermächtigungsdiskurs. Man denke nur an Parolen wie: „Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will." Und hier liegt auch die Crux dieses Konzepts für heutige politische Diskurse. Denn die Produktionsarbeit hat diesen Stellenwert längst verloren. Es kann heute kaum mehr einen Ermächtigungsdiskurs geben, der sich aus der produktiven Arbeit herleitet. Das ist das Manko, mit dem alle linken Diskurse zu kämpfen haben. Und das ist die Leerstelle, die der rechte Populismus auszufüllen vorgibt – indem er eine Ermächtigung vorgibt, die eben nicht mehr auf Arbeit oder Leistung beruht, sondern nur auf dem passiven Ereignis der Geburt und der nationalen Zugehörigkeit.

© Heute wird die soziale Frage von der Sozialdemokratie im Großen und Ganzen nicht als gesellschaftlicher Kampf, sondern als technische Verwaltungstätigkeit ausgetragen. Braucht es ein neues Identitätsangebot für die Arbeiter*innenklasse?

Charim: Auch dieser sehr klugen Frage kann ich nur zustimmen. Wenn wir uns den Gegensatz ansehen, der in der Frage angesprochen wird, nämlich der Gegensatz von Identität, Kampf und technischer Verwaltungstätigkeit, dann steckt da das ganze Dilemma. Eine der großen sozialdemokratischen Errungenschaften war es, gesellschaftliche Konflikte, gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Rolle, um die Position der Arbeiter*innenschaft in das zu verwandeln, was man in der Theorie teilbare Konflikte nennt. Also Konflikte, die in eine messbare Einheit, etwa Geld, verwandelt werden. So kann man

politische Konflikte etwa in einen Tarifkonflikt übersetzen. Das war insofern eine Errungenschaft, als diese Übersetzung es erlaubt hat, eben jene Ebene der reinen Feind*innenschaft, des reinen Antagonismus (also die Ebene der Revolution) zu verlassen und Verbesserungen auf dem Weg des Aushandelns zu erreichen. Was ursprünglich aber ein zentrales Moment dabei war und was im Laufe der Zeit verloren gegangen ist, ist die Verbindung gewesen, die diese Übersetzung mit Elementen der Identität hatte – etwa mit dem Moment der Würde, die die Arbeiter*innen durch dieses Verhandeln erkämpft haben. Oder die Vorstellungen von Gerechtigkeit, die dabei ja immer mitverhandelt wurden. Die „reine Verwaltungstätigkeit", zu der linke Politik verkommen ist, ist Folge des Verdrängens, des Vergessens dieser unteilbaren, dieser identitären Dimension, die früher immer mitverhandelt wurde. Sie ist die Reduktion der Politik auf reine Teilbarkeit. Kurzum – ja, es braucht ein neues Identitätsangebot.

G Die Rechtsextremen scheinen mit dem Mythos der goldenen Vergangenheit sehr genau vermitteln zu können, wo sie hinwollen. Wie kann die Linke wieder zu einer Erzählung kommen, die eine Perspektive vorgibt?

Charim: Diese „Was tun"- Frage, die derzeit wohl alle bewegt, lässt sich nicht mit einer Patentlösung beantworten. Man kann sich ihr nur annähern. Zu dieser Annäherung ist zweierlei festzuhalten: Zum einen können die Rechtsextremen wohl nicht so sehr klar machen, wo sie hinwollen. Sie können dies vielmehr unmittelbar „vollziehen". Wenn Trump die Parole „Make America great again" ausgegeben hat, dann hat er ebendies in seinen Veranstaltungen für seine Anhänger*innen bereits vollzogen. Das war kein Versprechen für die Zukunft, sondern etwas, was sich für die Anwesenden – gefühlt – „hier und jetzt" vollzogen hat. Zum anderen muss die Frage nach einer „mitreißenden Erzählung" die „populistische Lektion" bedenken, also die Lektion der politischen Emotionen und die Lektion der politischen Identität. Und die Frage muss bedenken, dass die Zeit offenbar keine Zeit für „politische Perspektiven" zu sein scheint – ist doch die populistische Perspektive eine Retrospektive. Das Problem ist nicht, dass es keine linken Erzählungen mehr gäbe. Das Problem ist, dass man ihnen keinen Glauben mehr schenkt. Es geht vielleicht nicht so sehr um *neue* Erzählungen, sondern vielmehr darum, wie diese Erzählungen, die wir bereits haben, die Menschen wieder ergreifen können.

LINKE VISIONEN ALS GRUNDLAGE POLITISCHEN HANDELNS

Im Gespräch mit Regina Petrik

Regina Petrik ist Landtagsabgeordnete und Landessprecherin der GRÜNEN im Burgenland, Mitglied des Bundesvorstands der GRÜNEN.

© Mit welcher politischen Erzählung bist Du groß geworden? Welche Träume, Möglichkeitsräume und Zukunftsperspektiven prägten deine Jugend?

Petrik: In meiner Jugendzeit war die Welt in Ost und West aufgeteilt. Wir demonstrierten gegen das Wettrüsten zwischen den beiden Supermächten und die Stationierung von US-Atomwaffen auf europäischem Boden und trafen uns bei friedenspolitisch motivierten Menschenketten.

Innenpolitisch verlief die Linie klar zwischen sozialistisch und christlich-sozial. Sogar die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks in Zwentendorf war letztlich keine reine Sachentscheidung des Volkes, sondern wurde von Bruno Kreisky zu einer Abstimmung über seinen Verbleib im Amt des Bundeskanzlers ausgerufen. Damit hatte er den Atomkraftgegner*innen einen guten Dienst erwiesen, denn seine Strategie ging nicht auf und Kreisky verlor - hauchdünn. Das einschneidendste Ereignis war für mich die Besetzung der Hainburger Au zur Verhinderung eines Kraftwerks, das einen großen Naturraum zerstört hätte. Die Auseinandersetzungen zwischen Aktivist*innen dieser breiten, neu entstandenen Umweltschutzbewegung und der „Staatsgewalt" waren heftig und beängstigend. Doch es blieb die Erfahrung, dass sich Widerstand lohnt, wenn sich viele Menschen aus unterschiedlichen Richtungen zusammenschließen. Vor diesem Hintergrund nahm ich auch die Gründung der GRÜNEN als politische Partei wahr.

Sind die Grünen eine linke Partei? Wenn ja, welche Rolle spielt für uns die Geschichte linker Kämpfe? Wenn nein, welche Rolle haben die Grünen, um dem Guten Leben für alle näherzukommen? Vor welchen Widersprüchen steht man dabei?

Petrik: Natürlich sind die GRÜNEN eine linke Partei, weil Verteilungsgerechtigkeit und Partizipation, Solidarität und Selbstbestimmung, Bildungsgerechtigkeit und Feminismus Grundwerte und maßgebliche Parameter der konkreten politischen Arbeit sind. Ein Blick in unseren Leitantrag „SELBSTBESTIMMT UND SOLIDARISCH" lässt keinen Zweifel daran, dass es darum geht, konsequent jene Strukturen aufzubrechen, die Ungerechtigkeit und Unterdrückung erzeugen bzw. zementieren. Was uns dabei von der Sozialdemokratie unterscheidet ist, dass die GRÜNEN Verhältnisse verändern und nicht nur Schieflagen ausgleichen wollen.

„Wir bringen Bewegung ins System, brechen starre Strukturen auf bzw. entwickeln diese weiter und nehmen damit gesellschaftliche Verantwortung wahr, um die Kluft zwischen privilegierten und benachteiligten Menschen zu verringern. Die Ermächtigung und Selbstbestimmung jedes einzelnen Menschen ist unser Ziel. Inklusion und Solidarität sind wesentliche Prinzipien unserer Politik." (Beschlossen am 31.10.2014)

Da sich gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen in den letzten 100 Jahren maßgeblich verändert haben, kann diese Veränderung nicht mehr als Klassenkampf oder in gesellschaftlichen Grabenkämpfen stattfinden. Dort, wo politische Akteur*innen in diesen alten Denk- und Handlungsmustern verhaftet sind, erleben wir seit geraumer Zeit Stillstand. Ich sehe die Rolle der GRÜNEN darin, aus der Haltung des Kampfes „Arbeitnehmer*innen gegen Arbeitgeber*innen", „Wirtschaft gegen Ökologie" oder „Linke gegen Kirchen" herauszutreten und neue Allianzen zu bilden. Wir können das, weil wir aus so unterschiedlichen Bewegungen entstanden sind. Das ist sozusagen eine Urerfahrung, die uns befähigt, in Zeiten der Krise, in der die alten Antworten nicht mehr taugen, Neues einzubringen und umzusetzen. Und letztlich gelingt positiv gestaltete und nachhaltige Veränderung nur durch das Zusammenwirken von Parlamentarismus und Zivilgesellschaft.

© Haben die Grünen eine Utopie? Welche Erzählung zeichnet die Grünen aus, die eine bessere Zukunft für alle als Ziel des politischen Handelns ausweist?

Petrik: Ich denke, politische Parteien brauchen Visionen, nicht Utopien. Utopien sind ohne Zweifel ein wertvoller Motor vieler Veränderungen. Sie sind aber per se außerhalb unserer Wirklichkeit angesiedelt und finden als unausführliche Visionen letztlich nie ihre Umsetzung. Was wir in der Politik brauchen, ist ein Bild davon, wie Gesellschaft in ihrer besten Form aussehen soll. Für manche klingen die grünen Grundwerte utopisch. Für GRÜNE beschreiben sie etwas Erreichbares, um das zu kämpfen es sich lohnt. Darum müssen sie für uns GRÜNE konzept- und handlungsleitend sein. Die Entkoppelung von konkreten politischen Konzepten und Maßnahmen von Visionen und Grundwerten ist das Gift in der Demokratie.

Die Erzählung, die wir mit aller Klarheit und aufrechter Haltung vermitteln sollten, ist für mich folgende:

Es ist möglich, dass alle Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen und am politischen Leben teilnehmen und dieses aktiv mitgestalten können. Es ist möglich, dass eine Gesellschaft ohne Diskriminierungen auskommt und dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem familiären Hintergrund vollwertig am Bildungsprozess teilhaben können.

Es ist möglich, Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen, Gewerbetreibende und Konsument*innen nicht mehr als Gegner*innen am Spielfeld der Wirtschaft zu verstehen, sondern als Partner*innen, deren gemeinsames Anliegen es ist, eine sozial-ökologische Arbeitswelt zu gestalten, in der jede und jeder gut leben kann.

Es ist möglich, unseren Planeten noch für viele Generationen als wertvollen Lebensraum zu erhalten und gut und in Frieden auf ihm zu leben, weil wir wissen, dass eine ambitionierte Klimapolitik zugleich nachhaltige Sozial- und Friedenspolitik ist.

WARUM WIR UNS MIT DER RUSSISCHEN REVOLUTION BESCHÄFTIGEN SOLLTEN

Was wir davon mitnehmen können

Teresa Petrik ist im Bundesvorstand der Jungen Grünen und in der Redaktion der BLATTLINIE. Außerdem studiert sie Politikwissenschaft und Soziologie in Wien.

Ist es nicht ungewöhnlich, sich als Junge Grüne auf die Russische Revolution zu beziehen? Klingt es nicht auch ein wenig abwegig, sich in Zeiten, in denen Rechtsextreme fast schon die Klinke zur Hofburg in der Hand hatten, mit einer Zeit vor 100 Jahren zu beschäftigen? Haben wir Zeit für eine solche historische Reflexion? Nach der Präsident*innenwahl hatten wir geschrieben: „Wir haben Zeit gewonnen. Wenn wir sie nicht nutzen, haben wir nichts gewonnen." Wir glauben, dass die Zeit in das Verstehen dieser Vergangenheit vor 100 Jahren gut investiert ist. Auch, weil es das Verstehen einer historischen Situation mit der Möglichkeit auf eine bessere Zukunft beinhaltet.

Die Russische Revolution war ein welthistorisches Ereignis. Das Jahr 1917 mit der Februarrevolution, dem Sturz des Zarenreiches und der Machtübernahme durch die Bolschewiki um Lenin prägte das 20. Jahrhundert nachhaltig. So entscheidend, dass Eric Hobsbawm, ein englischer Historiker, vom „kurzen 20. Jahrhundert" sprach. Kurz, weil sein Beginn neben dem Ersten Weltkrieg durch die Russische Revolution markiert wird, und weil sein Ende mit dem Untergang der Sowjetunion 1990 datiert wird. Hoffnung, Aufstieg und Fall linker Utopien drückten diesem Jahrhundert ihren Stempel auf – und prägten damit den Ursprung der ökonomischen und sozialen Konstellation, in der wir heute leben. Aber die Russische Revolution ist für uns nicht „nur" von historischem Interesse.

Die Sowjetunion verkörperte in ihrer Entstehungsphase in vielerlei Hinsicht die Perspektive einer besseren Gesellschaft. Nicht nur bahnten sich eine Vielzahl utopischer Sehnsüchte ihren Weg in die Wirklichkeit, auch in „real"politischer Hinsicht wurden viele Fortschritte erzielt, wie etwa im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter. Gleichzeitig setzten die innenpolitische Lage, die Angriffe der imperialistischen Mächte und das Ausbleiben weiterer Revolutionen in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern die Sowjetunion unter enormen Druck. Sogar noch, als der Stalinismus diese Hoffnungen und Utopien der Linken endgültig zerschlagen sollte:

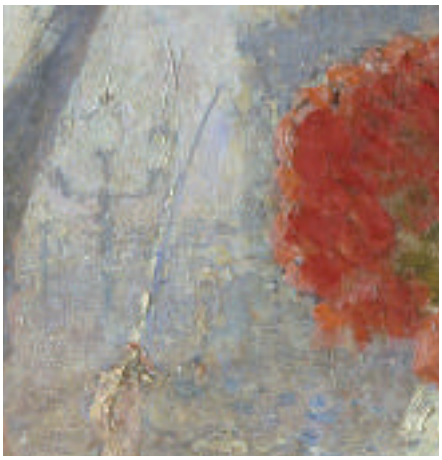
Das Bild der Sowjetunion, als sozialistische Gegenmacht, setzte die kapitalistischen Staaten einem Rechtfertigungszwang aus. Die wachsenden Wohlfahrtsstaaten des 20. Jahrhunderts können zum Beispiel als Resultat der „Systemkonkurrenz" interpretiert werden: Dass es in der Vorstellung des Westens den realen Sozialismus gab, hieß auch, dass der Kapitalismus nicht alternativlos war - er musste sich von seiner „besten Seite" zeigen.

Vieles, was der Kapitalismus scheinbar aus sich heraus hervorgebracht hat, ist also auch Folge der Existenz einer Macht, die ihn fundamental in Frage stellen sollte. Und auch wenn der Stalinismus diese Infragestellung eingefroren hat, hat diese Idee ihren Ursprung im erfolgversprechenden Angriff der frühen Sozialdemokratie auf das System von Ausbeutung und Armut. Die Russische Revolution, die diesen Angriff so sehr wie wenige andere Ereignisse verkörpert, muss uns also vor allem vor dem Hintergrund unserer aktuellen politischen Probleme interessieren. Wenn wir von einer befreiten Gesellschaft als unserem grundsätzlichen Ziel ausgehen, müssen wir vieles anders machen, als es heute passiert. Diese Veränderung setzt ein grundlegendes Verhältnis zur Welt voraus, das Theodor W. Adorno an Lenin hervorgehoben hat: Die "Fähigkeit, den gesellschaftlichen Hebelpunkt zu entdecken und zu nutzen".

Die Diskussionen der 2. Internationale, dem transkontinentalen Zusammenschluss sozialdemokratischer Organisationen und ihrem Gipfeln in den sozialdemokratisch-kommunistischen Auseinandersetzungen um die Russische Revolution, müssen uns also nicht nur als historisches Moment interessieren, weil sie die Vergangenheit unserer Gegenwart sind. Mit ihren Perspektiven auf Organisationsfragen, die Breite des politischen Feldes über den parlamentarischen Rahmen hinaus und auf die Bedeutung der Utopie für „Realpolitik" haben sie vielmehr ein Reflexionsniveau konserviert, dem wir uns in Zukunft erst wieder annähern müssen. Mit den Texten dieser Ausgabe wollen wir, bezogen auf die anstehenden politischen Herausforderungen, einen Teil dazu beitragen.

Sich mit der Russischen Revolution zu beschäftigen, bedeutet aber auch, das größte Scheitern der Linken zu betrachten. Die Linke hatte die Macht erlangt, doch die Idee der befreiten Gesellschaft ist durch den sogenannten Realsozialismus nachhaltig beschädigt worden. Wird der Stalinismus oft völlig sinnentstellend angeführt, um die Idee der befreiten Gesellschaft überhaupt in Frage zu stellen, können wir auch nicht so tun, als hätten die Grauen der Sowjetunion, die Morde im Gulag und die bürokratische Diktatur mit uns als Linken nichts zu tun. Sich den

blattlinie_joanna.indd 52 01.03.2017 11:50:05



Folgen der Revolution zu stellen, bedeutet auch die Reflexion eines furchtbaren Verrats an den Hoffnungen und Sehnsüchten vieler Generationen. Zu verstehen, wie es dazu kommen konnte, ohne der Ideologie aufzusitzen, dass es ein gutes Leben für alle nicht geben könne – wie es der Stalinismus angeblich bewiesen haben soll – muss ein Ziel unseres Lernens sein.

Wir wollen uns also nicht der Russischen Revolution widmen, weil wir die große historische Geste nutzen wollen, uns als besonders radikal hinzustellen und dabei zu verkennen, dass sich die Welt und damit ihre Hebelpunkte geändert haben. Es geht uns auch nicht darum, uns mit den Symbolen linker Geschichte zu inszenieren, als wäre es Folklore. Wir glauben, dass junggrüne Politik viel daraus ziehen kann, sich intensiver mit einer Situation vertraut zu machen, in der die Türen historischer Möglichkeiten zur Veränderungen der Welt weit aufgestoßen wurden – wie ebenso daraus, beim Echo der zugeschlagenen Tür genau hinzuhören. ■

BEFREIUNG AUS DER OHNMACHT – WIEDER IN DIE OFFENSIVE GEHEN!

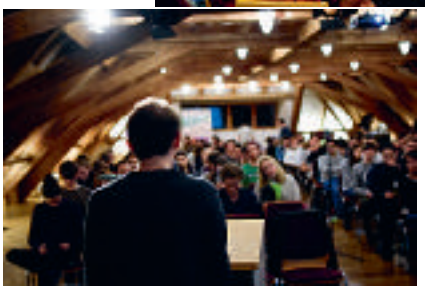
Neujahrskonferenz und Bundeskongress 2017

Vier Tage zwischen Schneechaos, angeregten Diskussionen, langen Nächten und spannenden Workshops: Das war die Neujahrskonferenz 2017. Unter dem Motto „Befreiung aus der Ohnmacht – Wieder in die Offensive gehen!" diskutierten wir in St. Gilgen am Wolfgangsee mit rund 130 Jungen Grünen aus ganz Österreich, wie es heute trotz der erdrückenden Stärke der Rechten geschafft werden kann, wieder Perspektiven für linke Politik zu eröffnen.

Als erste große Veranstaltung des neuen Jahres ist die Neujahrskonferenz richtungsweisend dafür, welche Themen und Debatten im kommenden Jahr für uns als Junge Grüne eine zentrale Rolle spielen.
Die Neujahrskonferenz umrahmt den Bundeskongress, der mit dem Beschluss des Jahresplans und des Leitantrags sowie der Wahl des Bundesvorstandes den offiziellen Start der Jungen Grünen in ein neues politisches Jahr markiert.

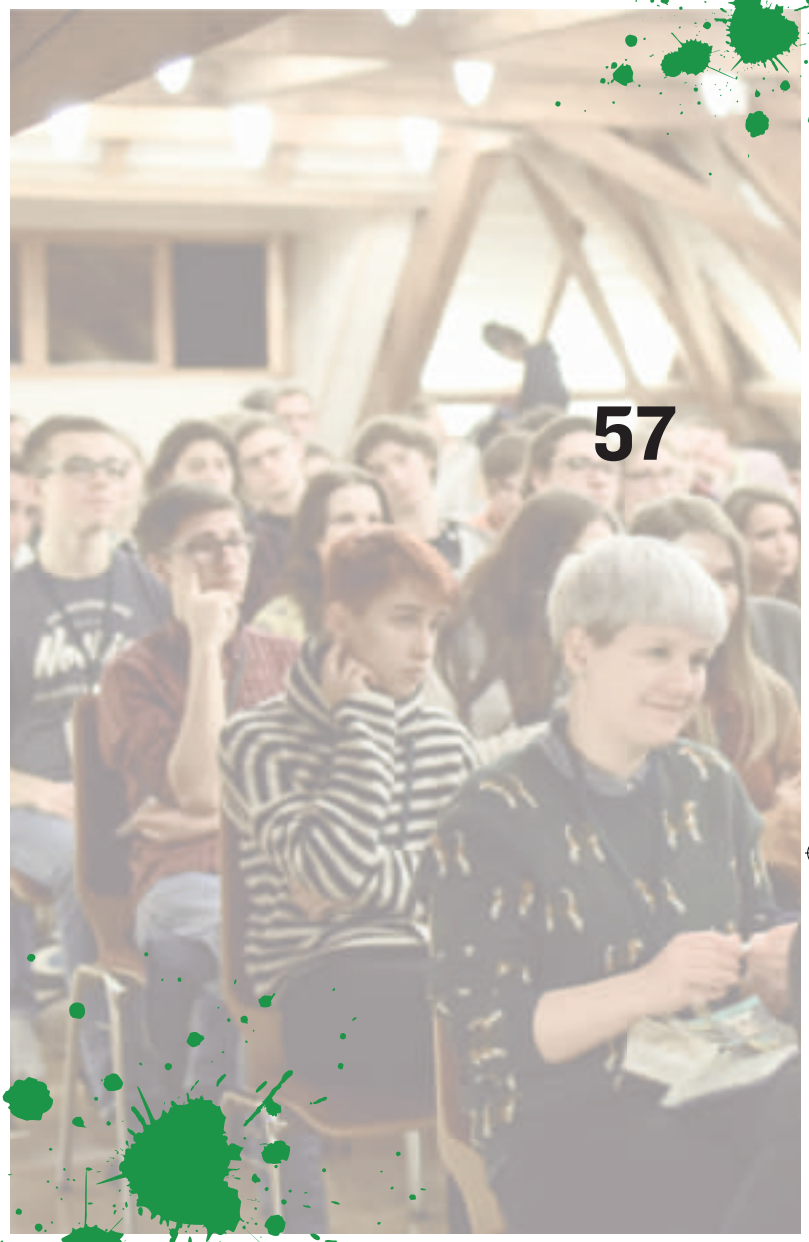
2017 ist ein Jahr zweier großer Jubiläen der Linken, die wir beim Programm der Neujahrskonferenz maßgeblich ins Zentrum rückten: 150 Jahre ist das Erscheinen von Karl Marx' "Kapital" her, das bis heute eine der zentralen Schriften der Arbeiter*innenbewegung im Kampf gegen Ausbeutung ist. Und vor 100 Jahren fand in Russland die Oktoberrevolution statt.
Schon lange kämpft die Linke für die Umwerfung der unterdrückenden Verhältnisse. Diese Jubiläen erinnern uns daran, dass auch in der hoffnungslos scheinenden Situation des ersten Weltkriegs die Idee einer klassenlosen Gesellschaft lebendig war. Heute fällt es uns fast leichter, uns das Ende der Welt vorzustellen, als ihre grundlegende Veränderung. Umso wichtiger ist es in diesen finsteren Zeiten, einen Blick zurückzuwerfen und uns zu fragen, wie wir wieder zu dem Bewusstsein, dass Geschichte etwas aktiv gestaltbares ist, kommen und wie wir eine Perspektive auf die grundlegende Veränderung der Gesellschaft, für die es sich zu kämpfen lohnt, schaffen können.

In fünf Workshops haben wir dabei verschiedene Aspekte dieser grundlegenden Fragestellungen ins Zentrum gestellt. Lukas Oberndorfer behandelte in seinem Workshop die Frage, was der Staat ist und kann, und welche Rolle er für die Linke spielt. Mit Bernd Schulte diskutierten wir, wie es zu geschichtlicher Entwicklung



kommen kann, wie wirtschaftliche Bedingungen das menschliche Bewusstsein beeinflussen und wie uns ein materialistischer Blick auf Gesellschaft helfen kann, die Verhältnisse in denen wir leben besser zu verstehen und zu verändern. Valeria Bruschi stellte in ihrem Workshop die Frage, was wir heute noch vom Marxschen Kapital lernen können und wie sich kapitalistische Ausbeutung im Laufe der Zeit verändert hat. Die Frage nach der Notwendigkeit politischer Organisierung und danach, welche Form diese in einer Zeit der fortschreitenden Individualisierung annehmen kann und soll stand bei unserem Workshop mit Tobias Schweiger im Vordergrund. Sarah Pansy und Teresa Griesebner stellten in ihrem Workshop dar, wie die herrschenden Verhältnisse bis in die privatesten Bereiche wie die Familie vordringen, und welche Funktion die Kleinfamilie und die Idee des Privatlebens in der kapitalistischen Gesellschaft erfüllen.

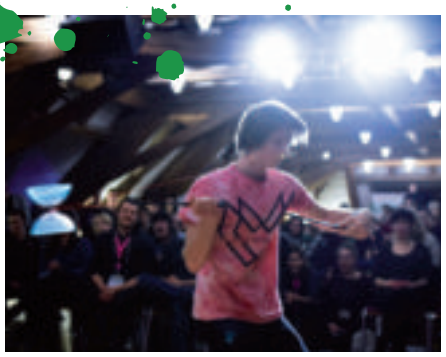
Gemeinsam haben wir uns diesen grundlegenden Fragen außerdem bei drei teils sehr kontroversen Podiumsdiskussionen gestellt. Unter dem Titel "Von Kaderpartei bis Wahlbewegung – Was politische Organisierung heute leisten muss" diskutierten wir mit Ingrid Felipe, Tobias Schweiger, Hannah Schröder und Sandra Stern, wie sich die gesellschaftliche Form geändert hat, in der Politik organisiert wird. Warum die ehrenamtliche Basis, obwohl auch im Van der Bellen-Wahlkampf zu sehen war,



wie erfolgreich deren Einbindung sein kann, immer mehr ignoriert wird und Parteien zu Wahlbewegungen verkommen, bei denen es kaum noch um tatsächliche Veränderung geht.

Bei der Podiumsdiskussion "Wieviel Marx brauchen die Grünen?" mit Martin Birkner, Anna Svec und Andreas Novy stand hingegen die Frage nach der Relevanz marxistischer Theorie für heutige soziale Bewegungen und Parteien, und insbesondere für die Grünen, im Vordergrund.

Danach fand schließlich der 8. Bundeskongress der Jungen Grünen, der der bisher größte war, statt. Der Bundeskongress ist das höchste Gremium der Junge



Grünen. Neben der Wahl des Bundesvorstands haben wir unseren Leitantrag für 2017 beschlossen, um dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen. Denn um als Linke wieder gesellschaftlich wirkmächtig zu werden, müssen wir klar analysieren, wo wir ansetzen können, um Gesellschaft zu verändern. Denn die Herausforderungen werden in den nächsten Jahren nicht geringer. Wenn wir es jedoch schaffen, aus den Abwehrkämpfen Perspektiven für eine bessere Zukunft zu entfalten, können wir viel erreichen.

Auch haben wir unseren Jahresplan für 2017 – „Befreiung aus der Ohnmacht. Kleine Kämpfe – große Perspektiven" – mit vielen neuen und spannenden Projekten beschlossen. Im Jahresplan werfen wir die Fragen auf: Wie können wir im kommenden Jahr Perspektiven entwickeln, die über die alltäglichen Kämpfe hinausweisen und viele Menschen für das Projekt einer besseren Gesellschaft begeistern können? Wo müssen wir mit den alten Mustern brechen? Und wie können wir vor Ort größtmögliche gesellschaftliche Wirkmächtigkeit entfalten?

In Hinblick auf die möglicherweise vorgezogene Nationalratswahl haben wir außerdem einen Antrag für einen Strategieprozess („Gegen eine Politik des Runtertretens") beschlossen. Das Ziel dieses Prozesses ist, ein Programm, das Perspektiven für die kommende Nationalratswahl beinhaltet und sich mit Forderungen verschiedener Politikfelder, sowie Strategien für die verschiedenen möglichen Ausgangsszenarien der Wahl befasst, zu entwickeln. Die Schwerpunkte liegen hierbei auf der Demokratisierung des Parteienwesens, Reform des Bildungssystems, Verteilung von Reichtum und Arbeit, sowie auf einem Neudenken ökologischer Kämpfe.

Mit der Neujahrskonferenz und dem Bundeskongress haben wir die Weichen für das nächste Jahr gestellt. Wir haben analysiert, worauf unser Fokus liegt, mit welchen politischen Entwicklungen wir es zu tun haben. Nicht zuletzt haben die vielen Diskussionen und aufgeworfenen Fragen gezeigt, dass mit 2017 ein spannendes politisches Jahr auf uns zukommt.

blattlinie_joanna.indd 58 01.03.2017 11:50:15

AUF EINEN KAFFEE MIT... CENGIZ

Man hat mich gefragt: Können die Grünen die neue Linke sein? Sollten wir die neue Avantgarde der Arbeiterklasse sein?

Cengiz Kulaç ist Aktivist der Jungen Grünen und war früher einmal Bundessprecher. Er blogged und schreibt, was ihm gerade einfällt. Derzeit geht er Lohnarbeit nach und arbeitet zusätzlich im Bildungsbereich der Jungen Grünen und der Grünen (Grüne Bildungswerkstatt).

*Avantgarde: (franz.= Vorhut): 1) allgemein die Vorkämpfer*innen einer Sache. 2) In der Politik, die Selbstbezeichnung, vor allem von marxistisch-leninistischen Parteien, als Vorhut des Proletariats und als Träger*innen und Bewahrer*innen des Klassenbewusstseins der laut marxistisch-leninistischer Theorie zur Revolutionierung gesellschaftlicher Verhältnisse bestimmten Arbeiter*innenklasse.*

Die Antwort ist Nein. Alles was sich in der Gegenwart als Avantgarde bezeichnet wird niemals Avantgarde sein, denn sie wird im Parlamentarismus und Aktionismus auf der Straße in der Postpolitik hängen bleiben. Wer sich heute als Revolutionär*in bezeichnet, kann in der konkreten Praxis nur eine Karikatur revolutionären Denkens sein. Denken ist aber niemals identisch mit Praxis. Daher gilt es am Avantgarde-Denken festzuhalten. Die Frage, der wir nachgehen müssen ist, wie das Politische wieder herstellbar ist, bzw: Wie das Politische heute verhindert wird.

Kurzum, was ist das Politische – im Gegensatz zur politischen Verwaltung des Status Quo? Das Politische ist die Idee, sich gemeinschaftlich für politische Interessen einzusetzen, die über das Bestehende – den Kapitalismus – hinausweisen. Aus den sozialen Kampferfahrungen und der theoretischen Reflexion des Bestehenden speist sich die Aufhebung des Politischen. Nur durch das Bewusstsein über die eigene Position in der Welt, gibt es Klarheit über die eigenen Interessen. Das Politische hat Vorrang gegenüber dem konkreten Klassenkampf, denn ohne die Auffassung, dass wir in einer kapitalistischen Klassengesellschaft leben, gibt es das Politische nicht. Ein Vorrang des Politischen besteht insofern dieses mit dem Beginn der bürgerlichen Gesellschaft in

die Welt getreten ist und den Überschuss bürgerlicher Gesellschaft, der uns überhaupt befähigt das Bestehende nicht als Naturgegeben aufzufassen, gebildet hat. Klassenkämpfe hingegen gibt es ständig. Das Problem ist die Abwesenheit des Politischen, das heißt insbesondere des Bewusstseins, dass es so etwas wie Klassen und Klassenkämpfe gibt. Übrig bleibt nur der kleine Aufstand gegen die Chefs und Autoritäten, der oftmals selbst kleinbürgerlich ist und autoritär bleibt, das heißt Hinuntertreten inklusive.

Die post-politische Gegenwart ist jedoch von der konservativen und liberalen Tendenz getrieben, Utopie und die grundlegende Veränderbarkeit von Gesellschaft aus unserem Geist zu verbannen. Die zugespitzten Metaphern sind hierfür der „Kampf der Kulturen" (Huntington) und das „Ende der Geschichte" (Fukuyama). Politik erscheint uns daher als Show, als Performance, als Schein, als etwas, das nichts mit unserer Lebensrealität zu tun hat, als akademisches Glasperlenspiel, als hohle Phrasendreschrei, als Blödelei, als bloße Aussöhnung von Identitäten durch Symbolpolitik, als Diskussion über das moralische Konsumverhalten mit entsprechenden Verhaltensmaßregeln, als das Verhandeln korrekter politischer Sprache oder als simulierte Konflikte, wo eigentlich keine wirklichen Interessensgegensätze sind.

Deswegen ist vielmehr zu fragen, welchen Beitrag können die Grünen, insbesondere die Jungen Grünen, leisten, das Politische wiederherzustellen? Dazu ist es nötig, einen offenen Raum in die Welt zu setzen, in dem gemeinsame politische Kampferfahrungen möglich sind, kritische Bildungsarbeit geleistet wird und Menschen das Ohnmachtsgefühl durch diese kollektiven Erfahrungen genommen wird, sie dabei die Grenzen ihres Handelns und der Organisationen, in denen sie sich bewegen, kennenlernen, aber gleichzeitig die Wirkmächtigkeit ihres Handelns spüren. Avantgarde hat organisatorisch zum Ziel, die unterschiedlichen dezentralen Kämpfe zu überblicken und ihnen einen übergeordneten Sinn zu geben. In jedem konkreten Handeln, muss der übergeordnete Sinn vorhanden sein. Vor-politisch zu sein, das heißt das Ziel zu haben das Politische, und damit auch die Avantgarde wiederherzustellen, heißt zuerst, Lernerfahrungen und Reflexion über Alltag und konkrete Kämpfe zu bieten, sowie auch Menschen in unterschiedlichen gesellschaftlichen und zukünftigen sozialen Schlüsselrollen politisch auszubilden. Die Jungen Grünen sind zu einem gewissen Grad bereits dieser Raum. Es gilt ihn weiterzuentwickeln.
Die Grünen müssen dazu auch auf den Kopf gestellt werden, egal ob sie das als Partei überleben oder nicht. Überleben sie diesen Prozess, sind sie stärker als je zuvor. Wird die Partei dabei auseinander-

brechen, wird neues entstehen. Sich an der Partei aufzureiben oder sie permanent gewähren zu lassen, bedeutet den langsamen politischen Todeskampf der Partei. Das heißt auch: man soll an keiner Partei wie an einer Heimat kleben. Indes sollte man hier aus dem Negativbeispiel sozialdemokratischer Jugendorganisationen lernen, sich nicht gegen die Partei aufzubäumen, wenn man schon vorher weiß, dass man kläglich scheitern wird. Wie für alle politischen Kämpfe gilt, wenn nicht die Möglichkeit besteht zu gewinnen, sollte man nicht in die Niederlage stürmen und sich darin verbrauchen, weil „man ja was tun muss". Das ist Scheinpraxis. Wenn einem gesellschaftsverändernde Praxis oder bloß die Parteiveränderung versperrt ist, dann sollte man zuerst daran arbeiten wieder relevant zu werden und nicht in jede Auseinandersetzung gehen, bloß weil es einem die eigene Moral gebietet. Für die Avantgarde in der Gegenwart gilt daher: Weniger ist mehr. Geduld! Bescheidenheit!

WAS KAM UND KOMMT 2017 IN DEN BUNDESLÄNDERN?

NIEDERÖSTERREICH

An jedem Anfang steht ein Kennenlernspiel. Welches findet ihr am besten?

Das Schlüsselbundspiel, bei dem sich jede Person anhand ihres Schlüsselbundes vorstellt.

Welche politischen Entwicklungen beschäftigen euch als Junge Grüne Niederösterreich derzeit am meisten?

Im Moment ist die neoliberale Zerschlagung des Sozialstaats für uns ein großes Thema, insbesondere beschäftigen uns dabei geplante Kürzungen der Mindestsicherung.

Was ist euer wichtigstes Ziel für 2017?

Wir wollen möglichst viele junge Leute zum Überdenken der gesellschaftlichen Verhältnisse bewegen und sie organisieren.

Was wird eure beste Aktion 2017?

Das größte und spannendste Herbstseminar und der größte Landeskongress, den wir als Junge Grüne Niederösterreich je hatten.

Wie wollt ihr eure Ziele erreichen?

Durch motivierte Aktivist*innen, gute Analysen, viel Kaffee, gute Vorbereitung und mit viel Spaß.

Mit welchen Themen wollt dieses Jahr mehr als bisher beschäftigen?

Mit Gesellschaftskritik und politischer Theorie.

64 STEIERMARK

An jedem Anfang steht ein Kennenlernspiel. Welches findet ihr am besten?

Die beste Art und Weise sich kennenzulernen ist noch immer die schlichte und einfache Vorstellungsrunde. Die besten Fragen hierbei sind unter anderem „Was ist dein Lieblingsorgan?" und „Was war deine erste Aktion bei den Jungen Grünen?".

Welche politischen Entwicklungen beschäftigen euch als Junge Grüne Steiermark derzeit am meisten?

Nach dem Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Graz wird sich die politische Lage in der Stadt, aber auch in der ganzen Steiermark zuspitzen. Es ist für uns als Junge Grüne wichtig hier zu intervenieren und den politischen Diskurs mitzuprägen. Es braucht hierfür gute Organisations- und Strukturentwicklung, um unsere Ressourcen und Möglichkeiten sinnvoll zu nutzen. Die Bezirksgruppenentwicklung wird daher in nächster Zeit eine große Rolle für uns spielen.

Was ist euer wichtigstes Ziel für 2017?

Leute zu politisieren und zu fördern. Das Ziel ist in jeder Bezirksgruppe ein gewisses Kernpotential an erfahrenen und inhaltlich reflektierten Personen aufzubauen, die die Organisation in ihrer Entwicklung weiterbringen.

Was wird eure beste Aktion 2017?

Die Aktion zum International Day Against Homophobia, Transphobia and Biphobia.

Wie wollt ihr eure Ziele erreichen?

Durch gute Teamarbeit, politisches Bewusstsein und ständiger Selbstreflexion.

Mit welchen Themen wollt dieses Jahr mehr als bisher beschäftigen?

Stadtpolitik. Wir wollen die unterschiedlichen politischen Ausgangssituationen in den Städten analysieren und uns überlegen wie wir den jeweiligen politischen Diskurs beeinflussen können. Ob nun die Forderung nach Gratis-Öffis, einem attraktiveren Nachtleben oder die Verhinderung eines Murkraftwerkes.

BURGENLAND

An jedem Anfang steht ein Kennenlernspiel. Welches findet ihr am besten?

Jede Person erzählt drei Informationen zu sich, wobei eine gelogen ist. Der restliche Kreis soll dann erraten, welche eine Lüge war.

Welche politischen Entwicklungen beschäftigen euch als Junge Grüne Burgenland derzeit am meisten?

Die rot-blaue Regierung betreibt im Burgenland eine unsoziale Politik, die auf Kürzungen und Sicherheitswahn beruht. Während „Sicherheitspartner" als Aufseher*innen auf den Straßen eingesetzt werden und an den Grenzen kontrolliert wird, bleiben Infrastruktur und soziale Bereiche mit Förderungsbedarf unangetastet.

Was ist euer wichtigstes Ziel für 2017?

Wir wollen einer rot-blauen Politik nichts durchgehen lassen; als Jugendorganisation wollen wir eine laute Stimme gegen hetzerische Politik sein und dem entgegen unsere Ideen einer solidarischen Gesellschaft in die Öffentlichkeit tragen. Wir wollen junge Menschen im ganzen Burgenland mit unseren Forderungen erreichen und eine Möglichkeit bieten, selber anzupacken. Das wichtigste Ziel ist somit, in mehreren Teilen des Burgenlands aktiv zu sein.

Was wird eure beste Aktion 2017?

Jede Veranstaltung, die während unserer Kampagne zur Gemeinderatswahl stattfinden wird, wo wir uns vor allem damit auseinandersetzen werden, wie solidarische Stadtpolitik aussehen kann.

Wie wollt ihr eure Ziele erreichen?

Wir wollen uns in puncto Öffentlichkeitsarbeit stark verbessern, sowie ein spannendes Bildungsprogramm auf die Beine stellen, das mehrere Teile des Burgenlands umfasst. Wir wollen medial gegen die rot-blaue Politik laut werden.

Mit welchen Themen wollt dieses Jahr mehr als bisher beschäftigen?

Nach einem Jahr Wahlkampf für Van der Bellen, mit erhöhter rot-weiß-roter Flaggenpräsenz, wollen wir uns wieder inhaltlich damit auseinandersetzen, wie eine solidarische Gesellschaft aussehen kann. Dafür werden wir uns verstärkt mit den Themen Bildung, Feminismus und Sozialpolitik auseinandersetzen.

66 TIROL

An jedem Anfang steht ein Kennenlernspiel. Welches findet ihr am besten?

Speed-Dating. Man lernt dadurch schnell viele Leute kennen. Dieses Kennenlernspiel finden wir besonders gut, um neue Aktivist*innen schnell einzugliedern. Bei Vorstellungsrunden bei Stammtischen greifen wir gerne auf Zusatzfragen, um uns besser kennenzulernen, zurück.

Welche politischen Entwicklungen beschäftigen euch als Junge Grüne Tirol derzeit am meisten?

Die Entwicklung der Bundesregierung rund um das neue Regierungsprogramm und Sobotkas autoritären Phantasien sehen wir äußerst kritisch und sorgte bei uns für viel Diskussion. Auf Tiroler Ebene passiert politisch zurzeit eher wenig. Interessant finden wir aber die Entwicklung der Grünen Bewegung, u.a. wie sich die Grünen für die Gemeinderatswahl in Innsbruck und die Landtagswahl in Tirol (beide 2018) positionieren.

Was ist euer wichtigstes Ziel für 2017?

Unser wichtigstes Ziel 2017 ist es, unsere Bezirksgruppen zu stärken und teils neu aufzubauen. Ein wahrscheinlich noch längerfristiges Ziel ist es, dass all unsere Bezirksgruppen selbstständig funktionieren.

Was wird eure beste Aktion 2017?

Highlight war heuer bereits unser Winterseminar, gemeinsam mit den Jungen Grünen Vorarlberg. Es soll aber nur der Startschuss für viele coole Aktionen im Jahr 2017 gewesen sein.

Wie wollt ihr eure Ziele erreichen?

Indem wir versuchen, alle an einem Strang zu ziehen, uns gemeinsam zu organisieren und mehr Aktivist*innen einbinden. Wir wollen auch viele Themen ansprechen und somit politische Diskussionen fördern.

Mit welchen Themen wollt dieses Jahr mehr als bisher beschäftigen?

Mehr beschäftigen wollen wir uns mit Themen, die letztes Jahr etwas in den Hintergrund gerückt sind. In unseren Augen sind das u.a. Kapitalismuskritik, Feminismus, Umweltschutz und Drogenpolitik.

blattlinie_joanna.indd 66 01.03.2017 11:50:20

SALZBURG

An jedem Anfang steht ein Kennenlernspiel. Welches findet ihr am besten?

Ein sportliches: Wir werfen uns einen Ball zu und stellen uns vor!

Welche politischen Entwicklungen beschäftigen euch als Junge Grüne Salzburg derzeit am meisten?

Besonders beschäftigt uns im Moment das Bildungspaket, sowie der Weltfrauentag, der am 8. März stattfinden wird. Außerdem setzen wir uns verstärkt mit unserer internen Entwicklung als Junge Grüne Salzburg auseinander, und wollen diese dieses Jahr verbessern.

Was ist euer wichtigstes Ziel für 2017?

Unsere Ziele für 2017 sind Aktivist*innen besser einzubinden, die Planung unser Aktionen und Veranstaltungen zu reflektieren und zu verbessern und an unserer Öffentlichkeitsarbeit zu arbeiten.

Was wird eure beste Aktion 2017?

Wir planen eine Podiumsdiskussion zum Thema soziale Gerechtigkeit zu veranstalten.

Wie wollt ihr eure Ziele erreichen?

Mit viel Motivation und Big Data!

Mit welchen Themen wollt dieses Jahr mehr als bisher beschäftigen?

Mit unseren Bezirksgruppen und der Frage, wie wir Aktivisten und Aktivistinnen besser einbinden und mobilisieren können.

68 WIEN

An jedem Anfang steht ein Kennenlernspiel. Welches findet ihr am besten?

Das, bei dem jede*r sich anhand des Schlüsselbunds vorstellt.

Welche politischen Entwicklungen beschäftigen euch als Junge Grüne Wien derzeit am meisten?

Die immer autoritärer werdende Politik von Kern, Sobotka, Doskozil und co., wie aktuell die Einschränkung des Demonstrationsrechts. In Wien speziell ist die Reform der Mindestsicherung eine richtungsweisende Frage für das Zusammenleben in der Stadt.

Was ist euer wichtigstes Ziel für 2017?

Nach innen hin ist sicher die weitere Stärkung unserer Bezirksgruppen, das heißt eine sehr langfristige Bindung unserer Aktivist*innen, und eine theoretische Festigung aller, insbesondere unserer Führungskräfte, ein sehr wichtiges. Nach außen gilt es neue Schritte in der Kampagnenarbeit und kreative Aktionsideen zu wagen und nach einem Jahr des Wahlkampfes wieder als linke Jugendorganisation in die Offensive zu kommen.

Was wird eure beste Aktion 2017?

Eine Bildungsreise im Herbst, das genaue Ziel ist noch geheim, aber soviel sei verraten, es geht in den Süden!

Wie wollt ihr eure Ziele erreichen?

Um die Bezirksgruppen zu stärken werden wir unter anderem einen Lehrgang für Bezirksgruppenvorstände konzipieren, dieser wird mit Pilotprojekten der einzelnen Gruppen einhergehen. Um offensiv nach außen zu gehen werden wir neben aufsehenerregenden Aktionen vor allem auf die rasche und gezielte Reaktion auf innenpolitische Ereignisse setzen.

Mit welchen Themen wollt dieses Jahr mehr als bisher beschäftigen?

Neben der Auseinandersetzung mit der Oktoberrevolution, die sich heuer zum hundertsten Mal jährt, werden wir 2017 auch nutzen, um auf 25 Jahre Grüne Jugendorganisierung in Wien zurückzublicken. Auch werden wir den Tag der Arbeit als Anlass für spannende Bildungsveranstaltungen und zentrale politische Forderungen nehmen.

blattlinie_joanna.indd 68 01.03.2017 11:50:22

OBERÖSTERREICH

An jedem Anfang steht ein Kennenlernspiel. Welches findet ihr am besten?

Aufstellen nach Sockenfarbe - von Dunkel nach Hell.

Welche politischen Entwicklungen beschäftigen euch als Junge Grüne Burgenland derzeit am meisten?

Die schwarz-blaue Landesregierung in Oberösterreich, die immer weiter soziale Errungenschaften abbaut und auf die Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft hinunter tritt. Außerdem die autoritären Entwicklungen in Österreich, die man an den Angriffen auf unsere demokratischen Grundrechte – wie zum Beispiel das Demonstrationsrecht – sehen kann. Das zeigt uns auch immer wieder, wie wichtig unser politisches Engagement genau jetzt ist!

Was ist euer wichtigstes Ziel für 2017?

Wir wollen unsere Diskussionskultur vor Ort in den Bezirken und auf Landesebene stärken und politische Debatten ankurbeln.

Was wird eure beste Aktion 2017?

Im Sommer möchten wir uns bei einer Gebirgswanderung mit der Geschichte antifaschistischer Kämpfe in Oberösterreich auseinandersetzen.

Wie wollt ihr eure Ziele erreichen?

Wir wollen Räume schaffen – wie zum Beispiel bei unserem Lesekreis, Landesausschüssen oder bei Veranstaltungen vor Ort in den Bezirken –, wo wir produktiv streiten und mehr inhaltlich diskutieren können. Außerdem möchten wir Führungskräfte vor Ort besser in ihrer Arbeit unterstützen.

Mit welchen Themen wollt dieses Jahr mehr als bisher beschäftigen?

Wir werden uns mit möglichen Strategien gegen Schwarz-Blau in Oberösterreich auseinandersetzen und uns fragen, was linke Politik heute leisten kann und was nicht.

70 KÄRNTEN

An jedem Anfang steht ein Kennenlernspiel. Welches findet ihr am besten?

Die Vorstellungsrunde, bei der alle ihr Lieblingstier nennen.

Welche politischen Entwicklungen beschäftigen euch als Junge Grüne Kärnten derzeit am meisten?

Das erneute Erstarken der FPÖ, der alltägliche Rassismus in Kärnten und die zunehmende Abwanderung.

Was ist euer wichtigstes Ziel für 2017?

Wir wollen unsere Bezirksgruppen in Spittal und Klagenfurt stärken, mit Villach mindestens eine neue gründen und unsere Öffentlichkeitsarbeit ausbauen.

Was wird eure beste Aktion 2017?

Wir planen so viele coole Aktionen, dass es schwer ist, die beste rauszufiltern! Unser Landeskongress, der im Herbst oder Winter stattfinden wird, wird natürlich wieder ein Highlight sein.

Wie wollt ihr eure Ziele erreichen?

Durch stärkeres Sichtbarwerden im öffentlichen Raum und durch die Einbindung möglichst vieler Aktivist*innen.

Mit welchen Themen wollt dieses Jahr mehr als bisher beschäftigen?

Mit Feminismus, Ökologie und Antikapitalismus.

VORARLBERG

An jedem Anfang steht ein Kennenlernspiel. Welches findet ihr am besten?

Speeddating bringt eine*n mit möglichst vielen Leuten ins Gespräch über ganz unterschiedliche Themen, ob Politik oder Haustiere.

Welche politischen Entwicklungen beschäftigen euch als Junge Grüne Vorarlberg derzeit am meisten?

Die Politik der ÖVP, die jeder progressiven Stadt- und Gemeindepolitik den Garaus macht und eine freie und demokratische Nutzung des öffentlichen Raumes konsequent verhindert.
Außerdem beschäftigen wir uns stark mit dem Schulsystem und seinem grundlegenden Reformbedarf – vom Hausübungszwang und ständigen Leistungsdruck über die Zentralmatura bis hin zur fehlenden demokratischen Einflussnahme von Schüler*innen auf Entscheidungsprozesse.

Was ist euer wichtigstes Ziel für 2017?

Wir wollen als Organisation weiter wachsen und unsere Strukturen festigen. Um öffentlich sichtbar zu sein und Themen setzen zu können wollen wir außerdem an einer Verbesserung unserer Medien- und Öffentlichkeitsarbeit ansetzen.

Was wird eure beste Aktion 2017?

Welche unserer vielen Aktionen die beste sein wird, wird sich erst im Laufe des Jahres herausstellen. Das Winterseminar, das wir im Februar gemeinsam mit den Jungen Grünen Tirol veranstaltet haben, war auf jeden Fall schon ein großes Highlight!

Wie wollt ihr eure Ziele erreichen?

Wir wollen Bezirksgruppen aufbauen und unsere Strukturen sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene stärken.

Mit welchen Themen wollt dieses Jahr mehr als bisher beschäftigen?

Für uns werden im nächsten Jahr vor allem Bildungspolitik und Stadtpolitik mehr im Fokus stehen. Außerdem wollen wir uns vertiefend mit linker Theorie beschäftigen.

EIN BRIEF AN DIE JUGENDHERBERGE

Rezept für das Rote Menü

Das schöne an politischer Bildungsarbeit ist das zusammen Lernen. Nicht wie in der Schule, sondern voneinander. Man kehrt nach immer wieder neuen Erkenntnissen zu derselben Frage zurück. Auch zwischen den Workshops: Was gibt's zu Essen? Weil es oft schwierig ist, Jugendherbergen zu finden, wo das schmackhafte Essen nicht der Kostenrechnung zum Opfer fällt, haben wir in der BLATTLINIE eine Rezepte-Rubrik entwickelt. Einfach, schnell, mit günstigen Produkten und trotzdem lecker! Dieses Mal: Das rote Menü.

Produktliste (40 Personen)

20 Rote Paprika
9 kg Dosentomaten
10 große Melanzani
15 große Zwiebeln
3 Köpfe Weißkraut
20 große Knoblauchzehen
2 Bund Petersilie
20 Tassen Reis
10 Tassen Soja-Granulat
20 EL Milch
20 El Mayonnaise
20 EL Apfelessig
3 Handvoll schwarze Oliven
Parmesan oder anderer Käse
Olivenöl
10 EL Senf
10 EL dunkler Balsamico-Essig
10 EL Gemüsesuppenpulver
10 EL Paprikapulver
10 Schuss Tabasco
10 EL Zucker
Salz und Pfeffer

MELANZANIAUFLAUF

Melanzani in größtmögliche Scheiben schneiden. Beidseitig mit Salz in Olivenöl anbraten. Zur Seite stellen. 5 Zwiebeln würfeln und anrösten. 3 Handvoll Oliven halbieren und kurz mitbraten. 10 Knoblauchzehen pressen und mit 4 kg Dosentomaten hinzufügen. Mit Salz, Zucker und Pfeffer würzen. Etwas einkochen. In den Brater eine Schicht Melanzanischeiben. Dann eine dünne Schicht Tomatensauce. Mit einer Schicht geriebenen Käse abschließen. 1-2 mal wiederholen (Für eine vegane Variante lässt sich leicht auf den Käse verzichten). Bei 180°C für etwa 20 min. in den Ofen

ROTER REIS

Langkornreis mit der doppelten Menge Wasser, Salz und 1kg Dosentomaten aufkochen. Etwa 15 min. fertig garen lassen.

VEGETARISCHE BOLOGNESE

Sojagranulat in heißer Gemüsesuppe einweichen (20min). Paprikaschoten in Streifen schneiden, in Olivenöl anbraten. Das abgeseihte Soja-Granulat hinzufügen. 10 Zwiebeln würfeln, hinzufügen bis sie glasig sind. Paprikapulver kurz mitbraten. 10 Knoblauchzehen pressen und mit 4 kg Dosentomaten hinzufügen. Aufkochen. Mit Essig, Salz, Zucker, und Tabasco abschmecken und fertig dünsten.

KRAUTSALAT

Kraut in dünne Streifen schneiden, kräftig salzen, kurz durchkneten, und 20 min. stehen lassen. Mayonnaise, Milch, Apfelessig und Salz verrühren, evtl. mit etwas Zitrone verfeinern. Unter das Kraut rühren. (Für eine vegane Variante lässt sich Mayonnaise und Milch durch neutrales Soja-Yoghurt ersetzen).

Alles mit reichlich Petersilie überstreuen und servieren.

Viel Spaß und guten Appetit!

blattlinie_joanna.indd 74 01.03.2017 11:50:28

(IN) ALTERNATIVEN DENKEN

Über demokratisches Wünschen

Tamara Ehs Politikwissenschafterin, forscht am Institut für Rechts - und Sozialgeschichte der Universität Salzburg unde lehrt an der Universität Wien. Ihre Schwerpunkte sind Demokratie(reform), Verfassung und Recht. Sie schreibt sporadisch für den mosaik-blog. Für die Jungen Grünen hielt sie u.a. einen Workshop zum Thema *Der lange Arm der Parteien. Eine Analyse des österreichischen Parteiensystems*.

VERGANGENE ZUKUNFT

Das Ende der sozialistischen Staaten verdunkelte auch das utopische Denken. 1989, als die Berliner Mauer fiel und der Zerfall der Sowjetunion unumkehrbar war, markierte nicht das „Ende der Geschichte", sondern vielmehr das Ende der Utopien. Damals stellten zwei Gesellschaftsentwürfe den Kampf um die Zukunft ein, ihre Konkurrenz um die Utopie vom guten Leben. Das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem hatte nicht nur den Sieg über den real existierenden Sozialismus davon getragen, sondern auch über dessen Idee. Damit war der zentrale politische und ideologische Widersacher beseitigt, was letztlich dazu führte, dass wir nun zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit in einem einzigen Weltsystem leben, zu dem es kein real existierendes Korrektiv mehr gibt. Denn wie einst auf „den Osten" das Konsumsystem und die Freiheitsversprechen des Westens eingewirkt hatten, so war „der Westen" mit den Versprechungen von Gleichheit und Wohlfahrt des Ostens konfrontiert gewesen. Der westeuropäische Sozialstaat stellte die Antwort auf die Konkurrenz des kommunistischen Gesellschaftsmodells beziehungsweise auf die Verheißungen des Staatssozialismus dar. Dieses starke Korrektiv, das einst Debatten um Alternativen *zum* und nicht bloß *im* System beherrschte und den Blick auf die sozialen Prozesse lenkte, fehlt seither.

Das Jahr 1989 ließ die Linke traumatisiert zurück. Wir können dieses Trauma plastisch an den sozialdemokratischen Parteien in Europa beobachten, in denen die Parteilinke spätestens seit den 1990ern kein Gewicht mehr hat.

Zahlreiche neoliberale und autoritäre Veränderungen gingen auf das Konto von sogenannten Mitte-Links-Regierungen. Lionel Jospin (Parti socialiste, Frankreich), Gerhard Schröder (SPD) (mit ihm der Grüne Joschka Fischer) oder Tony Blair (Labour Party, Vereinigtes Königreich) waren jedoch nicht links, sondern würdige Erben

von Margaret Thatcher [1]. Dass sie sich überhaupt „links" nennen konnten, sagt viel über den Zustand der politischen Urteilskraft jener Epoche aus. Sie probten nicht einmal mehr den klassischen Reformismus, geschweige denn diskutierten sie alternative Gesellschaftsentwürfe. Als man an Blair herantrug, den globalen Kapitalismus und seine gesellschaftlichen Auswirkungen aufs Vereinigte Königreich zu besprechen, meinte er, man könne ebenso gut debattieren, ob der Herbst auf den Sommer folgen solle. Die darwinistische Forderung, sich besser anzupassen, diese Rede von der Alternativlosigkeit zur gegebenen Lebensweise ist die Sprache der anti-emanzipatorischen Politik.

Das hat laut Raul Zelik weniger mit dem „Verrat" alter Ideale angesichts vorgeblich realpolitischer Erfordernisse zu tun als mit einem „verkürzten Politikverständnis", mit einer „Fixierung auf Wahlprozesse, Regierungszusammensetzungen und den Staatsapparat", mit „politischer Naivität und klientelistischer Bequemlichkeit": „Die Mitte-Links-Parteien übernehmen gesellschaftlich hegemoniale Politikkonzepte, unterwerfen sich neoliberalen Dogmen, die als ‚Sachzwänge' daherkommen, und verkennen die Notwendigkeit, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Konstellationen zu verändern." [2] Links zu sein würde nämlich bedeuten die Herrschaftsverhältnisse, die dem kapitalistisch geordneten Staat eingeschrieben sind, zu reflektieren und damit zu erkennen, dass eine Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen nur durch Mobilisierung in sozialen Bewegungen, nicht aber durch staatliche Politik stattfinden kann, sei sie durch Wahlen noch so demokratisch legitimiert.

In den Regierungen der 1990er Jahre hatten parteiintern die „Realos" mit ihrer Parlaments- und Regierungsorientierung die institutionenkritischen „Fundis" endgültig auf die Hinterbänke verwiesen. Wer damals noch Utopien äußerte, war von gestern. Vor allem die Sozialdemokratie hat sich europaweit von ihrem dritten Weg bis heute nicht erholt. Trotz aller Möglichkeiten, die die multiple Krise seit 2008 bietet, schiebt sie Ziele wie Finanztransaktions-, Vermögens- oder eine nennenswerte Erbschaftsteuer auf unbestimmte Zeit auf. Stattdessen setzt sie die Law-and-Order-Politik der Konservativen um und konkurriert bei Wahlen nur mehr darum, den sicheren Wandel zum Schlechteren hinauszuschieben oder das Elend ein wenig humaner zu verwalten. Das ist die „Abschaffung der Zukunft in der Postdemokratie", meint Oliver Marchart, und damit eigentlich keine Politik mehr, sondern Antipolitik. [3]

1 Konservative Premierministerin des UK (1979-1990), die mit dem politischen Schlagwort TINA (There is no alternative) regierte, um den Sozialstaat abzubauen und eine neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik umzusetzen.

2 Raul Zelik, Von Konstellationen und Hegemonien, in: Raul Zelik / Aaron Tauss (Hg.) Andere mögliche Welten?, Hamburg 2013, S. 63-80, hier S. 65.

3 Oliver Marchart, Die leere Nacht des Sozialismus, in: Gerhard Unterthurner / Andreas Hetzel (Hg.) Postdemokratie und die Verleugnung des Politischen, Baden-Baden 2016, S. 57-75, hier S. 59.

*Eine ganze Generation hat gelernt, ohne Zukunft zu leben, die Wahl nur als Konsument*in zu haben, nicht aber als politischer Mensch.*

Was uns fehlt und welcher Mangel die oft beklagte Politikverdrossenheit befördert, ist die utopische Einbildungskraft, das „demokratische Wünschen". Für den Philosophen Andreas Hetzel ist die Krise der Demokratie vor allem eine „Krise des demokratischen Begehrens." [4] Die neoliberale Ordnung, die uns als alternativlos angepriesen wird, hat dazu geführt, dass wir nicht geübt sind, in Alternativen zu denken: „Wir haben, kurz gesagt, das demokratische Wünschen verlernt, uns im Regiert-Werden weitgehend eingerichtet." [5] Dass es sich hierbei um ein Generationenproblem handelt, verdeutlichen Parteilinke wie Jeremy Corbyn (Labour, UK) und Bernie Sanders (Demokraten, USA): Sie entstammen einer Zeit, als das demokratische Wünschen noch geholfen hat, Visionär*innen nicht der Gang zum Arzt nahegelegt wurde. Sie können sich an linkes Denken, ans Begehren nach einer anderen Gesellschaft noch erinnern. Die vergangenen Jahrzehnte haben sie als Hinterbänkler oder im Abseits der politischen Bühne verbracht, bis sie jüngst zu Hoffnungsträger*innen der jungen Generation wurden.

Es gibt eine Nostalgie nach der Zeit, als wir das demokratische Wünschen noch kannten, weil wir uns andere mögliche Welten vorstellen konnten. Diese Vorstellungskraft wurde uns durch Sachzwanglogik und durch die entpolitisierend wirkende Rede von der Alternativlosigkeit weitgehend ausgetrieben. Stattdessen ist all unser Wünschen und Begehren auf den Konsum von Gütern gelenkt. Jene Nostalgie ist aber nicht einfach die diffuse Sehnsucht nach der guten alten Zeit, sondern Nostalgie ist eine „retrospektive Utopie", eine Sehnsucht nach der Zeit, als es noch Hoffnung gab, dass alles besser, ja vielleicht sogar gut werde, als es Zukunft gab. Das österreichische Sehnsuchtsobjekt einer solch retrospektiven Utopie ist die „Ära Kreisky" (1970–1983) mit all ihren tatsächlichen, wenn auch im Industriekapitalismus verhafteten Reformen und späteren Verklärungen.

POLITISCHE ONTOLOGIE DER PHANTASIE

Wir erleben und ertragen seit rund 40 Jahren eine fortschreitende Vereinzelung der Individuen innerhalb einer entsolidarisierten Gesellschaft. Mittlerweile ist eine ganze Generation herangewachsen, deren Angehörige einander in einem sich stetig zuspitzenden (Geltungs-)Wettbewerb gegenüberstehen – sei es im Studium, im Berufsleben oder in den sozialen Medien. Wir haben verinnerlicht, das autonome Individuum jederzeit über unseren Wunsch nach einer solidarischen Gesellschaft zu stellen. Die Privatisierung des Öffentlichen geht einher mit einer Veröffentlichung des

4 Andreas Hetzel, Das demokratische Begehren, in: Unterthurner / Hetzel (Hg.) Postdemokratie, S. 187-207, hier S. 187.

5 Ebenda, S. 187.

Privaten. Die sogenannten „soziale Netzwerke" täuschen Gemeinschaft vor; sie sind Medien einer radikalen Zurückgeworfenheit des*r Einzelnen auf sich selbst. Kollektive Kämpfe sind im Prekariat erschwert und damit scheint eine gesellschaftliche Perspektive jenseits des kapitalistischen Systems oft aussichtslos. Der Unmut über die herrschenden Verhältnisse ist zwar gegeben, wird allerdings selten mit gesellschaftlichen Strukturen als vielmehr mit individuellem Versagen in Zusammenhang gebracht oder auf Sündenböcke übertragen. Die Entsolidarisierung spiegelt sich schließlich in der Spaltung der Gesellschaft (z.B. durch Rassismus, Nationalismus, Antifeminismus) wider.

Daran trägt auch die Linke Schuld, die es nicht auf breiter Basis schafft, ihre Gesellschaftskritik wieder mit utopischem Denken zu verbinden.

Dadurch hat sie einen grundlegenden Wesenszug aufgegeben. Politischen Handlungen liegt stets eine bestimmte Weltsicht, eine Interpretation der gesellschaftlichen Beziehungen, ja ein Menschenbild zugrunde. Die politische Ontologie befasst sich mit diesen Prinzipien. Während der Kern des rechten Denkens eine politische Ontologie des Seins ist, hat linkes Denken eine politische Ontologie des Tuns zur Grundlage. „Das linke Denken beruht meiner Ansicht nach vielmehr auf einer ‚politischen Ontologie der Phantasie', wie ich es ausdrücken möchte, die man vielleicht auch schlicht als ‚Ontologie des Schöpferischen' oder ‚des Tuns' oder ‚des Erfindens' bezeichnen könnte", so der Sozialanthropologe David Graeber. [6]

Entsprechend vertraten utopische Sozialist*innen einst die Auffassung, dass Künstler*innen die Avantgarde, ja Vorhut einer neuen sozialen Ordnung sein würden. In kreativen, subversiven Akten der Malerei, des Theaters, des Tanzes, der Literatur würden sie neue Gesellschaftsentwürfe entwickeln, damit ihr Denken in Alternativen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen und der Revolution den Weg ebnen.

Die Linke scheitert immer dann, wenn sie das utopische Denken aufgibt. Denn sobald sie ihre Ontologie verneint, ist sie nicht mehr links. Jedes Mal als sich Parteien des linken Spektrums entschieden, nun einen realistischen, vermeintlich sicheren Kurs der Mitte einzuschlagen, bereiteten sie den Rechten den Weg und erlebten ihre Pasokifizierung - ganz nach dem mahnenden Beispiel der griechischen PASOK, die von der sozialdemokratischen Staatspartei zur Fünf-Prozent-Partei geworden war. Weder Sigmar Gabriel in Deutschland noch François Hollande in Frankreich dürfen ihre

6 David Graeber, The Utopia of Rules, Stuttgart 2016, S. 108 f.

jeweiligen Parteien in die heurigen Wahlkämpfe führen, weil mit ihnen weder eine Wahl zu gewinnen noch AfD beziehungsweise Front National aufzuhalten wären. Während Martin Schulz (SPD) nur deswegen bei manchen SPD-Mitgliedern als „links" gelten kann, weil die Parteilinke seit der Ära Schröder (SPD) weitgehend inexistent ist, fasste die Parteilinke der französischen Parti Socialiste (PS) wieder Fuß und kürte Benoît Hamon zum Präsidentschaftskandidaten. Sein Wahlprogramm wird in den Medien bezeichnenderweise als „Utopie" belächelt und abqualifiziert, weil er eine gegen den Finanzkapitalismus gerichtete Gesellschaftspolitik skizziert, weil er eine Utopie des guten Lebens anbietet, die Hollande oder Manuel Valls (PS) längst entsorgt haben. Hamon entgegnete, dass eben „neue Wirklichkeiten" in Betracht zu ziehen seien und der sogenannte Traum Realität werden müsse.

UTOPIE UND REVOLUTION

Wer eine Utopie des guten Lebens entwirft, entfacht das Begehren danach. Diese neuen und künftig möglichen Wirklichkeiten stellen per se eine Gefahr für die bisherige Wirklichkeit und ihre Machthaber*innen (auch jene innerhalb der Parteien) dar. Denn die Vorstellung vom guten Leben zieht politische Leidenschaften nach sich. Wir konnten dies zuletzt auf der europäischen Bühne im Jahr 2015 mitverfolgen: Die tituliert „linken Rebellen" in Griechenland um Alexis Tsipras und Yanis Varoufakis waren zum Schrecken der Machthabenden geworden und lehrten gar EU-Ratspräsident Donald Tusk das Fürchten, deren mutmaßliche politische Radikalität könnte ansteckend sein: „I am really afraid of this ideological or political contagion, not financial contagion, of this Greek crisis." Er hatte Angst, eine neue Wirklichkeit jenseits des autoritären Sozialkürzungsregimes könnte Europa revolutionär erfassen. Das Referendum über die Pläne der Troika (Europäische Zentralbank, EU-Kommission und Internationaler Währungsfonds), das unsoziale Kürzungsregime fortzusetzen und zu vertiefen, markierte einen solchen Moment politischer Leidenschaft und demokratischen Begehrens. Damals hatte Syriza weite Teile der Bevölkerung hinter sich, um gemeinsam eine gesellschaftliche Befreiung zu unternehmen, sich nicht „im wunschlosen Unglück eines verwalteten und disziplinierten Lebens" [7] einzurichten. Doch als Tsipras das Begehren des griechischen Volkes ignorierte, in den Augen seiner europäischen Partner*innen „vernünftig" wurde und auf „Realpolitik" umschwenkte, siegten abermals Alternativlosigkeit und technisches Politikverständnis. Damit endete die linke Phase der griechischen Regierungspolitik, was sich auch in der Abspaltung des linken Parteiflügels, die sich als Laiki Enotita (LAE) neu gründete, zeigte.

7 Hetzel, Das demokratische Begehren, S. 197.

Alexis Tsipras konnte das „Auflodern einer Präferenz, welche die Risiken, die Gefahren, eine gefahrvolle Freiheit der einschläfernden Ruhe einer Unterjochung vorzieht" – so Jacques Derridas Demokratiekonzept (*démocratie à venir*) [8] – gegen das „extreme Zentrum" der EU-Troika nicht länger tragen und ist nun selbst Teil dieses Machtzentrums. Syriza ist im sozialdemokratischen Realomainstream angelangt und einmal mehr waren die Hoffnungen auf eine andere mögliche Welt zerschlagen. Die Botschaft lautete: Ergeht euch nicht in Utopien, sondern richtet euch in der Dystopie ein!

Diese „Politik der Politiklosigkeit" begünstigt europaweit seit Jahren den Aufstieg rechtspopulistischer und autoritärer Bewegungen.

Doch während in den 1990ern die linke Gesellschaftskritik an der Trickle down-Theorie des Finanzmarktkapitalismus abprallte, wonach der Reichtum bei den Oberen langsam zu den Unteren hinuntertröpfeln würde, ist das kapitalistische Gesellschaftssystem durch die mehrfache Krise seit 2008 in vielerlei Hinsicht diskreditiert. Nicht zuletzt hat man uns am Beispiel Griechenland verdeutlicht, dass selbst „jede kleinere politische Alternative innerhalb der bestehenden Ordnung verbaut scheint, Abhilfe einzig in der großen Alternative zur bestehenden Ordnung gesucht werden könnte." [9] Zaghaft kehrt mit der Kritik der bestehenden Verhältnisse auch das utopische Denken zurück. Selbst Karl Marx darf die Nischen studentischer Lesekreise verlassen und wieder breit rezipiert werden.

WO RETTUNG LAUERT: NEUE WIRKLICHKEITEN PROBIEREN

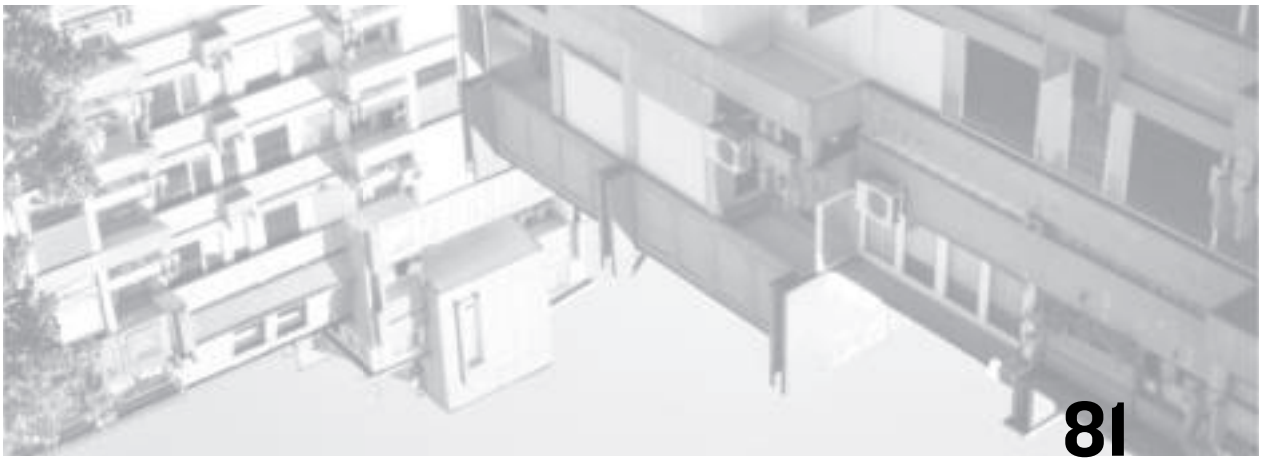
Jener Karl Marx schrieb über die Voraussetzung der sozialen Revolution, diese könnte „ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft". [10] Die Zukunft sei jedoch nicht exakt zu entwerfen, sondern im Herantasten zu gestalten. Wir finden diese Haltung etwa im Motto Preguntando caminamos („fragend schreiten wir voran") der indigenen Bewegung der mexikanischen Zapatistas. Marx verstand Revolution als einen Prozess, in dem die näheren Bestimmungen des Zukünftigen, die neue Formen, wie wir uns zueinander verhalten, bereits in der Gegenwart tastend und experimentierend hervorgebracht werden. Wäre die Revolution bloß in der Zukunft, lebten wir jetzt nur im Mittlerweile. Es gilt aber, bereits jetzt das Aufblitzen einer möglichen Zukunft zu sehen: eine „Explosion des Noch-nicht im Jetzt, eine Welt, von der wir sagen, dass sie möglich sei", so John Holloway. [11] Darin liegt die Möglichkeit zur Veränderung. Mit Ernst Bloch gesprochen bedarf es hierfür des Mutes, eines mili-

8 Jacques Derrida, Schurken. Zwei Essays über die Vernunft, Frankfurt am Main 2003, S. 106.

9 Marchart, Die leere Nacht des Sozialismus, S. 67 (Hervorhebungen im Original)..

10 Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Band 8, Berlin 1972, S. 115-123, hier S. 117.

11 John Holloway, Eröffnungsrede des Elevate Festival 2205, in: Daniel Erlacher / Brigitte Kratzwald, Elevate! Ein Handbuch für Morgen, Graz 2015, S. 34-38, hier S. 38.



tanten Optimismus und einer konkreten Utopie. Jene konkrete Utopie ist jedoch keine Blaupause, sondern vielmehr eine Offenheit, wieder (in) Alternativen zu denken. Die radikale Kritik der bestehenden Verhältnisse bildet die Grundlage für eine zukünftige Welt. Nur mit ihr kann es gelingen, revolutionäre Prozesse auf den Weg zu bringen. [12]

Einen ähnlichen Standpunkt nimmt Rosa Luxemburg in ihrer Kritik der Russischen Revolution ein: „Was wir in unserem Programm besitzen, sind nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen, in der die Maßnahmen gesucht werden müssen, dazu vorwiegend negativen Charakters. Wir wissen ungefähr, was wir zu allererst zu beseitigen haben, um der sozialistischen Wirtschaft die Bahn frei zu machen, welcher Art hingegen die tausenden konkreten praktischen großen und kleinen Maßnahmen sind, um die sozialistischen Grundzüge in die Wirtschaft, in das Recht, in alle gesellschaftlichen Beziehungen einzuführen, darüber gibt kein sozialistisches Parteiprogramm und kein sozialistisches Lehrbuch Aufschluss. […] Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive nicht. Neuland. Tausend Probleme." [13]

Und es geht in der Praxis um kreative subversive Akte, um direct action, in denen sich Widerstand gegen ein Leben ohne Zukunft, dafür aber ein demokratisches Begehren äußert. Das US-amerikanische *CrimethInc*-Kollektiv etwa, das nicht erst im Widerstand gegen Donald Trump aktiv wurde, formuliert seine Motivation so: „Wir müssen unsere Freiheit erkämpfen, indem wir Löcher in das Gewebe der Wirklichkeit schneiden, neue Wirklichkeiten erschaffen, die am Ende uns selbst formen werden." [13] Damit ist umschrieben, was Politik kennzeichnet, nämlich Alternativen zu eröffnen, mit Hannah Arendt gesprochen: neue Anfänge in die Welt zu werfen, Zukunft zu generieren, eigentlich *Zukünfte*. [15]

Diesen Weg, die „Ruhe der Unterjochung" (Jacques Derrida) mehr zu fürchten als das unbekannte Neue, müsste auch die österreichische Linke (wieder) einschlagen. Dafür gilt es, das demokratische Begehren zu lernen und keine Angst vor der politischen Leidenschaft zu haben. Hier offenbart sich jedoch „eine zentrale Schwachstelle linker Politik, […] [nämlich] die Rolle von Affekten und Emotionen in der Politik", so Tobias Boos und Benjamin Opratko. [16] Nach Jacques Laclau kann es ohne das Aufbringen affektiver Energie keine Politik geben. [17] Allerdings sind die Rechtspopulist*innen heutzutage die Einzigen, die Gefühle wie Wut und Ohnmacht politisch organisieren, wohingegen die übrigen Parteien bloß Sachfragen technokratisch verhandeln: „Wer der Linken die Artikulation dieser Erfahrungen und damit

12 Vgl. Tamara Ehs / Aaron Tauss, Das Ende des Kapitalismus denken: Fragmente für eine demokratisch-ökologische Linke im 21. Jahrhundert, in: Tauss (Hg.) Sozial-ökologische Transformationen, Hamburg 2016, S. 169-182.

13 Rosa Luxemburg, Die russische Revolution (1922), in: Politische Schriften, Band 3, Frankfurt am Main 1968, S. 106-141.

14 https://crimethinc.com. Der Name des Kollektivs bezieht sich auf die „Gedankenpolizei" aus George Orwells dystopischen Roman 1984, die Menschen für Gedankenverbrechen (engl. Crimethinks) verfolgt. Den Machthaber_innen in 1984 ist nämlich klar, dass der Gedanke an andere mögliche Welten bereits den Keim der Revolution enthält.

15 Vgl. Marchart, Die leere Nacht des Sozialismus, S. 61.

16 Tobias Boos / Benjamin Opratko, Die populistische Herausforderung: Pure Vernunft darf niemals siegen, in: spw 4/2016, S. 30-37, hier S. 34.

17 Vgl. Jacques Laclau, On Populist Reason, London 2015, S. 116.

Es bedarf des Mutes, dieses Neuland zu bestellen. Es geht in der Theorie um linkes, also phantasierendes, schöpferisches Denken auf Basis einer schonungslosen Gesellschaftskritik.

verbundenen Gefühlslagen versagt, überlässt sie den anderen: Der populistischen Rechten, aber auch den Parteien des ‚extremen Zentrums' – den konservativen und sozialdemokratischen Verwaltern des Austeritätsregimes in Europa." [18] Doch alternative Politik- und Gesellschaftsentwürfe müssen politische Leidenschaften wecken, d.h. sie müssen in schöpferischen Akten aufzeigen, was es bereits heute an sozialen Praktiken und Institutionen gibt, die die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Zukunft verändern können. ■

18 Boos / Opratko, Die populistische Herausforderung, S. 36.

Buchtipp: Aaron Tauss (Hrsg.): Sozialökologische Transformation. Das Ende des Kapitalismus denken. Hamburg: VSA Verlag. Erschienen 2016, 206 Seiten, ISBN: 978-3-89965-698-5

Alternative Lebensweisen und Protestbewegungen bilden den Ausgangspunkt einer postkapitalistischen Perspektive, hier wird ausprobiert, was später kapitalistische Formen ersetzen soll. Eben darum geht es den Autor*innen: eine bessere, sozialere, ökologischere und geschlechtergerechtere Welt nach dem Kapitalismus denken und planen zu können.

---

blattlinie_joanna.indd 82 01.03.2017 11:38:58

BIOTECHNOLOGIE

Das Politikverständnis der Grünen

Marcel Andreu ist Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Grünen und Redaktionsmitglied des Mosaik-Blogs. Er ist außerdem im Redaktionsteam der BLATTLINIE und studiert Informatik und Philosophie an der Uni Wien.

Vor dem Hintergrund des Jubiläums der Russischen Revolution stellt sich die Frage, wohin die großen Erzählungen, die Utopien von damals verschwunden sind. Mit dieser Frage untrennbar verknüpft ist das Verständnis von Politik, welches man an die Realität heranträgt. Daher darf auch die Auseinandersetzung mit dem Politikverständnis der Grünen Partei hier nicht fehlen. Schon 2012 haben die Jungen Grünen daran erinnert, die Grünen „müssten sich ihrerseits von der Vorstellung verabschieden, dass Basisdemokratie ohne breite – und zahlende! – Mitgliederbasis auskommt und sich öffnen".

Auf die Warnung vor Abgehobenheit von Flora Petrik, Bundessprecherin der Jungen Grünen, im Standard vom 10. Jänner 2017 reagierte Eva Glawischnig so: „Das fällt für mich unter die übliche Kritik von Jugendorganisationen an der Mutterpartei, mit der Realität hat das wenig zu tun." Ich sehe das anders und glaube, dass gerade hier die Diskussion endlich aufzunehmen ist. Wir brauchen eine grundsätzliche Debatte darüber, wie die Grünen Politik betreiben müssen, wenn wir die aktuellen Herausforderungen überstehen wollen. Damit dies möglich wird, werde ich hier nachzeichnen, wie die Grünen im historisch-politischen Feld zu verorten sind und eine Einschätzung treffen, was die zentralen Kritikpunkte an der Grünen Partei sind, wofür ich auch mit anderen aktuellen und ehemaligen Funktionär*innen der Jungen Grünen diskutiert habe.

WIE DIE GRÜNEN WURDEN, WAS SIE HEUTE SIND

Als Partei, die ihre organisatorischen Wurzeln in den 1980er Jahren hat, sind die Grünen in einer historischen Phase zunehmender Veränderungen im Parteiensystem entstanden. Damit unterscheiden sie sich etwa von der SPÖ, die trotz zunehmendem Niedergang immer noch von zahlreichen Vorfeldorganisationen umgeben ist und sowohl aufgrund ihrer Wähler*innenstruktur als auch ihrer Verbandslogik alte Formen nicht einfach abschütteln konnte. Dass die Grüne Partei die neuen Formen der Politik voll ausgeprägt übernehmen konnte und gegenüber politischer Führung noch reservierter ist als andere Parteien,

Diese Entwicklung hat sich Ende der 1980er noch einmal verschärft: Die Grünen fallen in ihrer Entstehung zusammen mit einer Entwicklung, die Colin Crouch später als Postdemokratie beschrieben hat.

hängt sicher zum Teil damit zusammen, dass sie keine Massenpartei-„Altlasten" mitschleppen musste.

Sowohl die Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ) als auch die Alternative Liste Österreich (ALÖ), die beiden Vorgängerinnenorganisationen der österreichischen Grünen, sind im politischen Feld der späten 70er entstanden. Zu dieser Zeit hatte der Übergang der politischen Interessensparteien zu Volksparteien, also die Lockerung der Interessenvertretung für die Kernmilieus der großen Parteien zugunsten dem Zielen auf möglichst breite Teile der „gesellschaftlichen Mitte", bereits stattgefunden. Bereits Ende der 1960er charakterisierte Johannes Agnoli diesen Wandel für Deutschland damit, dass sich „aus der Ähnlichkeit der Parteiprogramme und aus der Gemeinsamkeit des Ziels (Markt- und Machtanteil) die Notwendigkeit [ergäbe], sich den ‚Methoden der Absatzwerbung' zuzuwenden" (Agnoli 1968: 37). Auch wenn durch die 1968er Bewegung gerade kulturpolitisch neue politische Forderungen entstanden, war diese Zeit von einer zunehmenden Entkoppelung von Partei und jeweiliger Basis geprägt. Auch für linke Parteien galt zunehmend, dass sie in letzter Instanz konservativ wirkten, „weil sie keine Klassen mehr zu kennen [vorgaben], sondern nur noch ‚Menschen', keine gesellschaftlich bezogene Idee, sondern nur ‚Sachen'". (Agnoli 1968: 34)

Dabei stehen im Zentrum die zunehmende Umgestaltung der Parteien von Massenorganisationen zu Wahlparteien, der Entkoppelung der Funktionär*innen und Angestellten der Parteien von ihrer Mitgliederbasis und einer bestimmten Herangehensweise an die Interessen der Bevölkerung. „Die Meinungen der neuen Zielgruppen wurden top down, also von oben, erforscht, die Menschen an der Basis blieben dabei passiv" (Crouch 2015: 95). Damit wird keine breitenwirksame politische Dynamik mehr angestrebt, die Mobilisierung wird zum Verkaufsgespräch. „Wenn wir die jüngsten Trends extrapolieren, dürfte die typische Partei des 21. Jahrhunderts eine sich selbst reproduzierende interne Elite umfassen, die weit weg von der Basis der Massenbewegung entfernt [ist]" (Crouch 2015: 96).

Das betrifft die politischen Bewegungen als Ganze ebenso wie die eigenen Mitglieder. „Viele der Aufgaben, die normalerweise Freiwillige übernehmen, erledigten Angestellte" (Crouch 2015: 97). Damit geraten die Parteien zunehmend in eine Negativspirale, in der Mitgliederschwund und Demobilisierung der Aktivist*innen den Bedarf an „zugekaufter" Wahlkampfleistung noch erhöhen.

Damit steigen auch die finanziellen Begehrlichkeiten der Parteien an. „Die Parteien wurzeln kaum noch in den Interessen

„Der Partei fehlt es an einer starken Basis. Sie ist nicht auf Mitgliedern aufgebaut, sondern alles ist nach oben ausgerichtet. Wenn von heute auf morgen die Hälfte aller Mitglieder weg wäre, würde es niemandem auffallen und keinen Unterschied machen."

Flora Petrik, Bundessprecherin der Jungen Grünen

großer Bevölkerungsgruppen, weshalb sie sich anderswo nach finanzieller Unterstützung umsehen müssen, um die Verbindung zur Bevölkerung auf andere Weise wiederherzustellen" (Crouch 2013: 227). Die Grünen sind also in einem historisch-politischen Milieu gewachsen, dass eine neue Logik der Parteiorganisation hervorgebracht hat. Wenn wir Grüne nicht reflektieren, welche Paradigmen die Grundformen unser Politik beeinflussen, werden wir keine Kraft der positiven Veränderung sein können. Diese Reflexion findet jedoch kaum statt.

Das kommt zum langfristigen Schaden in der grünen Politik zum Ausdruck. Die Parteienförderung wurde Mitte 2012 fast verdoppelt, dafür wurde bei der Bildungsarbeit und der Grundlagenarbeit gekürzt. Die Grünen haben ihre Zustimmung erteilt und sich so ihr „Marketingwunder" teuer erkauft. ÖVP und SPÖ haben seitdem deutlich weniger Ressourcen, dafür hat die FPÖ als führerzentrierte Partei und beinahe reiner Marketingapparat von dieser Reform überproportional profitiert. Eine Demokratiereform wäre notwendig gewesen, um den Aufstieg der FPÖ und die Krise der Repräsentation einzudämmen. Stattdessen verhalten sich SPÖ, ÖVP und Grüne wie Junkies am Tropf der Steuerzahler*innen: Die Dosis muss immer höher werden, die Krise gekonnt geleugnet werden. Die Veränderungen mögen den Grünen zwar leicht geholfen haben, der der FPÖ dafür überproportional. Insofern ist der Grüne Erfolgskurs langfristig teuer erkauft.

POLITIK FÜR DIE LEUTE ODER POLITIK MIT DEN LEUTEN?

Hanna Lichtenberger hat in ihrem Text „Bedingungen rechtsextremer Machtergreifung heute" in der Geschenksausgabe der BLATTLINIE letzten Dezember etwas Wichtiges über die SPÖ geschrieben: „Die Partei funktioniert als PR-Apparat, politische Kommunikation wird kaum noch über den direkten Kontakt in der Nachbar*innenschaft betrieben." Politik findet nicht mehr innerhalb der Bevölkerung statt, diese wird nur mit Werbung adressiert. Als zumindest symbolischer Kontrast dazu sicher bemerkenswert war, was Christian Kern in seiner SPÖ-Parteitagsrede im Juni 2016 gesagt hat: Es gehe nicht darum, zu den Leuten zu gehen, sondern darum, die Leute zu sein. Repräsentation soll nicht als identitäre Marke gedacht werden, sondern als die Vertretung gemeinsamer Interessen. Politik funktioniert nicht „für die Leute", sondern mit den Leuten.

Die Grünen sind hierbei wie oben angedeutet ganz Kind ihrer Zeit. Sie haben sich nicht zu einer Partei entwickelt, die anführen möchte. Nach außen stellen sie keinen Kristallisationspunkt dar, an dem

„Man will also den Jetzt-Zustand nur weiter verwalten, bloß etwas besser als die anderen. Das motiviert aber niemanden, aktiv zu werden, und somit kann auch keine breite Organisierung stattfinden."

Victoria Vorraber,
Sprecherin der Jungen Grünen Steiermark

sich politische Bewegungen entzünden und von der Partei weitergetrieben werden. Nach innen sind die Grünen vor allem eine parlamentsorientierte Partei, die nicht wie die ehemaligen Massenparteien noch über breite demokratische Beteiligungsstrukturen verfügen. So sehr diese den anderen Parteien auch vollends wegzubrechen drohen, liegt hier gerade bei den Grünen ein fundamentales demokratiepolitisches Manko vor. Die Abwehr von Führungsverantwortung zieht sich auch nach innen weiter. Die Integration von prinzipiell aktivierbaren Personen läuft schleppend bis gar nicht. Im Zuge der Kampagne für Alexander Van der Bellen konnte mehrmals innerhalb eines Jahres über die Kernmilieus der Grünen hinaus mobilisiert werden. Viele Menschen davon waren bestimmt nicht für die Grünen an sich begeistert, sondern hatten andere Motive für Van der Bellen zu laufen, viele wären aber auch zu begeistern gewesen. „Das Rennen um die Hofburg hat einige Leute auf die Straße gebracht, aber die Grünen schaffen es nicht, diese Menschen aufzufangen und eine Bewegung von unten zu sein." (Victoria Vorraber) Diese Dynamik aufzugreifen und sich als Partei weiterzuentwickeln wurde weitgehend versäumt. Umso schwerer fällt es uns oft, selbst eine Dynamik zu erzeugen. Anstatt den Konflikt um das Murkraftwerk weiter zuzuspitzen, haben die Grünen „Mein Graz bleibt besser" plakatiert.

Darin drückt sich auch eine problematische Haltung aus, die die grüne Politik kontinuierlich prägt. Viele Grüne verstehen sich als Expert*innen, die wissen, was besser für Graz ist, sie sind „die Wissenden". Politik verfolgt Interessen, und inwiefern sie fortschrittlich ist, entscheidet sich daran, wie sie ihre Interessensabwägungen trifft. Demokratische Repräsentation funktioniert, indem Parteien die Interessen ihrer Wähler*innen verkörpern, Menschen in den Parteien also für ihre eigenen Interessen eintreten können. Die Grünen machen meistens Politik für irgendjemanden, nur nicht für sich selbst. Das mag edel anmuten, ist im Kern aber gefährlich. Politik für andere machen statt an der Selbstermächtigung zu arbeiten setzt den Blick auf die anderen als Opfer voraus. Diese sind dann nicht klug genug, um zu verstehen, dass man eigentlich die Grünen hätte wählen soll, oder es sind die armen Flüchtlinge.

Das Problem hat man in der Parteileitung durchaus erkannt, und sie hat darauf reagiert: Weg vom pädagogischen Gestus hin zum flippigen Wahlplakat. Man will nicht mehr die Besserwisserin sein, sondern Humor teuer zur Schau stellen. Was als veränderte Haltung erscheint, hat dieselbe Wurzel.

Nach innen bedeutet diese passive Sicht auf die anderen eine Strukturschwä-

*„Die Grünen unter Eva Glawischnig fassen politische Kommunikation vor allem als Bespielen von Zielgruppen auf, die nur in der passiven Rolle als Konsument*innen vorkommen – und denen man statt der Grünen Partei-Marke ebenso Waschmittel oder Fair-Trade-Kleidung verkaufen könnte."*

Kay-Michael Dankl,
ehemaliger Bundessprecher der Jungen Grünen

che auf lokaler Ebene, sodass etwa im Wahlkampf für Van der Bellen in vielen Regionen gar keine Parteiaktivist*innen für die Mobilisierung zur Verfügung standen. Österreichweit hatten die Grünen Ende 2014 weniger als 7.000 Mitglieder, das entspricht wohl etwa dem jährlichen Schwund der Sozialdemokratie. Interne Diskussionen werden, soweit sie auftauchen, in der Regel wegmoderiert. Es braucht eine umfassende Demokratisierung der Grünen nach innen und außen. Dazu braucht es aber den politischen Willen zur Öffnung und Einbeziehung von mehr Menschen, den die Grünen erst entwickeln müssen.

AKTUELLE FORMEN GRÜNER POLITIK

Zur Offenheit braucht es mehr als nur deren Erzählung. Wenn etwa Hausbesuche als Beleg für die Offenheit der Partei angeführt werden, wird eine bereits länger existierende Praxis als neuer Wurf erzählt. Dabei funktionieren sie aber nicht als Gestaltung der Gesellschaft oder die Mobilisierung dafür, sondern als Maßnahme, die die Bemühungen um Offenheit unterstreicht, ohne wirkliche Schritte in diese Richtung zu setzen. Politische Partizipation muss aber mehr und etwas anders sein, als das einseitige Abfragen von Sorgen und Ideen. Symbolisch versinnbildlicht der Hausbesuch das Problem sogar sehr gut. Anstatt Politik als Hebel zu begreifen, Menschen und ihren Interessen in die Öffentlichkeit zu helfen, kommen wir sie im Privaten besuchen. Es ist das gelebte „Zu-den-Leuten-Gehen".

Öffnung muss im Gegenteil heißen, Bewegung hervorzurufen, Dynamik zu produzieren, den öffentlichen Raum und Diskurs zu erobern. Das bedeutet, den politischen Führungsanspruch zu stellen, was die Parteiführung nicht tut. Es muss darum gehen, die Verantwortung dafür zu übernehmen, kollektiv Projekte erfolgreich umzusetzen. Die historische Herausbildung einer bürgerlich-demokratischen Öffentlichkeit war eine der zentralen Errungenschaften der Moderne.

Damit die Grünen in diese Funktion schlüpfen können, müssen sie inhaltlich und strategisch klar Position beziehen. Die schriftlich niedergelegten Strategien der Partei sind jedoch oft so schwammig, dass sie sich gekonnt der Diskussion und Kritik entziehen.

Es wird also sicher anders nach außen gearbeitet als früher, das Paradigma des Politik für andere machen hat sich darin aber nur neu formiert. Was die Arbeit mit Ehrenamtlichen und die Basisarbeit angeht, stehen wir vor denselben Problemen wie davor.

„Die Grüne Parteispitze muss ihren eigentlichen Auftrag übernehmen und die Partei in einen Prozess der Öffnung und Neustrukturierung führen."

Jakob Hundsbichler,
Politischer Geschäftsführer der Jungen Grünen

„Die Grünen haben es in den letzten Jahren nicht geschafft, Angebote außerhalb der Kampagnenzeiten zu bieten. In Wahlkampfzeiten können wir spüren, wie immer mehr Menschen sich einbringen und aktiv werden wollen, doch darüber hinaus gibt es für all diese Leute kaum Platz in der Partei." (Flora Petrik) Sowohl in der Stadt als auch auf dem Land sind wir weit davon entfernt, Politik an der Basis im notwendigen Umfang zu machen, um gesellschaftlich merkbar Einfluss auszuüben.

Das wird sich nicht grundsätzlich ändern können, wenn die Grünen nicht einen neuen Zugang zu politischer Führung entwickeln. Organisierung braucht immer auch politische Führung, also Leute, die die Richtung vorgeben und die Basis herausfordern und antreiben. Der Gestus muss sein: ich treibe euch an, bis ihr mich absetzt!

Politische Führung muss sich selber kritisierbar machen, indem klare Positionen vergegeben werden: Was ist wie und warum zu machen, worum geht es? Führung, die das nicht macht, wird gerade dadurch autoritär, dass sie den Raum der Führungsverantwortung besetzt, aber nicht wahrnimmt, und damit den Raum strategischer Auseinandersetzungen und inhaltlicher Infragestellung massiv beschneidet. Momentan sind die Diskussionen oft davon geprägt, ob ein abgebusselter Julian Schmid oder ein Marienkäfer probate Plakatinhalte sind. Aber die Plakate können in Wahrheit nur nebensächlich sein. Stilkritik kann immer geübt werden, das ist genau so wenig Politik wie die Ausgestaltung eines IKEA-Katalogs. Wichtig muss sein, klare gesellschaftspolitische Ziele zu haben und Strategien zu haben, diese umzusetzen. Marketing kann eben nur ein Teil und nicht das Ziel der Politik der Grünen sein.

Worum es uns geht ist, die dahinter liegenden Fragen der Strategie zu diskutieren. Welche Milieus werden adressiert? Welche nicht? Was ist die Aufgabe und der Zweck der Grünen im politischen Gefüge? Welche Werte wollen wir gesellschaftlich hegemonial machen, und wie? Die oberflächliche Kritik mit ihrer Konzentration auf die Marketinglinie, dem sichtbarsten Output der Partei, zeigt auch die politische Krise der Grünen auf, weil es keine ernsthafte und fundierte politische Auseinandersetzung über die eigene Rolle als Akteurin in der Gesellschaft gibt. Die Partei ist eher ein Wahlverein im Kartellparteiensystem, als eine gestaltende Kraft mit Führungsanspruch.

WORAUF ES ANKOMMT

Wir sind in Österreich mit einem massiven Rechtsruck konfrontiert. Es gab schon mehrere Jahrzehnte eine konservative Hegemonie, nun wird diese in den letzten

„Es ist eine Führungsaufgabe der Parteispitze, in inhaltlichen und strategischen Fragen klar Position zu beziehen. Nur so wird bearbeit- und diskutierbar, was die Partei macht und wohin sie sich entwickelt."

Kay-Michael Dankl

Buchtipp: Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie. Hamburg: Konkret Literatur Verlag. Erschienen 2004, 235 Seiten, ISBN: 978-3894582326
Die „Transformation der Demokratie", Johannes Agnolis erstes Hauptwerk war die einflussreichste und nachhaltigste Staats- und Parlamentarismuskritik für die außerparlamentarische Opposition. Agnoli beschreibt darin den Prozess des Niedergangs demokratischer Staaten, Institutionen und Parteien in antidemokratische Formen.

Jahren wieder zunehmend von rechts unter Druck gesetzt. Die Deutungshoheit hat in Österreich, trotz erfolgloser Bundespräsidentschaftswahl, die rechtsextreme FPÖ. Es ist für die Grünen überlebenswichtig, darauf klare Antworten zu finden. Es muss ein permanentes Problembewusstsein geschaffen werden, um unsere Ziele breitenwirksam und kontinuierlich formulieren zu können. Wie das funktionieren kann, können wir, ob wir wollen oder nicht, vor allem von der FPÖ und von der KPÖ in Graz lernen. Ein wichtiger Punkt dabei ist, dass Politik konkreter werden muss. Konkreter im Sinne kleinteiliger, aber kontroversieller Fragestellungen, die es erlauben, über konkrete Fragen große Themen einzuführen. Natürlich brauchen wir eine solidarische Gesellschaft. Aber was das heißt, lässt sich auf lokaler Ebene an der Frauenförderung innerhalb der freiwilligen Feuerwehr nachvollziehbarer zu einem politisch bearbeitbaren Thema machen, als am abstrakten Vortragen moralisch aufgeladener Positionen. Als Partei, die ihr wichtigstes Kernmilieu im urbanen Raum hat, müssen die Grünen auch Antworten auf die Stadt-Land-Spaltung finden. Wie wollen wir damit umgehen, dass unsere Gesellschaft nach Reich und Arm und nach Bildungsabschluss noch weiter auseinanderdriftet? Und auch die Postings auf Facebook, die stolz verkünden, wie liberal Österreich nicht wäre, wenn nur Frauen wählen dürften, sollten Anlass grundlegender Reflexion sein. Weiße Männer sind immer noch die öffentlich wirksamste Wählergruppe. Sie dominieren die öffentliche Auseinandersetzung. Was das für die Grünen langfristig heißt, müssen wir gemeinsam diskutieren. Anstatt also darauf zu hoffen, eine Regierungsbeteiligung könnte sich ausgehen, wäre es an der Zeit, weniger über grüne Handschriften und mehr über die grüne Erzählung nachzudenken. Wir müssen wieder lernen, nachvollziehbare und mitreißende Utopien zu formulieren.

Die Grünen können keine neue Linkspartei sein, von der sich einige vieles versprechen. Das müssen sie auch nicht. Aber sie müssen verstehen, dass der momentane Weg den eigenen Werten von Demokratie und Mitbestimmung konträr gegenübersteht. „Um rechte Hegemonien anzugreifen, müssten die Grünen anfangen, ihnen mehr als ‚Wir sind gegen die Rechten' entgegenzusetzen." (Jakob Hundsbichler) Dafür muss wieder der Mut ergriffen werden, in Konflikte zu gehen und klar Position zu beziehen. Dazu braucht es eine breite Basis und eine Partei, die diese nicht zuletzt durch Utopie Programm, durch Interessenspolitik und klare politische Führung einbinden kann. ■

Literatur:

Agnoli, Johannes (1968): Die Transformation der Demokratie. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

Crouch, Colin (2015): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Crouch, Colin (2013): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

blattlinie_joanna.indd 90 01.03.2017 11:39:00

“WIR MÜSSEN UNS VIELMEHR AUF LOKALER EBENE ORGANISIEREN”

Ein Interview mit Saskia Sassen

Saskia Sassen ist eine US-amerikanische Soziologin und Wirtschaftswissenschaftlerin. Sie ist bekannt für ihre Analysen über die Globalisierung und über internationale Migration. Sie ist zurzeit Professorin der Soziologie an der Columbia University. Ihr neuestes Buch ist in deutscher Ausgabe unter dem Titel *Ausgrenzungen. Brutalität und Komplexität in der globalen Wirtschaft* erschienen.

© Strelka Institute for Media, Architecture and Design

Das Thema unserer Ausgabe ist die Russische Revolution 1917, davor hatten wir über den Spanischen Bürgerkrieg diskutiert. Für beide Ereignisse würden wir ein verbreitetes Politikverständnis in der Bevölkerung unterstellen, in dem Opferbereitschaft und eine sich zuspitzende Gegner*innenschaft zum System eine Rolle spielten. Wie hat sich aus Ihrer Sicht das verbreitete Verständnis von Politik verändert?

Sassen: Heute, gerade in den sogenannten westlichen Gesellschaften, scheinen viele Fragen nicht mehr zum politischen Aufgabenfeld zu gehören. Dafür gibt es einen obsessiven Fokus auf die Wirtschaft – manche sehen in der Ökonomie die Quelle allen Übels, manche sehen in ihr die einzige Hoffnung auf ein besseres Leben. Beides hat offensichtlich sein Moment an Wahrheit. Ich sehe kein von allen geteiltes Verständnis von Politik, ebensowenig die Bereitschaft, für politische Anliegen Opfer zu bringen. Was ich jedoch sehe, ist eine wachsende Bereitschaft junger Menschen, wenn es um soziale Fragen geht. Bei den Generationen seit etwa 10 bis 15 Jahren gewinnt der Wunsch, eine bessere Welt zu gestalten, gegenüber der individuellen Karriere an Bedeutung. Diese Reduktion auf die individuelle Lebensperspektive zeichnete die 1980er und 1990er-Jahre aus. Seitdem haben viele junge Menschen die Begrenztheit dieser Perspektive erfahren. Es formiert sich das wachsende Interesse, die Ökonomie anders zu organisieren, unseren Alltag mehr auf lokalen Zusammenhängen als auf großen Konzernen aufzubauen.

Welche Bedeutung spielt dabei die Ideologie der Individualisierung, also die verbreitete Lebensvorstellung, kein Klassenschicksal zu erleben, sondern für eigenen Erfolg oder Scheitern selbst verantwortlich zu sein?

Sassen: Im Anschluss an das vorher Gesagte: Die Periode der 1980er-Jahre

war, wie ihr das formuliert habt, von einer zugespitzten Ablehnung gegenüber dem Politischen gekennzeichnet. Worauf es scheinbar ankam, war eine wachsende Wirtschaftsleistung, die gut bezahlte Jobs versprach. Dabei wurden tendenziell die wachsenden Ungleichheiten übersehen, die aus der veränderten Ökonomie der Post-1980er Jahre resultierten. Diese neue Ökonomie war der Startpunkt der aktuellen globalisierten Ökonomie.

Ein großer Teil der vielversprechenden ökonomischen Messdaten, die in den letzten 20 Jahren von den wichtigen westlichen Regierungen, den Nationalbanken und dem Internationalen Währungsfond präsentiert wurden, beruht auf einer Art „ökonomischer Säuberung". Ich verwende diesen Begriff, um Perspektiven zu beschreiben, die die negativen Folgen dieser Ökonomie, ob bewusst oder unbewusst, nicht in den Blick nimmt. Das ist, was ich in meinem Buch Ausgrenzungen ökonomische Säuberung genannt habe. Der ähnliche Klang mit dem gebräuchlicheren Wort der „ethnischen Säuberung" ist bewusst gewählt. Mir geht es darum, eine brutale Praxis in den Blick zu nehmen, selbst wenn sie nur einen kleinen Anteil dieser Ökonomie ausmacht.
Der Effekt dieser "ökonomischen Säuberung" ist eine Definition von "der Wirtschaft", nach welcher es so aussieht, als wären wir mit Wachstum auf der richtigen Spur zur Krisenbewältigung – während in Wirklichkeit immer mehr Menschen abgehängt werden, selbst wenn 30–40% reicher werden, als sie es jemals erwartet hatten. Der Wohlstand der oberen Mittelschicht überdeckt die zunehmende Verarmung der unteren Mittelschicht.

Kurz, wir sind sowohl in einer sehr problematischen ökonomischen Situation als auch in einer problematischen politischen – die Wiederkehr rechtsextremer Kräfte. Nichtsdestotrotz kann uns eine genaue Analyse helfen zu verstehen, was überhaupt passiert. Wie etwa, dass sich große Konzerne immer mehr Stadtraum aneignen.

C Sie schreiben, dass heute die unteren Mittelschichten die tragende Kraft globaler Proteste sind? Damit unterscheidet sich unsere Zeit von Phasen, die von einer starken Arbeiter*innenbewegung oder bürgerlichen Kämpfen geprägt waren. Wie kommt das?

Sassen: Diese Proteste sind von einer spezifischen Art, weil die unteren Mittelschichten den Verlust staatlicher Unterstützung direkt spüren: schlechtere medizinische Versorgung, beschränkte Universitäten etc. Diese Unterstützung haben sie und ihre Eltern über zwei Generationen gehabt. Dazu gehören ebenso die gut bezahlten Arbeiter*innen, die eine gute gewerkschaftliche Organisierung erreicht hatten. Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, dass in vielen

Ländern diese starke wohlfahrtsstaatliche Unterstützung nicht vorhanden war – Europa unterscheidet sich in diesem Punkt von anderen Regionen. Nordamerika, Australien, die eine andere Form von Sozialstaat haben, in gewisser Weise auch Israel, erlebten Revolten prekarisierter unterer Mittelschichten. Bei aller Begrenztheit, die etwa die Occupy-Bewegung hatte, haben sie doch etwas Wichtiges erreicht: Sie haben ein tiefgehendes Problem identifiziert und benannt.

Ob in Ägypten, in den USA oder anderswo, es ist wichtig zu bemerken, dass das Ziel dieser Bewegungen nicht war, die Macht zu übernehmen. Vielmehr wollten sie tiefgehende Fehlentwicklungen im politischen und gesellschaftlichen Leben ihrer Länder aufdecken. Und wir können dankbar für manche neuen Vorhaben sein, auf die diese junge Generation abzielt. Soziale Bewegungen unterliegen selbst wichtigen Veränderungen.

In diesem Sinne erlebten wir – und erleben wir möglicherweise noch heute – neu entwickelte Techniken von Widerstand. Statt traditioneller Demonstrationen mit Anführern wurden Besetzungen angewandt. Die Proteste am Tahrir Platz in Kairo, los indignados in Spanien, Occupy Wall Street und andere haben deutlich gemacht, dass Besetzungen Räume neu hervorbringen und damit machen sie das, was ursprünglich nur als Boden gesehen wurde, als menschliche Geschichte lesbar. Die Bewegungen von heute werden vielleicht im ökologischen Kampf ihr zentrales Mittel finden. Ich meine, das ist etwas, was wir global teilen, zwar nicht alle, aber viele Menschen rund um den Erdball sind besorgt. Es ist überaus wichtig, ein gemeinsames Ziel zu haben, das Menschen weltweit mobilisieren kann.

Ⓖ Sie sagen in einem Essay zum Thema, das leitet sich unter anderem daraus her, dass die unteren Mittelklassen die engsten Verbündeten des Wohlfahrtsstaates waren und nun enttäuscht sind nach dem neoliberalen Raubbau. Was heißt das für den Charakter dieser Proteste?

Sassen: Die längste Zeit schien der unteren Mittelschicht der Wandel des Systems gar nicht zu Bewusstsein zu kommen. Verluste wurden als individuelles Versagen interpretiert. Doch vor allem durch ihre Töchter und Söhne, die protestierend auf die Straße gingen und in den verschiedenen Ländern Widerstand mobilisierten, scheint sie zunehmend Einsicht in ihre Lage zu gewinnen. Das führt uns zu der Frage der Bedeutung von Bürgerschaft für die heutigen Generationen und die Möglichkeiten von transnationalen Formen von Bürgerschaft und Beteiligung. [1]

© Welches Potential haben diese Bewegungen? Kämpfen sie nur für das, was sie verloren haben, oder steckt in diesen Bewegungen die Möglichkeit eines großen, eines utopischen Ziels?

Sassen: Es muss um ein größeres Ziel gehen. Denn zurückzukehren zum Zustand von vor zehn bis dreißig Jahren ist weder ein gutes ökonomisches noch ein gutes politisches oder soziales Programm.

Ein Weg führt darüber zu verstehen, was mit dem Globalen wirklich gemeint ist. Für mich ist das Globale nicht einfach das, was über den Nationalstaaten schwebt. Es ist vielmehr etwas, was tief in das „Nationale" eingefügt ist, sich dann aber als national darstellt. Das ist vielleicht nicht ganz einfach zu verstehen.

1 Ich führe das in meinem Artikel "Incompleteness and the possibility of making: Towards denationalized citizenship?" Cultural Dynamics, 21 (3), 227-254 aus

In meinen Texten versuche ich zu zeigen, dass das Globale – ob als Institution, als Prozess, als diskursive Praxis oder als Vorstellungsrahmen – sowohl jenseits des nationalen Rahmens steht als auch teils aus ihm entsteht und sich in ihm bewegt. So gesehen ist Globalisierung mehr als wachsende wechselseitige Abhängigkeit der Staates und die Herausbildung globaler Institutionen. Sie beinhaltet auch sub-nationale Räume, Prozesse und Akteur*innen. Weil wir gerade in Graz sind, vielleicht habt ihr hier alle möglichen Elemente, die Teil des Globalen sind. Manche der lokal angesiedelten Unternehmen etwa mögen Interessen haben, bestimmte Gesetze oder Regulierungen loszuwerden. Das sieht nach lokalem Interesse aus, ist es aber nicht notwendigerweise. Was wir seit vielen Jahren erleben, ist die Ausbreitung von partiellen, oft hochspezialisierten, globalen Verbindungen von Regionen, Autoritäten und Rechtsräumen, die früher in den nationalen Rahmen eingebettet waren. Diese Verbindungen liegen quer zur Unterscheidung „national vs. global". Ein Beispiel: Es gibt keine rechtliche Person „globale Firma". Dennoch wissen wir, dass über 400.000 Firmen sich so verhalten, als wären sie global. Wie? Weil sie in mehr und mehr Ländern vergleichbare Bedingungen vorfinden, die ihnen erlauben, ihre Unternehmungen überall in gleicher Weise durchzuführen. Wie wurde dieser vereinheitlichte Raum hergestellt? Er wurde jeweils vom betreffenden Staat mit seinen nationalen Mitteln hergestellt – mit parlamentarischen Gesetzen, Regierungsbeschlüs-

sen, Gerichtsurteilen –, um ein globales Handlungsfeld für diese mächtigen Firmen herzustellen. Solche Firmen nutzen Elemente staatlicher Herrschaft, auch wenn sie keinem bestimmten Staat unterliegen, sind sie doch auch nicht unabhängig von Nationalstaaten. Das zu wissen hilft Aktivist*innen zu verstehen, wo man partiell Macht über diese Konzerne gewinnen kann.

Ⓖ Ein wichtiger Referenzrahmen ihres Denkens ist die globale Ökonomie. Früher war die linke Perspektive, dass lokale Kämpfe internationale Kämpfe werden müssen, damit sie in einer sich globalisierenden Ökonomie Erfolg haben können. Gilt die alte Herausforderung der Linken noch heute?

Sassen: Auf jeden Fall. Aber wir müssen uns vielmehr auf lokaler Ebene organisieren, um deren Besonderheit adressieren zu können und Wissen über die verschiedenen Formen zu erlangen, die der Kapitalismus annehmen kann - denken wir an Plantagen oder Erzminen im globalen Süden gegenüber den Fabriken und den Reinigungskräften im globalen Norden. Diese vielseitigen Kämpfe sind alle verbunden. Ein Spiegel der globalen Welt der Konzerne. Sie sind überall – in verschiedenen Ländern und in unterschiedlichen Branchen. Deshalb müssen wir lokal kämpfen und grenzübergreifende Allianzen bilden, um Informationen und Taktiken über das Handeln globaler Konzerne auszutauschen. Ich möchte nochmal betonen: Das ist nur eine Dimension des Kampfes, um uns soziale und ökonomische Verhältnisse wieder anzueignen. Die andere Dimension besteht darin, neue Formen von Ökonomien global auf lokaler Ebene aufzubauen.. Wir müssen zurück zum Herstellen, zum Aufzubauen, anstatt nur zu konsumieren. Wir müssen wieder auf lokaler Ebene handeln, wo immer wir können. Brauchen wir wirklich einen globalen Konzern wie Starbucks, um einen Kaffee in unserer Nachbarschaft zu trinken? Nein! Jedes Franchise-Unternehmen schöpft einen Teil nachbarschaftlicher Bedürfnisse und Kaufkraft ab und liefert ihn beim Konzernhauptquartier ab. Die großen Konzerne sind wie Minenbetriebe: Sobald sie deine Kohle herausgezogen haben, bist du am Ende. : Sie extrahieren…

ABC DER JUNGEN GRÜNEN: UTOPIE

U

Ich gebrauche das Wort „Utopie" bewusst und durchaus nicht, um der absurden Überzeugung Ausdruck zu verleihen, dass alle sozialen Veränderungen irreale Hirngespinste seien. Ich wende es auch nicht in abfälligem Sinn an. Unter Utopie verstehe ich jenen Zustand des sozialen Bewusstseins, der einer sozialen Bewegung entspricht, die auf radikale Veränderungen der menschlichen Gesellschaft hinzielt, diesen Veränderungen aber nicht genau entspricht, sondern sie in idealisierter und mystifizierter [verschleierter] Weise versinnbildlicht und so der wirklichen Bewegung den Sinn einer Realisierung eines Ideals verleiht, das in der reinen Sphäre des Geistes entsteht und nicht aus der gegenwärtigen geschichtlichen Erfahrung. Die Utopie ist also das mystifizierte Bewusstsein der tatsächlichen geschichtlichen Tendenz. Solange diese Tendenz nur ein geheimes Leben lebt und keinen Ausdruck in den gesellschaftlichen Massenbewegungen findet, erzeugt sie Utopien im engeren Sinne, das heißt individuell konstruierte Modelle einer Welt, wie sie sein sollte. Mit der Zeit jedoch wird die Utopie zum sozial aktualisierten Bewusstsein, das heißt, sie dringt in das Bewusstsein der Massenbewegungen ein und gehört zu ihren wesentlichen Triebkräften. Die Utopie geht dann aus dem Gebiet des theoretischen und moralischen Denkens in das Gebiet des praktischen Denkens über und beginnt, selber das Handeln des Menschen zu bestimmen.

Leszek Kołakowski († 17. Juli 2009 in Oxford) war ein polnischer Philosoph. Er war lange Mitglied der Kommunistischen Partei und publizierte u.a. ein mehrbändiges Werk zu den Hauptströmungen des Marxismus. Nachdem er aus Polen aufgrund seines Eintretens für oppositionelle Student*innen Polen verlassen musste, und von den Studierenden Frankfurts als Professor wegen "mangelnder marxistischer Linientreue" verhindert wurde, emigrierte er in die USA

blattlinie_joanna.indd 96 01.03.2017 11:39:02

Das heißt jedoch nicht, dass sie verwirklicht werden kann. Die Utopie bleibt weiter eine Erscheinung der Gedankenwelt, und obwohl sie die Macht der sozialen Bewegung hinter sich hat – ja, zum Bewusstsein dieser Bewegung wird –, so ist sie doch ein nichtadäquates Bewusstsein, ein Bewusstsein, das weit über die sichtbaren Grenzen dieser Bewegung hinauswächst, in gewissem Sinn ein „pathologisches" [normabweichendes] Bewusstsein (jedoch nicht ganz, denn das utopische Bewusstsein ist eben eine natürliche gesellschaftliche Erscheinung), ein missratener Versuch, der geschichtlichen Wirklichkeit der Bewegung ein außergeschichtliches Ziel zu verleihen. Und doch — und das ist wesentlich für das Verständnis der inneren Antinomie [unauflösbarer Gegensatz] der linken Bewegungen – kann die Linke nicht ohne Utopien bestehen. Die Linke scheidet Utopien aus, wie die Bauchspeicheldrüse Insulin ausscheidet – auf Grund einer angeborenen Gesetzmäßigkeit. Die Utopie ist das Streben nach Veränderungen, die sich „in Wirklichkeit" nicht durch sofortiges Handeln realisieren lassen, außerhalb der sichtbaren Zukunft stehen und keiner Planung unterliegen. Und doch ist die Utopie Werkzeug zur Einwirkung auf die Wirklichkeit und zur Vorausplanung gesellschaftlichen Handelns. Es entsteht also die Gefahr, dass die Utopie mit der Wirklichkeit so wenig übereinstimmt, dass der Wunsch, sie der Welt aufzuzwingen, die Form einer finsteren Groteske annimmt und zur monströsen Verunstaltung der Welt führt, also zu Veränderungen, die gesellschaftlich schädlich sind und die Freiheit des Menschen bedrohen. Dann würde die Linke, der solche Veränderungen gelängen, sich in ihr Gegenteil verwandeln, zur Rechten werden; aber dann hört auch die Utopie auf, eine Utopie zu sein, sie wird zu einer Phrase, die jede Aktion rechtfertigt.

Andererseits kann die Linke nicht auf die Utopie verzichten, das heißt, sie kann nicht darauf verzichten, sich Ziele zu setzen, die im Augenblick unmöglich zu erreichen sind, aber den jetzigen Veränderungen ihren Sinn verleihen. Ich sage: die soziale Linke insgesamt, denn obwohl der Begriff der Linken relativ ist – links ist man nur im Verhältnis zu etwas und nicht absolut –, so ist doch der extreme Teil jeder Linken die revolutionäre Bewegung. Die revolutionäre Bewegung ist die Summe aller endgültigen Forderungen an die bestehende Gesellschaft, sie ist die totale Negierung des vorgefundenen Systems, also auch ein totales Programm. Ein totales Programm der Veränderungen, das ist eben eine Utopie. Die Utopie ist ein notwendiger Bestandteil der revolutionären Linken, und die revolutionäre Linke ist das notwendige Produkt der gesellschaftlichen Linken als Ganzes.

Warum ist jedoch die Utopie Bedingung für die revolutionäre Bewegung? Weil es

eine große historische Erfahrung gibt, die mehr oder weniger verschwommen im sozialen Bewusstsein lebt – eine Erfahrung, die lehrt, dass Ziele, die sich jetzt nicht verwirklichen lassen, niemals verwirklicht werden können, wenn sie nicht zu jenem Zeitpunkt verkündet werden, an dem sie sich nicht verwirklichen lassen; mit anderen Worten, dass das, was jetzt unmöglich ist, nur dann überhaupt möglich werden kann, wenn es zu einer Zeit verkündet wird, da es noch als unmöglich gilt. Die Tatsache, dass man durch die Aneinanderreihung von Reformen niemals ein revolutionäres Ziel erreicht und eine konsequent reformistische Partei niemals unbemerkt die Revolution verwirklichen kann, ist ein indirekter Beweis dafür. Das Bestehen der Utopie als Utopie ist eine unerlässliche Bedingung dafür, dass sie einmal aufhört, eine Utopie zu sein.

Die revolutionäre Bewegung kann nicht gleichzeitig mit dem Akt der Revolution selbst entstehen, denn wenn es keine revolutionäre Bewegung gäbe, so könnte es niemals zu Revolutionen kommen, solange aber der revolutionäre Akt noch nicht zur vollendeten Wirklichkeit oder wenigstens zu einer unmittelbar und jetzt erkennbaren Sache geworden ist – ist er reine Utopie. Die soziale Revolution ist für die heutigen Proletarier [Arbeiter*innen] Spaniens eine Utopie, aber die Proletarier Spaniens werden nie eine Revolution machen, wenn sie sie nicht zu einem Zeitpunkt verkünden, da sie noch unmöglich ist. Darauf beruht auch die außerordentliche Rolle, die die Tradition in der revolutionären Bewegung spielt: Diese Bewegung könnte keine Siege feiern, wenn sie in früheren Phasen keine Niederlagen erlitten hätte, das heißt, wenn sie nicht in solchen geschichtlichen Situationen revolutionäre Handlungen begangen hätte, da ein Erfolg unmöglich war.

Das Streben nach einer Revolution kann nicht erst dann entstehen, wenn die Wirklichkeit reif geworden ist für die Revolution, denn dazu sind unter anderem die revolutionären Forderungen an die unreife Wirklichkeit notwendig. Die dauernde Einwirkung des Bewusstseins gehört zu den unerlässlichen Bedingungen für das Heranreifen der Geschichte zu radikalen Veränderungen — die Utopie ist die Voraussetzung für soziale Umwälzungen, irreale Bestrebungen sind die notwendige Voraussetzung für reale. Daher kann sich das revolutionäre Bewusstsein nicht damit begnügen, an Veränderungen teilzunehmen, die schon stattfinden, es kann nicht nur dem Lauf der Ereignisse folgen, sondern muss ihnen zu einem Zeitpunkt vorauseilen, zu dem sie sich weder planen noch voraussehen lassen.

Daher — und das ist die erste praktische Folgerung — lässt die Linke den Vorwurf nicht gelten, dass sie nach einer Utopie

strebe. Sie kann sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, der Inhalt ihrer Utopie wäre für die Gesellschaft schädlich, aber nicht mit dem Vorwurf, dass sie überhaupt für eine Utopie eintrete.

Die Rechte braucht keine Utopie, jedenfalls nicht in einer konservativen Situation, denn für die Rechte ist die Bejahung der Gegenwart kennzeichnend, die Tatsache und nicht Utopie ist, oder das Streben nach einer Rückkehr, also zu einem Zustand, der schon verwirklicht war. Die Rechte strebt nach Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes und nicht nach seiner Veränderung, sie bedarf also keiner Utopie, sondern nur des Betrugs.

Die Linke kann nicht auf die Utopie verzichten, denn die Utopie ist auch dann eine reale Kraft, wenn sie eine Utopie ist. Utopisch war der Aufstand der deutschen Bauern im 16. Jahrhundert, utopisch war die Bewegung der Fauvisten, utopisch war die Pariser Kommune. Ohne solche utopische Unternehmen wäre jedoch, wie sich später zeigte, keine fortschrittliche, soziale Veränderung zustande gekommen. Es folgt daraus natürlich nicht, dass es die Aufgabe der Linken ist, in jeder beliebigen historischen Situation für extreme Kampfformen einzutreten, sondern nur, dass es konservativ ist, wenn man die Utopie allein deswegen verurteilt, dass sie eine Utopie ist, denn das hemmt ihre Verwirklichung. Wir formulieren übrigens in diesem Augenblick keine sozialen Aufgaben und betrachten den Begriff „Linke" ganz abstrakt, wobei wir uns bemühen, etwas festzustellen und nicht zu postulieren. Das umso mehr, als die Linke ebenso eine „normale" soziale Erscheinung ist wie die Rechte und die fortschrittlichen sozialen Bewegungen ebenso normal sind wie die reaktionären. Ebenso normal ist es also auch, dass die Linke, die sich in der Minderheit befindet, von der Rechten verfolgt wird.

100

BUCHREZENSIONEN

blattlinie_joanna.indd 100 01.03.2017 11:39:03

Bini Adamczak: GESTERN MORGEN. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft
Verlag: UNRAST Verlag; Erstveröffentlichung 2007, 160 Seiten,
ISBN 978-3-89771-465-6 (UNRAST Verlag)

GESTERN MORGEN

"Heute ist es nicht mehr nur die Revolution die verloren gegangen ist, sondern, noch davor, ihre Niederlage. Verlust des Verlusts. Was ließe sich aus einer solchen Niederlage noch lernen? Und vor allem wie? Wie ließe sich lernen aus einer Niederlage, die nicht mehr erlitten wird? Wie ließe sie sich betrauern?"

Es gibt Erfahrungen der Linken Europas, die wir nicht mehr in Gesprächen erzählt bekommen können. Wir sind auf Geschichtsbücher angewiesen, die uns Vergangenes Stück für Stück näherbringen, und uns Daten und Fakten darlegen. Doch Geschichtsbücher erzählen keine Geschichten, sie vermitteln keine Utopien, stellen nicht die Frage nach den Träumen und Sehnsüchten von Generationen. Wir brauchen also Bücher, die uns nahelegen vergangene Möglichkeitsräume linker Geschichte zu verstehen, um nachfühlen zu können wie es auf uns wirkt, dass die Revolution damals gescheitert ist.

In Gestern Morgen wird eine Geschichte erzählt. Die Geschichte einer Zukunft, die nie Gegenwart wurde. Die Geschichte eines Traumes, der zum Alptraum wurde, als er sich verwirklicht hatte. Wir alle kennen das Resultat: unsere Gegenwart, die Gesellschaft in der wir heute leben. Wir, die wir noch immer von einer anderen Welt zu träumen nicht aufgegeben haben, stellen uns den verlorenen Utopien als Geschichte, weil es (auch) unsere Träume sind, die ausgeträumt wurden. Was ist damals passiert? Was hat das mit mir zu tun? Warum fühlt es sich so an als wäre es meine Geschichte, obwohl ich nichts davon erlebt habe? Gestern Morgen ist ein Buch ohne Verurteilung – sondern mit Trauer, Verständnis für das Wünschen, und das Zweifeln, und das Verstecken.

Doch worum geht es im Buch genau? Es beginnt in einem Zug auf dem Weg zur Deutsch-Russischen Grenze, die Reisenden, deutsche und österreichische Antifaschist*innen werden an die Nationalsozialisten ausgeliefert. Ausgeliefert von den Genoss*innen zu denen sie geflüchtet sind: von der Sowjetunion. Über tausend dieser Deportationen sind dokumentiert, verteilt über die Zeit von 1935 - 1941. "Niemand ist einsamer als eine Kommunist*in im Kommunismus" Wie kann das passieren? Das große Morden hat begonnen, die Konterrevolution passiert. Kommunist*innen werden sich selbst und ihren Utopien zu Feind*innen. Das lässt sich nicht verstehen, das lässt sich nur wissen, dem lässt sich nur gedenken. Aber wie (heute) weitermachen?

Julia Prassl

Manès Sperber: Wie eine Träne im Ozean
Verlag: deutscher taschenbuch verlag, Neuauflage: 2000, 1040 Seiten,
ISBN 978-3-423-12835-3

WIE EINE TRÄNE IM OZEAN

In Manès Sperbers von 1940 bis 1951 verfasstem Roman „Wie eine Träne im Ozean" begleiten wir zunächst einen Zirkel an führenden kommunistischen Berufsrevolutionär*innen vom Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Mit der zunehmenden Stalinisierung und dem Versagen der Kommunistischen Partei im Kampf gegen den Faschismus sind die Revolutionär*innen gezwungen, ihr Verhältnis zur Partei zu überdenken oder gar mit ihr zu brechen. Die Hoffnungslosigkeit, die diese politische Heimatlosigkeit in derart finsteren Zeiten bedeutet, spitzt sich schließlich zu in aussichtslosen Widerstandskämpfen, die aber dennoch bis zum Schluss geführt werden: um der Idee einer besseren Gesellschaft ein Denkmal zu setzen.

Im Laufe des Romans begegnen wir einer Vielzahl an Nebenfiguren, die durch Sperbers Sprachkunst an jenen Stellen, wo sie in den Vordergrund rücken, so wirken, als hätte sich die gesamte bisherige Handlung um sie gedreht. Sie kommen einem nach ein paar Absätzen vertraut vor wie alte Freund*innen, ehe sie so schnell aus der Handlung verschwinden wie sie in sie eingetreten sind. Am ehesten bildet Dojno Faber, ein junger Parteikader, das Gravitationszentrum der Handlung, jedoch gerade zu Beginn eher lose.

Sperber behandelt große Fragen; die vielen Seiten seines Romans beinhalten ein kaum fassbares Maß an historischer Erfahrung. Doch was im Mittelpunkt steht, ist nicht die Abstraktion über den Gang der Dinge: Es sind die ganz persönlichen und doch hochpolitischen Werdegänge, Entscheidungen und Konflikte derjenigen, die beseelt sind von der Hoffnung einer klassenlosen Gesellschaft, die viele Opfer bringen, um diese Utopie zu erreichen. Es sind die bitteren Erfahrungen der Enttäuschung über den Verrat der stalinistischen Partei an der kommunistischen Idee, dessen Kompliz*innen und Opfer sie zugleich waren.

Sperber, selber Parteimitglied bis zu seinem Austritt 1937 aufgrund der stalinistischen Säuberungen, hat bei aller Enttäuschung und allem Grauen, das der Stalinismus bedeutete, nicht vergessen, was ihn einmal angetrieben hatte: sein Leben in den Dienst der Utopie zu stellen. Dadurch kann er nach dem Bruch die Widersprüche nachvollziehen, in denen sich die Revolutionäre in der unordentlichen Zwischen- und Vorkriegszeit befanden. Sein Roman bietet keine einfachen Lösungen. Aber er stellt Fragen, wichtige Fragen, die wir nie vergessen dürfen, wenn wir es mit einer besseren Gesellschaft, in der alle menschenwürdig leben können, ernst meinen.

Marcel Andreu

Infobox: Christa Wolf: Stadt der Engel oder: The Overcoat of Dr. Freud
Verlag: Suhrkamp Verlag, Erschienen:2011, 414 Seiten,
ISBN: 978-3-518-46275-1

STADT DER ENGEL ODER: THE OVERCOAT OF DR. FREUD

„Aber sie hätten schon ganz gerne gewußt, wie eine sich fühlte, die geradewegs aus einem untergegangenen Staat kam." Christa Wolf hat drei Staaten erlebt. Aufgewachsen im Nazi-Deutschland, als Kind deren Schule durchlaufen. Danach als junge Frau, als überzeugte Kommunistin in der DDR. Schlussendlich, nach dem Fall der Mauer, nach dem Scheitern der DDR, eingegliedert in die Bundesrepublik – dem Deutschland von heute. Sie hat aber nicht nur drei Staatsformen erlebt, sie hat in drei verschiedenen Gesellschaftsformen gelebt. Sie hat drei verschiedene Erzählungen von Gesellschaft gekannt. Aufgewachsen im Volkstaumel der Nationalsozialisten, gelebt für die Weltrevolution in der DDR und schließlich gestorben in der Welt des Kapitals. Die Welt hat sich in ihrem Leben oft gewandelt, und immer wieder schrieb sie ihre Erinnerungen gegen die Zeit.

In Stadt der Engel berichtet sie von einem Aufenthalt in Los Angeles, eingeladen als Schriftstellerin, spürt sie dem Leben einer Frau L. nach – eine Frau, die sie nur aus dem Nachlass einer verstorbenen Freundin kennt. So bewegt sie sich auf den Spuren einer deutschen Emigrantin, die vor den Nationalsozialisten geflüchtet, in Los Angeles gelandet war. Sie beobachtet die amerikanische Lebensweise, und taucht ein in die Vergangenheit des New Weimar unter Palmen wie Los Angeles unter den deutschen Emigrant*innen genannt wurde. Wie lebt es sich, wenn das eigenen Zuhause sich gegen einen wendet? Eine Frage von Generationen, durch tausende Biographien beantwortet.

Auch sie selbst ist verlassen von ihrem Zuhause, lebt selbst in der Emigration nur ohne geflüchtet zu sein. Nach dem Fall der Mauer noch Kommunistin sein? Als Überbleibsel einer Welt, die es nicht geschafft hat, ihre Zukunft zur Gegenwart werden zu lassen, schreibt sie darüber wie sie die Gesellschaft von Heute sieht. Es reißt sie immer wieder zurück, in Erinnerung und Verlust, in eigene Schuld und vergangene Träume.

Eine Generation musste zu leben lernen in der Welt des Konsums, gegen die sie versucht hatte eine andere aufzubauen. "Später Häme, Hohn und Spott, natürlich. Utopieverbot. Aber diese offenen, aufgerissenen Gesichter habe ich doch gesehen. Diese glänzenden Augen. Die freien Bewegungen. Sie wurden gestoppt, ja. Die Augen richteten sich bald auf die Auslagen der Schaufenster und nicht mehr auf ein fernes Versprechen. Die Roulettetische gewannen an Zulauf."

Sarah Pansy

FILMREZENSION

DER ZUG
Regisseur: Damiano Damiani, gedreht 1988, Historiendrama.

„Millionen vernichtender Geschosse sind in dem Weltkriege abgefeuert worden, die wuchtigsten, die gewaltigsten, die weithin tragendsten Projektile von den Ingenieuren ersonnen worden. Aber kein Geschoß war weittragender und schicksalsentscheidender in der neueren Geschichte als dieser Zug, der, geladen mit den gefährlichsten, entschlossensten Revolutionären des Jahrhunderts, in dieser Stunde von der Schweizer Grenze über ganz Deutschland saust, um in Petersburg zu landen und dort die Ordnung der Zeit zu zersprengen." – Stefan Zweig, Sternstunden der Menschheit

1917 steht das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg mit dem Rücken zur Wand. Mitten in einem kräftezehrende Zweifrontenkrieg kündigt sich der amerikanische Kriegseintritt an, der den Todesstoß für das Kaiserreich bedeuten könnte. Währenddessen zwingt die Februarrevolution in Russland den Zaren zur Abdankung. Das Ergebnis ist eine Doppelherrschaft von enormer Sprengkraft: Kriegsmüde Arbeiter*innenräte auf der einen Seite, die bürgerliche Übergangsregierung, die den Krieg fortführen will, auf der anderen. Hier sieht das Deutsche Kaiserreich seine Chance: Wenn es gelingt, Russland unregierbar zu machen, können sich die deutschen Truppen ganz auf die westliche Front konzentrieren. Damit bildet sich eine sonderbare Zusammenarbeit zwischen ideologischen Todfeind*innen: Eine Gruppe russischer Exilant*innen, teils jüdische Sozialist*innen, teils Kommunist*innen, wird im April 1917 in einem Zug durch Deutschland geführt, um endlich in das demokratische Russland zurückzukehren. An ihrer Spitze ein Politiker, den das Reich als besonders gefährlich einschätzte: Lenin, Parteiführer der Bolschewiki.

„Der Zug" begleitet die Revolutionär*innen in zwei Teilen zu je eineinhalb Stunden auf ihrer Zugfahrt und vermittelt eindrücklich ihre revolutionäre Aufbruchstimmung. Dabei zeichnet der Film ein erstaunlich genaues und nüchternes Bild des engsten Kreises Lenins, gespielt von Ben Kingsley. In der letzten Szene werden die Bolschewiki in Petrograd (heute St. Petersburg) von enthusiastischen Arbeiter*innenmassen willkommen geheißen. Doch der Text, der über die letzten Sekunden dieser Szene eingeblendet wird, stimmt melancholisch: Er erzählt vom weiteren Weg von Lenins Weggefährt*innen, der oft in der Kompliz*innenschaft und der Hinrichtung unter Stalin endete. Trotz allem strahlt der Film eine utopische Zuversicht aus, die das Gedenken an die uneingelösten Versprechen der Oktoberrevolution hochhält: die befreite Gesellschaft.

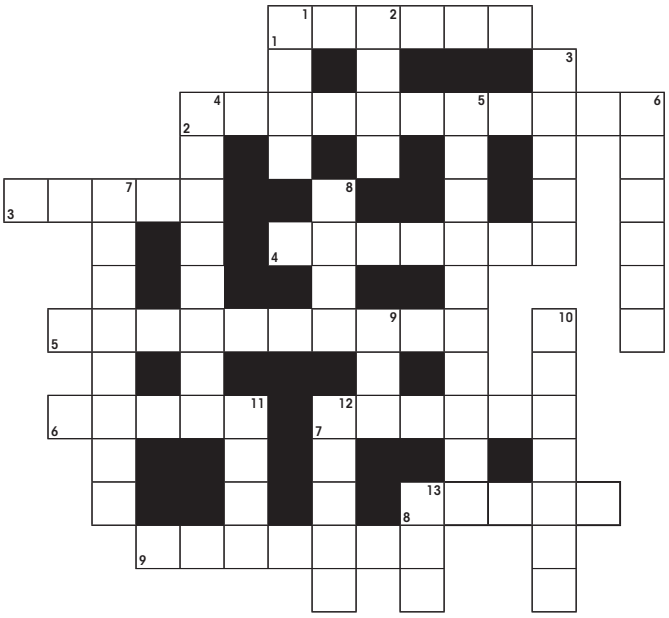
Marcel Andreu

blattlinie_joanna.indd 104 01.03.2017 11:39:04

KREUZWORTRÄTSEL 105

Senkrecht:
1. Marie Antoinette meinte, wir sollen stattdessen Kuchen essen
2. In einem Spiel, es ist nicht viel, es hat ein …
3. Satz, den man öffentlich von anderen geklaut hat
4. Das Sofa in deinem zweiten Wohnzimmer im Grünen
5. Die Vorhut der Nr. 2 waagerecht
6. Das Hobby der Verhältnisse, denen man ihre eigene Melodie vorsingt
7. Dieser Gesellschaft fieberte nicht nur die russische Linke entgegen
8. Quantität und ….ität
9. Die letzten drei Buchstaben, die ein Burger beim Gegessenwerden mitbekommt
10. Kein irreales Hirngespinst, aber das mystifizierte Bewusstsein der tatsächlichen geschichtlichen Tendenz
11. Männlicher Bewohner eines ehemaligen Sowjetstaats Osteuropas
12. Was „die Schnitter der kommenden Mahd" aus einem bekannten Wiener Arbeiter*innenlied vom Weizen im Auge haben
13. lautes erschallendes Lachen

Waagerecht:
1. Wichtige politische Ebene für junggrüne Organisierung
2. Eine Klasse an sich, aber auch eine für sich?
3. Diese Berufsgruppe ist für ihren Aufstand in Schlesien sogar im Theater bekannt
4. Sie ist immer im Kommen, aber wenn sie da ist, ist sie wieder fort, sie ist immer ein fiktiver Ort
5. Sie verbindet die Gegenwart mit dem politischen Ziel. Tipp: Die Zahl in der Geschichte
6. Die Kraft, die stets das Gute will und stets die Utopie erschafft
7. Philosoph der Frankfurter Schule
8. Wichtiger Führer der bolschewistischen Partei Russlands
9. Wie wir die Welt verstehen



Mit der BLATTLINIE könnt ihr jetzt weitere Literatur zur Russischen Revolution gewinnen!
So geht's: Einfach Kreuzworträtsel ausfüllen und per Post an das Bundesbüro der Jungen Grünen schicken.

Rooseveltplatz 4-5/Top 5
1090 Wien

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir eine Ausgabe von Orlando Figes' „Die Tragödie eines Volkes: Die Epoche der Russischen Revolution 1891 bis 1924".
Falls du gewinnst, schicken wir dir den Preis mit der nächsten Ausgabe der BLATTLINIE nach Hause. Wir freuen uns auf eure Einsendungen!

FÖRDERMITGLIEDSCHAFT UND ABONNEMENT

Mit dem Theorie- und Debattenmagazin BLATTLINIE wollen wir theoretischen Debatten über die politischen Fragen unserer Zeit einen Ort geben. Um dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen und eigene Perspektiven weiterzuentwickeln, braucht es einen regen Austausch. Mit der Blattlinie wollen wir ein solches Medium schaffen.

In vier Ausgaben jährlich werden wir Schwerpunkte setzen, die von historischem und aktuellem politischen Wert sind. Jeweils begleitet von einem Teil JUNGE GRÜNE AKTUELL, der unsere Arbeit als Verband reflektieren wird.

Das wird für uns ein spannender Prozess und wir freuen uns auf die kommenden Ausgaben! Wenn ihr uns bei diesem Projekt begleiten wollt, gibt es dafür zwei Möglichkeiten:

Für alle, die für die Jungen Grünen schon etwas zu alt sind oder aus anderen Gründen nicht (mehr) aktiv dabei sein können, die aber die Beiträge und Debatten im Magazin dennoch lesen möchten, haben wir die Möglichkeit einer FÖRDERMITGLIEDSCHAFT geschaffen. Mit der Fördermitgliedschaft bezahlt ihr den regulären Abo-Satz von 40€ für 4 Ausgaben im Jahr, und darüber hinaus einen Betrag von 50€ – wenn ihr könnt und wollt, gerne auch mehr –, um unsere Arbeit zu unterstützen. Eure Förderbeiträge landen auf einem eigenen Konto und zum Jahresende legen wir Rechenschaft über die Verwendung der Gelder ab. Ihr erhaltet Einladungen zu den Heftpräsentationen der neuen Ausgaben und werdet über die Arbeit der Jungen Grünen auf dem Laufenden gehalten.

Alle Aktivist*innen und all jene, die keine Fördermitgliedschaft abschließen können oder möchten, können ein reguläres ABO um 40€ für 4 Ausgaben im Jahr abschließen. Das ist im Vergleich zum Einzelpreis der Ausgaben eine Ersparnis von 8€. Außerdem bekommt ihr jede Ausgabe bequem vor die Tür geliefert.

Abschließen könnt ihr die Fördermitgliedschaft oder das Abo unter:

www.blattlinie.at

Dort findet ihr ein Online-Bestellformular. Der Beitrag wird dann einmal jährlich per Bankeinzug abgebucht.

Wir bedanken uns schon jetzt für eure Unterstützung – und freuen uns, dass ihr an diesen Diskussionen teilhaben wollt.